



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Vormerken!
23. April
2015

Behördenverlagerung in Bayern

Größtes Regionalisierungsprogramm seit Jahrzehnten

Das Bayerische Kabinett hat das Konzept zur Behördenverlagerung in Bayern beschlossen. Der Freistaat verlagert mehr als 50 Behörden und Ämter; 2.225 Arbeitsplätze von Beamten und Tarifbeschäftigten sowie 930 Studienplätze werden an strukturschwachen Orten neu angesiedelt.

Die Stellen sind wie folgt verteilt:
• Oberbayern (253 Beschäftigte): Mühldorf am Inn: 141 Beschäftigte, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, Landkreis Berchtesgadener Land: 50, Landesamt für Maß und Gewicht, Fürstfeldbruck: 32, Eichamt, Garmisch-Partenkirchen: 10, Schlösserverwaltung, Mittenwald: 10, Beschussamt Südbayern, Traunstein: 5, BayernLab, regionales IT-Zentrum.
• Schwaben (238 Beschäftigte + 70 Studenten): Kaufbeuren: 100, Abrechnungszentrum Arbeitnehmer Süd, Landesamt für Finanzen; 1 Beschäftigter + 70 Studenten, Finanzhochschule Fachbereich Steuer und Finanzen; 10 Beschäftigte, Eingabestelle „Bayern Direkt“, Staatskanzlei; 5, BayernLab, regionales IT-Zentrum, Kempten: 20, Aufstockung Autobahndirektion Süd, Nördlingen: 20, Stabsstelle Maßregelvollzug des Zentrums Bayern Familie und Soziales; 25,

Ausbau des Finanzamtes, Höchststadt an der Donau: 57, Bewertungsstelle Finanzamt.
• Niederbayern (395 Beschäftigte): Zwiesel: 100, Landesamt für Steuern, Regen: 30, Einrichtung Grünes Zentrum, Grafenau: 10, Förderstützpunkt Labo, Freyung: 40, Abteilung Staats- und Landesgrenzen des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Vilshofen: 50, Bauamt; 5, BayernLab, regionales IT-Zentrum, Deggendorf: 160, Autobahndirektion Süd.

Verteilung der Stellen
• Oberpfalz (374 Beschäftigte): Windischeschenbach: 60, Abteilung Digitale Landkarten des Landesamts für Digitalisierung, Vohenstrauß: 40, Zentrale Reiseservicezentrale Bayern, Amberg: 64, Gemeinsame IT-Stelle der Bayer, Justiz; 34, Institut für Frühpädagogik, Waldsassen: 70, Ab-

teilung Geo-Datenbank des Landesamts für Digitalisierung, Kemnath: 20, Teilverlagerung Zentrum Bayern, Familie und Soziales, Oberviechtach: 20, Teilverlagerung Grundbuchamt München, Schwandorf: 20, Landesjugendamt Nord, Nabburg: 5, BayernLab, IT-Zentrum, Bad Kötzing und Waldmünchen; insgesamt 41, Ausbau der Finanzämter.
• Mittelfranken (201 Beschäftigte + 360 Studenten): Weißenburg: 148, Landesamt für Schule und Kultur, Dinkelsbühl: 8 Beschäftigte und 100 Studenten, Außenstelle der Landesfinanzschule Ansbach (bis 2019), Ansbach: 10 Beschäftigte und 260 Studenten, Finanzcampus Ansbach, Neustadt a. d. Aisch: 25, Servicezentrum BayernServer; 5, BayernLab, regionales IT-Zentrum; 5, Landesluftbildarchiv Bayern mit Museum.
• Unterfranken (346 Beschäftigte): Bad Kissingen: 100, Haus für Gesundheitsmanagement, Bad Neustadt/Saale: 50, Ausbau Finanzamt; 5, BayernLab, regionales IT-Zentrum; 15, IT-Sicherheit Bayern, Bayern-Cert, Ebern: 100, Landesbaudirektion aus der Autobahndirektion Nord, Landkreis

Miltenberg: 30, Ausbau Finanzamt, Landkreis Main-Spessart: 13, Besteuerung Grunderwerb Finanzamt; 16, Krebsregister Bayern, Kitzingen: 17, Staatsarchiv Würzburg.
• Oberfranken (418 Beschäftigte + 500 Studenten): Marktredwitz: 25, Servicezentrum BayernServer; 60, Kompetenzzentrum Förderprogramme der Landesanstalt f. Landwirtschaft; 186, neue JVA, Wunsiedel: 5, BayernLab, IT-Zentrum, Münchenberg: 15, Einrichtung Grünes Zentrum, Bad Steben: 4, Zentrum Staatsbäder, Hof: 20, Abteilung Geodaten-Gewinnung des Landesamts f. Digitalisierung; 15, Gesteinsammlung, Landesamt f. Umwelt; 10, Förderstützpunkt LfA-Förderbank, Pegnitz: 28 Beschäftigte, 300 Studenten, Fachhochschule für Justiz, Fachbereich (Fortsetzung auf Seite 4)

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 3. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim dritten Bayerischen Wasserkraft-Forum am 23. April 2015 in Landshut. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für Besucher ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.

Zukunft der Schulbegleitung

Gemeinsame Pressekonferenz von Bayerischem Bezirkstag, Freier Wohlfahrtspflege Bayern, Landeselternbeirat und Lebenshilfe-Landesverband Bayern

„Sozialhilfe kann nicht Garant für staatlichen Bildungsauftrag sein“, unterstrichen der Bayerische Bezirkstag, die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, der Landeselternbeirat und der Lebenshilfe-Landesverband Bayern bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz zur „Zukunft der Schulbegleitung“ in Freising. Die Zahl der Schulbegleiter an den bayerischen Förderschulen steige nach wie vor ungebremst. 400 waren es 2007, über 2.000 im vergangenen Jahr.

Wie Präsident Josef Mederer erläuterte, sieht der Bayerische Bezirkstag als wesentlichen Grund für diese massiven Fehlentwicklungen im Förderschulbereich die seit Jahren desolaten finanzielle und personelle Ausstattung der Förderschulen. Bereits im Jahr 2008 habe der Verband den Freistaat aufgefordert, hier gegenzusteuern – „mit mehr Lehrkräften, mehr Pflegekräften, mehr Personen im mobilen sonderpädagogischen Dienst, die alle die Schulen entlasten könnten und den Einsatz von Schulbegleitern vermindern oder sogar verhindern könnten“. Nur so könne der verfassungsrechtlich gesetzte Bildungsauftrag des Freistaats Bayern erfüllt werden.

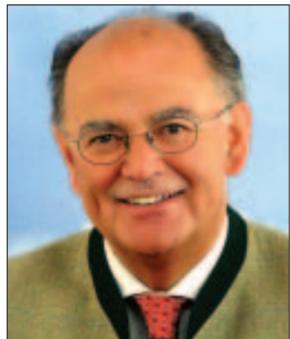
unverzichtbar geworden, da ohne sie ein geregelter Unterricht nicht mehr zu gestalten wäre. „Der So-



Barbara Stamm.

Bildungsauftrag

Diese Aufforderung erfolgt laut Mederer seitdem gebetsmühlenartig, leider aber, von geringen



Josef Mederer.

Verbesserungen abgesehen, erfolglos, denn Schulbegleiter seien für viele Schulen grundsätzlich

stellt, allein im Bezirk Oberbayern waren es fast 11 Millionen. Gemeinsam mit dem Kultusministerium wurden Empfehlungen erarbeitet, die die fachliche Arbeit der Schulbegleiter detailliert regeln. Auch wurde festgelegt, dass Schulbegleiter nur bei lebenspraktischen Aktivitäten der jungen Menschen mit Behinderung- (Fortsetzung auf Seite 4)

Zusätzliche Spielräume für Kommunen

Große Koalition beschließt Entlastungsprogramm

Die Verteilung der Mittel aus dem nationalen Investitionsprogramm ist nunmehr beschlossene Sache. Wesentlicher Bestandteil der Einigung zwischen Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen: Die Kommunen erhalten in den kommenden Jahren fünf Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen.

Die Mittel sollen von 2016 bis 2018 vor allem in zusätzliche Investitionen für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Maßnah-

men zur Erhöhung der Energieeffizienz, in die digitale Infrastruktur, in den Klimaschutz und in die Städtebauförderung fließen. Mit dieser Einigung setze die unionsgeführte Bundesregierung ein deutliches Signal zur weiteren Unterstützung der Kommunen, so der Vorsitzende der Unions-Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, Ingbert Liebing, in Berlin. Er zeigte sich sehr erfreut darüber, dass in den kommenden Jahren fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Kommunen bereitgestellt werden. Davon werden 1,5 Milliarden Euro ab 2017 zur Stärkung der kommunalen Investitionen vorgesehen. So wird der Bereich der kommunalen Infrastruktur mit zusätzlichen Bundesmitteln flankiert.

Darüber hinaus wird der Bund noch in diesem Jahr mit den verbleibenden dreieinhalb Milliarden Euro ein Sondervermögen errichten, dessen Mittel der Förderung von Investitionen in finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden zugutekommen sollen.

Damit leistet der Bund einen weiteren Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet.

Investitionsprogramm

Liebing erklärte, die Union habe bereits im vergangenen Jahr bei den ersten Überlegungen für ein solches nationales Investitionsprogramm darauf hingewiesen, dass die Kommunen die staatliche Ebene in Deutschland sind, die die Mittel am schnellsten und zielgenau einsetzen könnten. „Die Einigung der Großen Koalition greift diese Forderung auf und ermöglicht damit eine zielgenaue Förderung der Kommunen. Gleichzeitig werden wichtige Konjunkturimpulse gesetzt.“

In einer ersten Reaktion begrüßten die deutschen Städte, dass die große Koalition zusätzliche Mittel für die Kommunen bereitstellen will. „Die Koalition setzt mit ihren Verabredungen zugunsten der Kommunen ein positives Zeichen. Die Investitionskraft der Städte wird verbessert, und sie werden stärker als bisher geplant bei ihren hohen Sozialausgaben entlastet. Das ist angesichts eines kommunalen Investitionsprogramms (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Regionalförderung: Aigner legt Bilanz 2014 vor	Seite 2
Bundesteilhabegesetz und Maßregelvollzug	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ein kommunalfreundliches Europa	3
Inklusion ist bunt	3
Mitglieder von Rockerclubs bekommen keine Waffen mehr	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-7
Kommunaler Bau	8
Wasser - Abwasser	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Deutscher Pflegetag 2015:

Pflege stärken mit starken Partnern

Starke Partnerschaften sind der Schlüssel zu guter und effizienter Pflege. Dies spiegelte auch das Motto des Deutschen Pflegetags 2015 „Pflege stärken mit starken Partnern“ wider. Über 4.000 Experten und Entscheider aus Pflege, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft trafen sich in Berlin, um eines der wichtigsten gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Themen unserer Zeit gemeinsam zu verbessern und nachhaltig zu gestalten.

Der Deutsche Pflegeverband als Veranstalter des Deutschen Pflegetags bildete mit dem AOK Bundesverband, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem GKV-Spitzenverband eine starke Koalition. Neben einer umfangreichen Fachausstellung, die über Produkte und Dienstleistungen rund um das Thema Pflege informierte, gab es eine Vielzahl von Vorträgen, die die Pflege in all ihren Facetten beleuchtete und weiterentwickelte.

Wann wird die Pflege endlich den Stellenwert bekommen, den sie braucht? Aus Sicht des Vorstandsvorsitzenden des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalmann, wird die gesellschaftliche Tragweite des Themas immer noch unterschätzt: „Mögen heute noch Mindestlohn oder Energiepreise mehr Aufmerksamkeit erzeugen, langfristig wird das Pflege-Thema nach vorne drängen“, machte Graalmann deutlich. Pflege sei ein Großobjekt, das wie Bildungs- und Energieerzeugung gesamtgesellschaftlich angepackt werden müsse. Nächste Bewährungsprobe sei das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II).

Vor welchen gesellschaftlichen Herausforderungen Deutschland steht, belegen folgende Zahlen: Schon heute sind 2,5 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig, bis 2050 wird diese Zahl noch einmal um rund zwei Millionen ansteigen. Drei von vier Frauen über 30 Jahren müssen damit rechnen, einmal pflegebedürftig zu werden. Bei den Männern ist es jeder zweite. „Wir brauchen natürlich mehr Pflegekräfte. Tatsächlich aber gehen Prognosen, etwa der Ruhr-Universität Bochum davon aus, dass das Potenzial an Pflegepersonen bis 2030 um 30 Prozent sinken wird“, warnte Graalmann.

Vor allem die Zahl pflegender Angehöriger gehe zurück. Dies habe zum einen demografische Gründe, zum anderen werde es trotz gesetzlicher Verbesserungen schwierig bleiben, Familie, Pflege und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die Belastungen für pflegende Angehörige seien enorm, bemerkte Graalmann.

Rund 70 Prozent aller Betroffenen werden durch Familien, Angehörige, Freunde und Nachbarn zu Hause gepflegt. Abgesehen vom hohen ideellen Wert leisteten

die Ehrenamtlichen, aber auch Dienstleister wie etwa Einkaufs- und Reinigungshilfen, einen immensen gesellschaftlichen Beitrag: „Legt man beispielsweise für deren durchschnittlichen Zeitaufwand den Mindestlohn zugrunde, so käme man auf eine Arbeitsleistung von rund 29 Milliarden Euro. Die Ausgaben der Pflegeversicherung insgesamt umfassen aktuell rund 23 Milliarden Euro.“

Teilleistungssystem

„Da das Teilleistungssystem der sozialen Pflegeversicherung mit dem Engagement pflegender Angehöriger und ehrenamtlicher Helfer steht und fällt“, will die AOK Graalmann zufolge ihr Engagement für pflegende Angehörige kontinuierlich ausbauen. Neben der flächendeckenden Pflegeberatung durch rund 700 Experten haben die AOKs eine Reihe von Initiativen gestartet, um speziell pflegende Angehörige zu erreichen und zu unterstützen. Zum Beispiel geht das Programm „Pfiff – Pflege in Familien fördern“ von der AOK Nordost in diese Richtung. In Pflegekursen erhalten hier pflegende Angehörige praktische Anleitung durch Krankenhaus-Fachkräfte. Ein weiteres Beispiel ist die seit 2008 existierende Pflegeleitstelle Demenz der AOK Rheinland/Hamburg, die pflegende Angehörige bei der Suche nach Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen vor Ort oder in Krisensituationen unterstützt.

Neue Wege geht auch die AOK Rheinland/Hamburg mit dem Projekt „Gesunde Nachbarschaften“. Das Angebot reicht von Besuchsdiensten über Patenschaften bis hin zu gemeinsamen Kochkursen. Ziel ist es, älteren Menschen so lange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Graalmann nannte das Engagement der AOK „selbstverständlich“. Gleichzeitig wünschte er sich stärkere Unterstützung: „Zusammen mit engagierten Kommunen, die ihre Verantwortung aktiv wahrnehmen und gezielt Entlastungs- und Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und deren Angehörigen schaffen, wären wir sicherlich noch viel erfolgreicher.“

Lutz Stroppe, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesund-

heit, hob hervor, dass die Bundesregierung die Pflege zu einer Schwerpunktaufgabe gemacht hat: „Wir müssen jetzt das Notwendige tun, um die Pflege für den demografischen Wandel zukunftsfähig zu machen. Es geht dabei um bessere Rahmenbedingungen und eine Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe. Dafür setzen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen um. Unser Grundsatz dafür lautet: Die Pflege stärken heißt zu aller erst, die Menschen stärken, die pflegen.“

Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, meinte: „Wir brauchen in der Pflege endlich gute Arbeitsbedingungen und flächendeckend faire und angemessene Löhne. Auch die Ausbildung muss attraktiver werden. Sonst wird es immer schwieriger, Menschen für diesen wichtigen und anspruchsvollen Beruf zu begeistern.“

Der Politiker versprach, sich für Verbesserungen einzusetzen, und verwies in diesem Zusammenhang auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff: „Bei der Besserstellung von demenziell Erkrankten werden auch die Fol-

Regionalförderung:

Wirtschaftsministerin Aigner legt Bilanz 2014 vor

Die regionale Förderung in Bayern bleibt Kernthema der Wirtschaftspolitik. Dies ist der Leitsatz von Ministerin Ilse Aigner bei ihrer Bilanz zur Regionalförderung 2014, die sie in München zog. Demnach habe ihr Ministerium im vergangenen Jahr zur Unterstützung bayerischer Unternehmen allein 196 Millionen Euro bereitgestellt. Diese dienten vor allem der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Mit den regionalen Fördermitteln habe man nahezu 1,4 Milliarden Euro für 578 Investitionsmaßnahmen angestoßen, erklärte Aigner weiter. Dadurch seien bayernweit 2.900 Arbeitsplätze neu entstanden und 23.000 Arbeitsplätze gesichert worden. 93% der Regionalfördermittel gingen in den ländlichen Raum, der damit wirtschaftlich kontinuierlich aufhole. Darüber hinaus setze das Wirtschaftsministerium mit anderen Förderinstrumenten effektive Impulse für den ländlichen Raum. So seien im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms 2014 Darlehen von 173 Millionen Euro dorthin geflossen. Damit konnten 1.600 neue

Pflegetruck-Tour durch Bayern

Seit vielen Jahren engagieren sich die beiden großen christlichen Kirchen im Freistaat gemeinsam mit ihren Verbänden, der Diakonie und der Caritas, für eine Verbesserung in der Pflege. Unter dem Motto „Für 100 Prozent liebevolle Pflege“ bringen sie nunmehr einen überdeutlichen Pflegehinweis auf die Straße.

Bis in den Herbst hinein wird ein so genannter Pflegetruck durch etwa 30 bayerische Städte rollen und unter dem Logo „Pflegehinweis 2015“ darauf aufmerksam machen, dass Pflege mehr Zeit, mehr Mitarbeitende und eine bessere Finanzierung benötigt.

Die aktuelle Tourplanung mit Daten, Orten und Stellplätzen des Trucks ist einsehbar unter www.liebevollpflege.de/tourdaten DK

gen für die Personalausstattung in der Pflege berücksichtigt.“

Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegeverbands, stieß in dasselbe Horn: Die Pflege müsse hierzulande mindestens den gleichen Stellenwert einnehmen wie Energie- oder Umweltpolitik, urteilte der DPR-Chef: „Die Pflegebedürftigen spüren den Personalmangel ganz massiv.“ Wenn die Pflege reformiert werden solle, brauche es vor allem Mitarbeiter. DK

Bayerischer Bezirkstag in Straubing:

Bundesteilhabegesetz und Maßregelvollzug

Mit Blick auf das geplante Bundesteilhabegesetz hat der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, im Rahmen einer Hauptausschusssitzung in Straubing darauf hingewiesen, „dass ein Mensch mit Behinderung unserer festen Überzeugung nach kein Fall für die Sozialhilfe sein soll, sondern jemand, der so selbstbestimmt wie möglich im gesellschaftlichen Leben integriert ist“. Diese Zielsetzung müsse konsequent umgesetzt werden.

Außerdem müsse der für 2015 angekündigte Gesetzentwurf eine Entlastung der Kommunen bei den Ausgaben der Eingliederungshilfe realisieren. Der Vorstoß von Bundesfinanzminister Schäuble, die vorgesehene kommunale Entlastung von 5 Milliarden Euro ab dem Jahr 2018 nicht mehr mit dem Bundesleistungsgesetz zu verbinden, sondern unmittelbar die Kommunen im Bereich von Hartz IV finanziell zu entlasten, sei nicht zielführend. Wie Mederer begründete, würden damit Bund und Länder das ambitionierte Ziel eines modernen Teilhaberechtes für Menschen mit Behinderungen aufgeben: „Das können wir als Bezirk so nicht mittragen, denn ein Verschieben von Geldmitteln löst keine Probleme.“ Einmal mehr unterstützte der Hauptausschuss die Forderung nach einem eigenen Leistungsgesetz, das unabhängig von der Sozialfürsorge sein müsse.

Korrekturbedarf

Von den Bezirken und dem Bezirkstag in weiten Teilen begrüßt wird der kürzlich von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf eines Maßregelvollzugsgesetzes. An zwei zentralen Punkten sieht man laut Mederer noch entscheidenden Korrektur- oder Ergänzungsbedarf: So würden an einer Stelle des Gesetzentwurfs Regelungen zur „Leitung der Maßregelvollzugseinrichtungen“ getroffen. Der Text sehe dabei vor, dass bei Neubesetzungen der Maßregelvollzugsleistung die neue Fachaufsichtsbehörde zustimmen muss. „Das greift allerdings stark in das Selbstverwaltungsrecht des Trägers bzw. Dienstherrn Bezirk ein und beschränkt damit unzulässig dessen Handlungsfähigkeit. Ei-

ner Zuständigkeit für eine Aufgabengabe muss auch eine Entscheidungszuständigkeit entsprechen. Ansonsten wäre die Entscheidungsbefugnis des Bezirkstages sowie seiner Gremien ausgehöhlt“, machte Mederer deutlich. Mindestens ebenso wichtig erscheine zudem die Absicherung der Finanzierung und Leistungsstandards der forensischen Ambulanzen: Noch fehle eine Regelung dazu vollständig.

Eigenständige Vollzugseinrichtungen

Die Bezirke betreiben im Auftrag des Freistaats derzeit an 14 Standorten eigenständige Maßregelvollzugseinrichtungen, in denen über 2.500 Patienten versorgt werden. Diese werden in der forensischen Psychiatrie behandelt, weil auf Grund einer von ihnen begangenen Straftat die Unterbringung dort richterlich angeordnet worden ist. Drei der 14 Kliniken sind Spezialinstitutionen: eine Klinik ausschließlich für Frauen, eine für jugendliche Suchtkranke und eine für besonders gefährliche Patienten.

Im Vorfeld der Hauptausschusssitzung in Straubing hatten die Bezirke zudem eine Reform ihrer Finanzausstattung nach folgendem Schlüssel gefordert: Ein Drittel vom Bund, ein Drittel vom Land, ein Drittel von den Kommunen. Die Finanzierung der Bezirke sei derzeit unbefriedigend geregelt. Auch beim Thema Inklusion an den Schulen sehen die Bezirke beim Freistaat Handlungsbedarf: „Wir fordern ein integriertes pädagogisches Gesamtangebot des Staates“, unterstrich Mederer. Der Freistaat könne die deutlich gestiegenen Lasten bei der Inklusion nicht ohne Ausgleich auf die Bezirke abwälzen. DK

Schlösser, Gärten und Seen auf Erfolgskurs

Eine herausragende Bilanz für das Jahr 2014 konnte der Präsident der Bayerischen Schlösserverwaltung, Bernd Schreiber, ziehen: „Bayerns Schlösser liegen im Trend und werden bei in- wie ausländischen Besuchern immer beliebter.“ 5.011.000 Besucher zählten die bayerischen Schlösser im vergangenen Jahr – ein Zuwachs von 3,06 % zum Vorjahr. Auch das „Zugpferd“ Neuschwanstein konnte noch einmal um 3,26 % zulegen und 2014 1.570.000 Gäste aus aller Welt begrüßen.

An der Attraktivität der bayerischen Schlösser, Gärten und Seen arbeiten die ca. 850 Mitarbeiter erfolgreich und mit vollem Einsatz. Diverse Sonderausstellungen und Sonderveranstaltungen fanden 2014 in ganz Bayern ein großes Publikum.

Wiedereröffnung nach Restaurierung

Mit einem prachtvollen Fest wurde „350 Jahre Schloss Nymphenburg“ gefeiert und das dortige Nördliche Appartement nach einer großen Restaurierung wiedereröffnet. Etliche weitere Baumaßnahmen und Restaurierungen konnten 2014 abgeschlossen werden, etwa die Instandsetzung und Neubepflanzung des Eisernen Hauses in Nymphenburg, Fassadensanierungen in der Burg zu Burghausen und der Residenz Bamberg, die Restaurierung des Junckeraltars in der Kapelle von Schloss Johannisburg sowie die

Restaurierung der historischen Brüstungs-Zierritter am Neuen Schloss Schleißheim.

Baumaßnahmen

„Auch 2015 stehen viele Baumaßnahmen an“, informierte Präsident Schreiber. Schloss Lindertshof bekommt als Pilotprojekt eine Lüftungsanlage im Rahmen des Climate for Culture-Programms. In Schloss Neuburg stehen Konservierungsmaßnahmen in der Schlosskapelle zur Vorbereitung der geplanten Sonderausstellung „Kunst und Glaube“ 2016 an.

Barrierefreiheit

Dach- und Fassadensanierungen finden in der Residenz Ansbach statt. In der Münchener Residenz wird der Herkulesaal behindertengerecht erschlossen. Auch wird es 2015 wieder zahlreiche Sonderveranstaltungen und Ausstellungen geben. DK

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Unglaub
95493 Bischofsgrün
am 20.3.

Bürgermeister Max-Dieter Schneider
96157 Ebrach
am 23.3.

Bürgermeister Eduard Walz
91080 Marloffstein
am 24.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Schäfer
63875 Mespelbrunn
am 19.3.

Bürgermeister Rupert Monn
82335 Berg
am 25.3.

Bürgermeister Josef Schäffler
82272 Moornweis
am 19.3.

Bürgermeister Franz Schlögel
86678 Ehingen
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz
86660 Tapheim
am 29.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Hinterbrandner
86975 Bernbeuren
am 20.3.

Bürgermeister
Bernd Drummer
91369 Wiesentha
am 20.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Franken
85084 Reichertshofen
am 25.3.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Der Rechtsstaat wird nicht kapitulieren“

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann äußerte sich zum Rücktritt des Tröglitzer Bürgermeisters wegen rechtsextremistischer Anfeindungen: „Der Rechtsstaat wird nicht kapitulieren - Betroffene Bürgermeister im Freistaat können sich persönlich an mich wenden“

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat nach dem Fall eines Bürgermeisters in Sachsen-Anhalt, der aus Angst um seine Familie wegen rechtsextremster Anfeindungen zurückgetreten war, klar Stellung bezogen und betont, dass jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister in Bayern seinen persönlichen Rückhalt habe: „Es kann nicht angehen, dass der Rechtsstaat hier kapituliert. Besonders ehrenamtlich Engagierte wie der Bürgermeister von Tröglitz müs-

sen den Rückhalt und den Schutz des Staates genießen. Ich biete allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Bayern an, sich persönlich an mich zu wenden, wenn sie sich in ähnlicher Weise bedroht fühlen sollten. Sollte es in Bayern solche Anfeindungen gegen kommunale Amtsträger geben, garantiere ich für ihren Schutz und versichere ihnen meine volle Unterstützung. Der Rechtsstaat darf nicht den Eindruck von Hilflosigkeit vermitteln.“ □

10. Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern:

Energiewende als Generationenprojekt

Versicherungskammer Bayern offen für Infrastrukturprojektbeteiligungen

Mit der Fragestellung „Energiewende geschafft – Klimawandel gestoppt?“ beschäftigt sich das 10. Klimasymposium der Versicherungskammer Bayern. Unter der Schirmherrschaft der Bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf referierten Experten aus Wissenschaft, Politik, Energie- und Versicherungswirtschaft über Handlungsoptionen, um mit den Folgen des Klimawandels bestmöglich umzugehen. Scharf forderte alle Akteure auf, engagiert beim Klimaschutz mitzuwirken. Die Versicherungskammer Bayern zeigte sich offen für ein Engagement in Infrastrukturprojekten, um so einen weiteren Beitrag zum Klimawandel zu leisten.

Optimistisch äußerte sich die Bayerische Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, Ulrike Scharf, die Themen Klimaschutz und Energiewende nachhaltig in Bayern umzusetzen. „Bayern will beim Klimaschutz Vorreiter in Deutschland sein. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel: Bis 2050 sollen die Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner und Jahr in Bayern auf weniger als 2 Tonnen sinken“, so Scharf im Rahmen des 10. Klimasymposiums der Versicherungskammer Bayern, dessen Schirmherrschaft sie übernommen hat.

Weltklimagipfel

Scharf weiter: „Klimaschutz ist 2015 eines unserer Top-Themen. Wir wollen einen Beitrag für einen erfolgreichen Weltklimagipfel in Paris leisten. Ziel ist, alle Beteiligten – Bürger, Unternehmen und Kommunen – mit ins Boot zu holen. Dabei setzen wir auf drei Säulen: Wir sparen CO₂. Wir machen Bayern klimasicher, zum Beispiel mit insgesamt 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz. Zudem fördern wir die Klimaforschung.“ Bis zur Weltklimakonferenz im Dezember legt Bayern den ersten bayerischen Klima-Report vor. Scharf: „Wie der Weltklimabericht global, wird der bayerische Klima-Report den Klimawandel in Bayern genauer beleuchten. Wir schaffen damit eine wissenschaftlich fundierte regionale Grundlage für weitere Entscheidungen in der bayerischen Klimapolitik.“

Wie Versicherer dem Klimawandel optimal begegnen und die Energiewende sinnvoll begleiten, beschrieb Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern. So leisten

ausschließlich Versicherer durch die Abdeckung von sogenannten Elementarrisiken einen verlässlichen Schutz gegen Naturgefahren. „Das Angebot eines überzeugenden Versicherungsschutzes, eine schnelle, kooperative Regulierung im Schadenfall sowie die umfassende Beratung zur Prävention durch bauliche Maßnahmen sind wesentliche Kernkompetenzen der Versicherungskammer Bayern“, so Schick.

Neue Formen

Neue Formen der Energieerzeugung wie Geothermie, Biogas, Photovoltaik und Windenergie begleitet der größte öffentliche Versicherer mit der Bereitstellung von Versicherungslösungen und der Beratung bei Planung, Bau und Betreiben entsprechender Anlagen. Allein im Freistaat hat der bayerische Marktführer rund 1.000 Biogasanlagen versichert (Marktanteil ca. 50 Prozent im Geschäftsgebiet). Mit einer Deckung bei rund 120.000 Photovoltaikanlagen vertraut jeder Vierte Betreiber auf die Kompetenz der Versicherungskammer Bayern.

Engagement

Ein Engagement in erneuerbaren Energien und Infrastrukturprojekten ermöglicht es den Versicherern, einen weiteren Beitrag zum Klimawandel zu leisten. „Die Versicherungskammer Bayern ist bereit sich künftig bei geeigneten Projekten in diesem Bereich zu engagieren“, so Schick weiter.

Eine echte Energiewende könne langfristig nur dann gelingen, wenn Wärme und Kraftstoffe über regenerativen Strom und die entsprechenden chemischen Syn-

thesen (Power to Gas und Power to Liquid) erzeugt werden. „Die zukünftige Industriegesellschaft wird also eine Stromgesellschaft sein, die Strom, Wärme und Kraftstoffe für Haushalte, Verkehr und Industrie aus und über regenerativen Strom erzeugt“, so Prof. Dr. Martin Faulstich, Vorsitzender des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung. Seiner Ansicht nach sind Energiewende und Rohstoffwende die Fundamente einer nachhaltigen Industriegesellschaft. Wenn Deutschland dafür innovative Technologien und Geschäftsmodelle entwickle, eröffnen sich große industriepolitische Chancen für unsere exportorientierte Wirtschaft. Faulstich weiter: „Es gilt den notwendigen Strukturwandel durch ambitioniertes Handeln voranzutreiben.“

Extremes Wettergeschehen

Viele Hinweise, dass das Wettergeschehen in Zukunft extremer wird, sah Wetterexperte Sven Plöger und sagte: „Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energieformen, der sparsamere und effizientere Umgang mit Energie ist eine der zentralen Maßnahmen, um dem anthropogenen Anteil des Klimawandels zu begegnen.“ Während es auf internationaler Ebene meist nur zu Lippenbekenntnissen reiche, geschehe dagegen auf kommunaler Ebene in Deutschland bereits viel.

Dennoch sieht Plöger die Energiewende in Deutschland als ein Generationenprojekt, weshalb eine solche Transformation der Energieversorgung in einem Industrieland mit 80 Millionen Einwohnern nicht unterschätzt werden darf. „Eine Ausgewogenheit zwischen notwendiger Geschwindigkeit in der Umsetzung einerseits und der Zeit, die eine politische Diskussion benötigt um eine Gesellschaft nicht bis zum Zerreißen zu spannen, ist nicht leicht zu finden“, ergänzte Plöger.

Weitere Informationen unter: www.vkb.de

Fachtag im Cabrini-Zentrum Offenstetten:

Inklusion ist bunt

Etwa 150 Teilnehmer folgten vor kurzem der Einladung zum bayernweiten Fachtag „Inklusion ist bunt“ in das Cabrini-Zentrum Offenstetten (Landkreis Kelheim). Eingeladen hatten die Katholische Jugendfürsorge Regensburg mit der Cabrini-Schule und die Hanns-Seidel-Stiftung.

Eltern, Lehrer, Erzieher, außerschulische Projektleiter, Wissenschaftler und Kommunalpolitiker diskutierten engagiert die Umsetzung der verschiedenen Wege zur Inklusion. „Aus der Spezialisierung der Förderzentren heraus dürfen wir diesen Weg gehen“, erklärte Michael Eibl, Direktor der KJF. Es sei die moderne, die bayerische Formel der Inklusion, in der die Förderschulen als spezialisierte Einrichtungen erhalten bleiben. „Unseren Weg müssen wir in der Öffentlichkeit nun bewusst machen“, ergänzte Eibl. Stefanie von Winning (Hanns-Seidel-Stiftung) versprach, diesen Weg gerne weiter zu unterstützen. Allen Menschen eine gerechte Teilhabe an Bildung zu ermöglichen, sei ein unbestrittenes Ziel.

Kultusstaatssekretär Bernd Sibler machte in seinem Impulsvortrag deutlich: Inklusiver Unterricht und die inklusive Schulentwicklung sind große Herausforderungen für die Schulen. Seit

dem Schuljahr 2011/12 erhielten die allgemeinen Schulen die Möglichkeit, ein besonderes Profil „Inklusion“ zu erarbeiten. Dazu entwickelten sie ein gemeinsames Bildungs- und Erziehungskonzept, um alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich individuell zu fördern. Zur Orientierung für die Schulen und deren Partner habe der wissenschaftliche Beirat den Leitfaden „Profilbildung inklusive Schule“ erstellt.

Wie Sibler ausführte, gibt es aktuell in Bayern 164 staatliche Regelschulen mit dem Profil Inklusion. Sie werden durch die Förderschulen unterstützt. Dabei sind an Grund- und Mittelschulen die Lehrkräfte für Sonderpädagogik in das Kollegium der allgemeinen Schule einbezogen. Für das Bildungsministerium sei der gegenseitige Wissenstransfer ein wichtiger Aspekt der Profilschulen: „Einerseits profitieren die allgemeinen Schulen von

dem spezifischen Wissen der Förder-Lehrkräfte und andererseits sammeln auch die Lehrkräfte der Förderschulen Erfahrungen. Das gilt auch für den Schwerpunkt geistige Entwicklung. Kulturtechniken und Alltagsfähigkeiten, die Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht der Partnerklassen kennen lernen, spielen auch eine Rolle für den Unterricht im Förderzentrum.“

Guter Ort zum Lernen

Dass Förderschulen für viele Kinder ein guter Ort zum Lernen sind, zeige beispielhaft die Cabrini-Schule, fuhr der Staatssekretär fort. Förderschulen schafften Angebote für schwerst-mehrfach-behinderte junge Menschen, die an vielen Regelschulen nicht möglich sind. In diesem Zusammenhang verwies er auf das langjährige Projekt „Klangbrücken“: Hier musizieren in einer Kooperation der Cabrini-Schule mit dem Ostbayerischen Jugendorchester Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gemeinsam. Das Projekt



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Union garantiert uns seit Jahrzehnten Frieden, Freiheit und ein gesichertes Maß an Wohlstand - diese grundsätzliche Aussage ist selbst unter europakritischen Zeitgenossen weitgehend unbestritten. Doch im politischen Alltag geht Europa, gerade für uns als kommunale Familie, weit mehr ins Detail. Hier treffen wir auf Schlagworte wie Bürokratie, TTIP, Finanzen und Asyl - alle auch gleichzusetzen mit großen gemeinsamen Aufgaben für die Zukunft.

Eine dieser Herausforderungen ist sicherlich die künftige Ausgestaltung von EU-Förderprogrammen. Denn es ist traurig, aber wahr: Bei vielen dieser Förderangebote stehen Aufwand und Nutzen leider in einem krassen Missverhältnis zueinander - besonders dann, wenn bei der Umsetzung sogar zusätzliches Personal eingestellt werden muss. Die KPV fordert deshalb im Sinne der Kommunen, die bürokratischen Anforderungen für die entsprechenden Förder-

Ein kommunalfreundliches Europa

programme auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Dies gilt übrigens auch für die Bundes- und Landesebene. Es kann nicht sein, dass Gelder für die Entwicklung unserer Heimat nicht abgerufen werden (können), weil das „Bürokratiemonster“ den Weg versperrt.

Den Weg versperren möchten wir als Kommunen sicherlich nicht, wenn es um TTIP geht, das transatlantische Freihandelsabkommen - über das viele reden, aber nur wenige so richtig Bescheid wissen. Denn grundsätzlich ist der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA zu begrüßen - gerade im Zeichen der fortschreitenden Globalisierung und dem Aufkommen neuer dynamischer Weltwirtschaftsmächte. Die EU hat als größerer Partner die Chance, den Verhandlungen ihren Stempel aufzudrücken. Unser deutscher Mittelstand kann dadurch nachhaltig gestärkt sowie deutsche Standards letztendlich weltweit etabliert werden.

Doch wie bei fast allem im Leben hat auch das transatlantische Freihandelsabkommen eine Rückseite der Medaille. So stehen den durchaus realistischen Chancen berechtigte Sorgen und Anliegen unserer Kommunen gegenüber. Aus diesem Grund fordert die KPV in diesem Zusammenhang unter anderem die Beibehaltung der kommunalen Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge (z. B. Wasservers- und Abwasserentsorgung, ÖPNV, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser und Kultur) und die Zuständigkeit für nationale Gerichte auch hinsichtlich ausländischer Investoren. Für uns ganz wichtig: Mit TTIP darf zudem kein Abbau von Schutzstandards im Umwelt- und Verbraucherschutz einhergehen. Darüber hinaus müssen kommunale Vertreter in die Beratergruppen eingebunden werden, um Transparenz zu gewährleisten.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Vorsitzender

wurde im Jahr 2014 mit dem Bayerischen Miteinander-Preis ausgezeichnet.

„Wir wollen noch mehr Inklusion ermöglichen - insbesondere weitere Schulen mit dem Profil Inklusion und weitere Standorte der Inklusionsberatung am Schulamt“, stellte Sibler abschließend fest. „Wir wollen die Inklusion weiterhin personell ausbauen und so den tatsächlichen Zugang zur allgemeinen Schule stärken. Für das Schuljahr 2014/15 stehen erneut 100 zusätzliche Lehrerstellen für die Inklusion zur Verfügung. Damit haben wir seit 2011 für das Thema Inklusion insgesamt zusätzliche 400 Stellen geschaffen. Weitere je 100 Stellen sind im Doppelhaushalt 2015/16 bewilligt worden. Insgesamt sind das 600 zusätzliche Stellen.“

Von Einzelinklusion bis Partnerklassen: Wie bunt Inklusion sein kann, konnten die Teilnehmer bei Unterrichtsbesuchen und Workshops zu Themen wie Wohnen und Freizeit hautnah erleben. Für sie fasste der Gesamtleiter des Cabrini-Zentrums, Dr. Bernhard

Resch, die Beiträge des Fachtages zusammen. Nach seinen Worten haben alle Schularten in einer inklusiven Bildungslandschaft ihre Berechtigung. Nunmehr sei eine weitere Professionalisierung in den bestehenden Systemen erforderlich. Eine Ausweitung auf die Arbeitswelt und das direkte Lebensumfeld vor Ort gehörten dazu.

Analog zu den Workshops und Fachvorträgen war Inklusion in Bezug auf Schule, Wohnen,

Freizeit und Arbeit Thema einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde. Claudia Grubmüller, Landeselternebeiratsvorsitzende der Förderzentren, forderte dabei mehr Geld für inklusive Bildung. Rede und Antwort standen zudem Burkhard Rapp (Bayerisches Sozialministerium), Michael Eibl (Direktor KJF), Elfriede Meier (Rektorin Cabrini-Schule) sowie Irmgard Badura (Behördenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung). **DK**

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner startet Internetportal für Gründer

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat das neue Internetportal Gründerland.Bayern freigeschaltet. Das Portal gibt Gründern und jungen Unternehmen aller Branchen erste Hilfestellung und Informationen rund um das Thema Existenzgründung.

Beim Google Launchpad im WERK1 erklärte Aigner den anwesenden Start-ups: „Bayern soll Gründerland von Weltrang werden. Mit dem Internetportal Gründerland.Bayern wollen wir Gründungsinteressierte ermutigen. Bayern hat jetzt einen neuen digitalen Wegweiser in die unternehmerische Selbstständigkeit.“

Das Portal dient als Leitfaden für potenzielle Gründer. Die Website ist abrufbar unter folgendem Link: www.gruenderland.bayern

Mitglieder von Rockerclubs erhalten keine Waffenerlaubnisse mehr

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erklärte: Mitglieder von Rockerclubs erhalten keine Waffenerlaubnisse mehr. Die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts bestätigen den strikten bayerischen Vollzug. Herrmann will die Entwaffnung der Rockerclubs konsequent vorantreiben

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts begrüßt, wonach Mitgliedern bestimmter Rockergruppierungen wie Hells Angels, Bandidos, Gremium oder Trust keine Waffenerlaubnisse erteilt werden dürfen. Nach den Worten Herrmanns ist nun klargestellt, dass bereits die Mitgliedschaft in einer solchen Rockergruppierung ausreicht, um die waffenrechtliche Unzuverlässigkeit begründen zu können. „Dies ist ein wichtiger Etappensieg im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Damit wird die konsequente bayerische Vollzugspraxis eindeutig bestätigt. Die Entwaffnung der Rockerclubs gilt es nun konsequent voranzutreiben.“

Konsequente Widerrufung der Erlaubnisse

Das Bayerische Innenministerium hatte in den vergangenen Jahren die bayerischen Waffenbehörden angehalten, Anträge von Mitgliedern von Rockergruppierungen auf Waffenerlaubnisse abzulehnen und bestehende Erlaubnisse konsequent zu widerrufen. Gegen Bescheide der Landratsämter Deggendorf und Straubing-Bogen hatten drei führende Mitglieder bekannter Rockerclubs vor dem Verwal-

tungsgericht zunächst mit Erfolg geklagt.

Kriminelles Umfeld

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte am 10.

Zusätzliche Spielräume...

(Fortsetzung von Seite 1) tionsstaus von 118 Milliarden Euro und eines Volumens der kommunalen Sozialausgaben von 50 Milliarden Euro nötig und hilfreich“, erklärte der Präsident des Deutschen Städtetags, Nürnbergs OB Dr. Ulrich Maly: „Der Bund greift damit Forderungen des Deutschen Städtetages auf, die wir seit Bildung der großen Koalition in vielen Gesprächen und öffentlichen Erklärungen vorgebracht haben.“

Sondervermögen

Vor dem Hintergrund, dass die große Koalition für die Jahre bis 2018 nun Mittel in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro im Rahmen eines Sondervermögens für kommunale Investitionen bereitstellen will, meinte Maly: „Diese Mittel für kommunale Investitionen sind ein nennenswerter Beitrag, um die Handlungsfähigkeit von Kommunen zu erhöhen. Für struktur-

Oktober 2013 schließlich die Entscheidungen der Waffenbehörden. Mitglieder der sogenannten Outlaw motorcycle Gangs bewegen sich danach in einem kriminellen Umfeld, in dem typischerweise Delikte der Organisierten Kriminalität – etwa Aktivitäten im Rotlichtmilieu, Rauschgifthandel oder Bedrohungen und Körperverletzungen – begangen werden. Die ge-

schwache Städte sind solche Hilfen besonders wichtig. Denn eine Reihe von Städten muss seit längerem von der Substanz leben. Gerade eine funktionsfähige kommunale Infrastruktur ist für die Menschen elementar.“

Zusätzliche Finanzmittel

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt die durch den Bund vorgesehene zusätzlichen Finanzmittel. Benötigt werde ein Nationaler Investitionspakt für die Kommunen, wie jetzt vorgesehen, so der DStGB. Die Investitionsschwäche der Kommunen müsse dringend beseitigt werden. Noch zu Beginn der 1990er Jahre investierten die Kommunen mehr als Bund und Länder zusammen genommen. Heute hätten sie nur noch einen Anteil von 30 Prozent der öffentlichen Investitionen.

Die geplante Ausweitung der Kommunalen Investitionen zwischen 2016 und 2018 durch den Bund sei ein wichtiger Schritt,

gen diese Urteile Verwaltungsgerichtshofs beim Bundesverwaltungsgericht eingelegten Revisionen blieben erfolglos. Dazu Herrmann: „Dies ist nun bundesweit geltende Rechtslage. Bayern hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen.“

Verfassungsschutzberichte

Über die Aktivitäten von Rockergruppierungen wird die Öffentlichkeit seit Jahren in den bayerischen Verfassungsschutzberichten informiert. Die bayerischen Richter hatten in ihrer Entscheidung auf die Verfassungsschutzberichte Bezug genommen. Darauf bezieht sich nun auch das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil. □

um diese Herausforderung anzugehen. Nur so könne eine Partnerschaft zwischen Öffentlich und Privat gelingen. Zudem sind laut DStGB kommunale Investi-

tionen nicht nur durch Geld, sondern auch durch Vereinfachungen zu erleichtern, zum Beispiel im Vergaberecht. Die Planungsverfahren müssten beschleunigt, die Bürgerbeteiligung gestrafft und der Rechtsschutz konzentriert werden, damit der Zeitraum zwischen Planungsentscheidung und Umsetzung deutlich reduziert wird. „Wir haben keine Zeit zu verlieren, in der unsere Infrastruktur immer weiter verfällt. Längst gehört Deutschland bei der Geschwindigkeit von Umsetzungen von Infrastrukturmaßnahmen zu den Schlusslichtern - nicht nur bei Flughäfen. Made in Germany muss wieder zum Markenzeichen für Qualität, Effizienz und solide Umsetzung auch bei Investitionsvorhaben werden. Den Titel des Weltmeisters von Bedenken und Ängsten sollten wir nicht anstreben“, heißt es in der Stellungnahme.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, bezeichnete es als richtig, den von der Eingliede-

rungshilfe losgelösten Weg weiter zu beschreiten. „Wir sind guter Hoffnung, dass so auch ab 2018 eine weitere Entlastung gelingen kann, die tatsächlich in allen Kommunen direkt ankommt.“

Investitionspaket vom Bund

Hilfreich sei gleichermaßen das geplante Sondervermögen zur Förderung der Investitionen in finanzschwachen Kommunen. Der Deutsche Landkreistag gehe davon aus, dass dabei Kommunen in allen Ländern potenziell einbezogen werden. Es gehe nun darum, das Paket schnell und ohne aufwendige Befragungen auf den Weg zu bringen. Sager: „Bei dem Investitionspaket des Bundes erhoffen wir uns vor allem, dass der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur seinen Anteil vorrangig zum Abbau der digitalen Spaltung und zur Verbesserung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum nutzt.“ **DK**

Behördenverlagerungen...

(Fortsetzung von Seite 1) Rechtspflege. Kronach: 15 Beschäftigte, 200 Studenten, Finanzhochschule, Fachbereich Steuer/Finanzen. Kulmbach: 15, Kompetenzzentrum Strahlenschutz Landesamt f. Umwelt; 20, Aufstockung Kompetenzzentrum für Ernährung.

„Wir wollen die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen und nicht die Menschen zu den Arbeitsplätzen“, informierte CSU-Vorsitzender Horst Seehofer. Er bekräftigte, dass die Behördenverlagerung ein weiterer Schritt zur gleichmäßigen Entwicklung aller Teile Bayerns ist: „Bayern besteht nicht nur aus München, deshalb fördern wir den ländlichen Raum. Denn wenn es dem ländlichen Raum gut geht, geht es auch Bayern insgesamt gut.“ Gleichzeitig erteilte Seehofer Zwangsversetzungen eine klare Absage: „Uns ist wichtig, dass der Prozess sozialverträglich und im Einklang mit den Beschäftigten erfolgt.“ Dazu wurden bereits Gespräche mit den Hauptpersonalräten der Ministerien geführt.

Heimatminister Markus Söder betonte die Bedeutung des Kabinettsbeschlusses: „Das wird das größte Regionalisierungsprogramm staatlicher Aufgaben seit Jahrzehnten.“ Über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren soll die Verlagerung aus den Ballungsräumen erfolgen. „Es hat in den vergangenen Jahrzehnten keine einzige Behördenverlagerung gegeben, die nicht der jeweiligen Region geholfen hat“, erklärte Söder mit Blick auf die erwarteten positiven Effekte für die Regionen. Auch er wies darauf hin, dass die Behördenverlagerung ohne Zwangsversetzungen, sondern durch Neubesetzungen und natürliche Fluktuation erfolgen soll: „Es werden überwiegend nicht Mitarbeiter verlagert, sondern Arbeitsplätze.“

Laut Generalsekretär Andreas Scheuer werden in den nächsten zehn Jahren in den betroffenen Behörden mehr als 25 Prozent der Mitarbeiterschaft und damit rund 1.700 Bedienstete altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden. Allein dadurch kann ein großer Teil der zu verlagernden Stellen neu besetzt werden. Besonderes Augenmerk liegt auf der sozialverträglichen Gestaltung der Verlagerungen. Es wird deshalb keine Zwangsversetzungen an die neuen Zielstandorte geben. Eine zeitliche Streckung des Stellenabbaus gem. Art. 6b Haushaltsgesetz sorgt bei den beteiligten Ressorts für die nötige Flexibilität. Damit können die Ausgangsbehörden entlastet und die neuen Standorte leichter aufgebaut werden.

Für die neuen Behördenstandorte wurden vorrangig die Re-

gionen ausgewählt, die im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und nicht im Rahmen der Hochschulinitiativen bereits umfangreich gefördert werden. Konversionsgemeinden wurden ebenfalls berücksichtigt. Dabei ist Verwaltungs effizienz wichtig. Bereits bestehende Behördenstandorte können für Aufstockungen genutzt werden. Alle Regierungsbezirke profitieren von den Behördenverlagerungen entsprechend ihrer strukturellen Leistungsfähigkeit. Das Gesamtkonzept beruht auf Vorschlägen der Ressorts und wird von diesen eigenverantwortlich umgesetzt.

„Wichtiger Schritt“

In einer ersten Stellungnahme lobte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, die Pläne zur Behördenverlagerung als „richtigen und wichtigen Schritt“. „Gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern dürfen nicht nur als Verfassungsauftrag auf dem Papier stehen, sondern müssen mit einem Bündel verschiedener Maßnahmen in die Tat umgesetzt werden. Dazu zählt in erster Linie die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen. Neben Industrie, Handwerk und Dienstleistungen kann auch der öffentliche Sektor einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass die Bayerische Staatsregierung mit der Behördenverlagerung ernst macht und aus den Ballungsräumen sowie aus größeren Städten Arbeitsplätze in den ländlichen Raum verlagert“, sagte Bernreiter.

Bernad Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, machte in einer ersten Einschätzung deutlich: „Die Vorschläge von Heimatminister Dr. Markus Söder zur Verlagerung von Behörden sind ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere Schritte für eine dynamische Landesentwicklung folgen müssen. Damit stärkt Söder Städte und zentrale Orte in ländlichen Räumen. Es ist gut, dass der Heimatminister das Problem Stück für Stück anpackt. Die Staatsregierung ergreift endlich wieder das Steuer, um die Landesentwicklung gezielt zu lenken. Aber es gibt noch viel zu tun, um die Infrastruktur Bayerns mit Straße, Schiene und Breitband zu verbessern.“

Als besonders wichtig bezeichnete Buckenhofer folgenden Aspekt: „Die zentralen Orte in den ländlichen Räumen müssen weiterhin mit Schulen, Bildungseinrichtungen, Hochschuleinrichtungen und Wissenschaftsstandorten gestärkt werden. Der erfolgreichste Weg zur Stärkung der

ländlichen Räume liegt in der Erhaltung der zentralen Orte - dies sind nicht nur 25 kreisfreie Städte und 29 große Kreisstädte, sondern eine breite Vielfalt an kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die als Ankerpunkte einer erfolgreichen Strukturpolitik für den gesamten Freistaat dienen.“

Eines jedoch stimmt den Bayerischen Städtetag nachdenklich. Vor dem Hintergrund, dass der erste Satz der „Heimatstrategie - Regionalisierung von Verwaltung“ lautet: „Der ländliche Raum ist Bayerns Heimat“, stellte Buckenhofer klar: „Nicht nur ländlicher Raum ist Heimat. Auch große Städte bieten Heimat für Millionen Menschen. Fast die Hälfte der Menschen lebt in Verdichtungsräumen. Auch diese Menschen finden ihre Heimat in Bayern und dürfen von der Staatsregierung nicht vergessen werden.“

Auch der Bayerische Gemeindetag begrüßt die verkündeten Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raums. Wie Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl hervorhob, „setzt die Staatsregierung damit ein wichtiges Zeichen zur Stärkung der ländlichen Gegenden Bayerns“. Der Freistaat gehe mit gutem Beispiel voran. Arbeitsplätze dürften nicht nur in den Großstädten und Ballungsräumen entstehen. Auch die Menschen in den ländlichen Regionen hätten ein Recht darauf, dass der Staat ihre Belange berücksichtigt. Dazu gehöre die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze.

Der Gemeindetagschef wies darauf hin, dass die Ansiedelung von Behörden der Stärkung der Wirtschaftskraft vor Ort dient, da örtliches Handwerk und Gewerbe gestärkt werden. „Ein wichtiger Schritt ist damit zu Gunsten des ländlichen Raums gemacht. Große Unternehmen sollten sich an dieser Maßnahme ein Beispiel nehmen und gleichfalls über die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum nachdenken. Nun kann ergänzend dazu die Reform des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel einer gerechteren Mittelverteilung unter den Kommunen angegangen werden.“

Scharfe Kritik an Söders Personalkonzept kam von SPD und Grünen im Landtag. Annette Karl (SPD) vermisst eine echte Strategie. Behördenstellen über ganz Bayern zu verteilen, sei nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Claudia Stamm (Grüne) zweifelt am Nutzen von Behördenverlagerungen. Die Entscheidungsgrundlagen für die Verlagerungen seien ihr zu „nebulös“. Thorsten Glauber von den Freien Wählern hofft, dass das Konzept nur ein „erster Schritt“ ist und noch weiterentwickelt werde. **DK**

Zukunft der...

(Fortsetzung von Seite 1)

en unterstützend tätig sein sollen, sie aber keinerlei pädagogischen oder klassenbezogenen Aufgaben übernehmen dürfen. „Die Praxis hat aber immer wieder gezeigt, dass Schulbegleiter sehr wohl im Bereich der Pädagogik oder für die Klasse insgesamt aktiv werden. Mit unseren Empfehlungen und den gesetzlichen Grundlagen der Eingliederungshilfe ist dies aber nicht vereinbar“, unterstrich Mederer.

Spezialisierung

Zu bedenken sei auch, „dass unsere Förderschulen für junge Menschen mit Behinderungen maßgeschneidert sein sollten. Unstreitig wird es zwar immer wieder Kinder und Jugendliche geben, die ohne Schulbegleiter auch an den auf diese Behinderungen spezialisierten Schulen nicht am Unterricht teilnehmen können. Diese Fälle müssen aber die seltene Ausnahme sein, und nicht die Regel, wie dies derzeit der Fall ist!“

„Wir sind der fachlichen Überzeugung, dass Förderschulen auch in Zeiten der Inklusion unverzichtbar sind“, fuhr der Verbandspräsident fort. „Wir begrüßen außerdem das gesetzlich verankerte Recht der Eltern, bei der Beschulung ihres behinderten Kindes zwischen einer Regelschule und einer Förderschule wählen zu können. Dieses Recht läuft aber vollkommen ins Leere, wenn Förderschulen keine attraktiven Bildungsorte darstellen und weit hinter den Regelschulen zurückstehen. Warum auch sollten Eltern ihr Kind in eine Schulart geben, deren Ruf ins Wanken gekommen ist!“

„Mit einer Resolution, die die Partner der Pressekonferenz mittragen, haben wir uns deshalb nochmals an den Freistaat Bay-

ern mit der Forderung gewandt, die personellen und finanziellen Defizite an Förderschulen endlich zu beheben“, erklärte Mederer.

Die bayerischen Förderschulen stehen, wie die Vorsitzende des Landeselternbeirates der Schulen und schulvorbereitender Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Bayern e.V., Claudia Grubmüller, feststellte, „im bundesweiten Vergleich an vorletzter Stelle bei der Ausstattung mit Sonderpädagogern“. Diese Situation werde, so der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, Prälat Bernhard Piondl, „noch dadurch verschärft, dass sich die Schülerschaft in Förderschulen in den letzten Jahren dramatisch verändert hat“. Immer mehr junge Menschen mit schweren Verhaltensauffälligkeiten, Mehrfachbehinderungen oder psychischen Störungen müssten hier beschult werden – und das seit langem mit zu wenig staatlichem Personal.

Qualifiziertes Personal

Wie die Präsidentin des Bayerischen Landtags und Vorsitzende des Lebenshilfe-Landesverbandes Bayern, Barbara Stamm konstatierte, benötige jede Förderschulklasse ausreichendes und qualifiziertes pädagogisches Personal. Zusätzlich brauche es in der Klasse eine Pflegekraft. Beides sei bedauerlicherweise nicht vorhanden. Die Lebenshilfe in Bayern ist Träger von fast 50 Förderschulen mit insgesamt rund 5.000 Schülerinnen und Schülern. Sie ist damit einer der größten privaten Träger bundesweit.

Immer wieder sei der Lebenshilfe-Landesverband beim Bayerischen Kultusministerium mit der Forderung vorstellig geworden, auf die zunehmend prekäre Situa-

tion der Förderschulen zu reagieren, sagte Stamm. „Auf den großen Wurf warten wir bislang vergeblich. Das Förderschul-Konzept der individuellen, ganzheitlichen Förderung für die Kinder mit Behinderungen bewährt sich seit Jahrzehnten. Parteübergreifend bekennen sich unsere bayerischen Politiker zu den Förderschulen. Aber dieses Bekennen kommt im Schulalltag nicht an.“

In Wirklichkeit bewege sich für die Förderschulen in Bayern die Spirale immer weiter abwärts. Es müsse außer Frage stehen, die Förderschulen in ihrer Existenz mittel- und langfristig zu sichern. Benötigt werde eine auskömmliche Finanzierung. Es müsse dem Staat selbstverständlich sein, dass in einer Schule die entsprechend qualifizierten sonderpädagogischen Fachkräfte ausreichend vorhanden sind.

Stamm: „Im Vergleich zu anderen Schulen sinken die Schülerzahlen in den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung nicht. Zudem verzeichnen wir immer mehr Kinder mit Mehrfachbehinderungen und damit höherem Pflege- und Betreuungsbedarf. Auf diesen steigenden Anteil der Schüler wird aber keine Rücksicht genommen. Den betroffenen Förderschulen werden deswegen nicht mehr Pflegestunden zugeteilt. Und wenn, dann reichen auch diese Pflegestunden nicht aus. Schulbegleitung kann nicht der Ausweg sein.“

„Wir brauchen endlich eine tragfähige, nachhaltige Lösung. Und das muss bedeuten, mehr in pädagogische, in therapeutische Kräfte und in mehr Pflegekräfte an den Förderschulen zu investieren“, forderte Stamm. Schulbegleiter dürften in Förderschulen nicht die Regel werden, sondern nur in Ausnahmesituationen erforderlich sein. **DK**

Zukunftsstrategien für Sparkassen und Landesbanken

DSGV-Präsident Georg Fahrenschon bei Handelsblatt-Jahrestagung in Berlin

Welche Veränderungen zieht die digitale Entwicklung nach sich? Werden in Zeiten mobiler Bezahlsysteme überhaupt noch Sparkassen und Geld zum Anfassen benötigt? Auf der Handelsblatt-Jahrestagung „Zukunftsstrategien für Sparkassen und Landesbanken“ in Berlin beleuchteten unter anderem hochkarätige Experten wie Dr. Elke König, Präsidentin der BaFin, Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München und Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) in Vorträgen und Diskussionsrunden die aktuellen Herausforderungen in der Sparkassen-Finanzgruppe.

DSGV-Chef Fahrenschon wies darauf hin, dass Privatkunden wie Firmenkunden der Sparkasse auch in Zeiten absoluter Niedrigzinsen die Treue hielten. Sowohl der Einlagen-, als auch der Kreditbestand seien 2014 merklich gestiegen. Auf der Passivseite schätzten die Kunden die über Jahrzehnte nachgewiesene Sicherheit der Sparkassen. Auf der Aktivseite würden vor allem Investitionen in den gewerblichen und privaten

Wohnungsbau verstärkt – auf durchweg solider wirtschaftlicher Grundlage. „Darauf legen die Sparkassen großen Wert, denn wir wollen nicht einer Immobilienblase Vorschub leisten“, meinte Fahrenschon.

Vor allem sei eine bemerkenswerte Stabilität bei den Firmenkunden festzustellen: Die Kreditabschreibungen seien historisch niedrig; zum Teil seien sogar vorsorglich gebildete Risikopositio-

nen wieder aufzulösen. „Das zeigt, dass die Sparkassen grundsätzliche Unternehmenskunden haben. Es bewährt sich hier, dass die Sparkassen auch in Zeiten schwieriger Anlagebedingungen nicht um jeden Preis Kreditgeschäft machen, sondern sehr genau auf die Risiken achten“, konstatierte der Präsident.

Bei alledem übersehe man natürlich nicht die Herausforderungen innerhalb der einzelnen Geschäftsfelder, so Fahrenschon: „Ein immer höherer Anteil der Einlagen wird hoch liquide gehalten. Viele unserer Kunden misstrauen dem Wertpapiergeschäft noch immer und nutzen deshalb die dort liegenden Chancen zu wenig. Trotz hoher Neukreditvolumina wächst der Kreditbestand wegen sehr hohen Tilgungsvolumina nur sehr langsam. Und zu hohe Anteile der

durch Kredite ermöglichten Investitionen fließen noch in reine Ersatzbeschaffungen, nicht aber in eigentlich notwendige Innovationen und Erweiterungen.“

Insgesamt zeigten die Sparkassenkunden eine bemerkenswerte Abklärbarkeit angesichts sehr ungewöhnlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen: Sie nutzten sehr gezielt die Chancen der aktuell guten Konjunkturlage, gingen jedoch keine übermäßigen Risiken ein, auch wenn sie dadurch kurzfristige Renditechance an sich vorüberziehen lassen müssen.

Gestärkte Substanz

Durch umfangreiche Vorsorge-reserven und ein erfreuliches Jahresergebnis werde die wirtschaftliche Substanz der Sparkassen noch einmal sehr deutlich gestärkt, machte Fahrenschon deutlich. Damit schafften die Sparkassen die notwendige Vorsorge für absehbar schwierige Zeiten: „Denn je länger die Niedrigzinsphase andauert, desto geringer werden die Fristentransformationserlöse und die Verzinsungen des Eigenkapitals ausfallen. Das wird in den Zinsüberschüssen der nächsten Jahre deutlich spürbar werden. Und zugleich werden wir bei aller Solidität unserer Firmenkunden nicht auf Dauer davon ausgehen können, dass die Kreditabschreibungen so niedrig bleiben werden. Es werden deshalb – mit zeitlicher Verzögerung – einige schwierige Jahre auf uns zukommen. Mit den in den letzten Jahren und 2014 erneut gebildeten Substanzreserven werden wir diese Herausforderungen aber gut bewältigen können.“

Deshalb sei es klug und notwendig, wenn Sparkassen jetzt die notwendigen Reserven schaffen. „Das müssen wir den Kommunen vermitteln, von denen manche an-

gesichts eigener Herausforderungen höhere Ausschüttungen erhoffen. Wir müssen es unseren Kunden erklären, denen langfristig mit soliden Sparkassen besser gedient ist als mit einigen Zehnteln besseren Konditionen“, unterstrich der DSGV-Präsident.

Parallel zur Definition einer gemeinsamen Markenstrategie sei mit der neuen Geschäftsstrategie ein deutlicher Paradigmenwechsel eingeleitet worden: Kundenbindung, Kundenzufriedenheit und Weiterempfehlungsbereitschaft stellten die wichtigsten Ziele der Sparkassen dar.

Nach Darstellung Fahrenschons führen die Marken- und die Geschäftsstrategie derzeit in vielen Häusern zu neuen Zielsystemen: weg von direkten Produktzielen, hin zu Aktivitäten-, Kundenbindungs- und Zufriedenheitszielen. „Das motiviert unsere Vertriebsmitarbeiter neu. Und es ist sicher auch eine Botschaft, die von Verbraucherschützern begrüßt werden kann. Jetzt geht es darum, aus der Geschäftsstrategie eine neue Vertriebsstrategie und eine neue Payment-Strategie zu entwickeln und umzusetzen.“

Aktuell stehe die Überarbeitung des Haftungsverbundes auf der Tagesordnung. Es müssten Anpassungen vorgenommen werden, um die europäisch vorgegebene Einlagensicherungsfunktion erfüllen zu können. Hintergrund dafür sei, „dass wir in der europäischen Rahmengesetzgebung den Erhalt nationaler Institutssicherungssysteme durchsetzen konnten. Wir sind von den Mitgliedern des DSGV einstimmig beauftragt worden, einen Antrag auf Anerkennung unseres vorhandenen Systems als Einlagensicherungssystem vorzubereiten.“ Als wichtigste Eckpunkte des künftigen Systems nannte der DSGV-Präsident:

1. Wir halten an einem Institutssicherungssystem fest.

2. Unser Institutssicherungssystem bleibt auf der Sparkassenebene subsidiär und dezentral. Jedes Institut muss eigene Vorsorge schaffen.

3. Es wird beim Haftungsverbund von Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bleiben.

4. Wir werden unser System weiter verfeinern. Die Datentransparenz untereinander wird verbessert, das Risikomonitoring wird verstärkt und die frühzeitigen Eingriffsmöglichkeiten werden ausgebaut.

5. Die bar vorhandenen Sicherungsmittel werden entsprechend den europäischen Vorgaben ausgebaut.

6. Wir wollen durch institutssichernde Maßnahmen den Einlagensicherungsfall vermeiden. Sollte er wider Erwarten dennoch eintreten, so werden wir entsprechend den gesetzlichen Vorgaben innerhalb von sieben Arbeitstagen 100.000 Euro pro geschütztem Anleger auszahlen.

Fahrenschon zufolge „ist jetzt noch eine Vielzahl von Änderungen in unseren eigenen Regelwerken erforderlich, um alle Anforderungen des Einlagensicherungsgesetzes aufzunehmen. Das wird bis Ende April erfolgen. Danach ist vorgesehen, den entsprechenden Antrag auf Anerkennung als eigenständiges Einlagensicherungssystem bei der Bankenaufsicht zu stellen. Der Zeitplan ist darauf ausgerichtet, bis zum Inkrafttreten des Einlagensicherungsgesetzes am 3. Juli 2015 in jeder Hinsicht handlungsfähig zu sein. Bis dahin werden sich auch Landesbanken und Sparkassen darauf geeinigt haben, wer künftig welche Anteile an den Beitragslasten zu tragen hat.“ DK

Neuausrichtung der Stadtsparkasse München:

Tiefgreifender Umbau der Filial- und Beratungsstruktur

Zwar ist die Stadtsparkasse München mit dem Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2014 „sehr zufrieden“, doch heißt das nicht, dass sie mit der Gesamtentwicklung ganz zufrieden sein kann. Zum einen muss sie davon ausgehen, dass sich wegen der - wohl noch sehr lange anhaltenden - Niedrigzinsphase ihre Ertragslage im laufenden Jahr und wohl auch in den kommenden Jahren verschlechtern wird. Und zum anderen sieht sie sich mit der Entwicklung konfrontiert, dass der Beratungsbedarf ihrer Kunden in der Niedrigzinsphase zunimmt, weil einfache Anlagenformen wie Tages- und Festgeld nichts mehr bringen, alle anderen Anlageformen aber schwieriger und komplexer sind.

Die Konsequenz: Die Stadtsparkasse München, größte Sparkasse in Bayern und auf Rang fünf in Deutschland, setzt auf Wachstum und hat sich zu einem tief greifenden Umbau ihrer Filial- und Beratungsstruktur entschlossen. Diesen Umbau in den 18 Filialen, der durchaus teilweise auch Baumaßnahmen umfasst, will die Sparkasse, so ihr Vorstandsvorsitzender Ralf Fleischer in der Bilanz-Pressekonferenz, bis zum vierten Quartal dieses Jahres bewältigt haben.

Während andere Banken ihr Filialnetz ausdünnen, will die Stadtsparkasse ihr dichtes Geschäftsstellennetz unverändert beibehalten. „Wir stärken die dezentralen Standorte und geben wieder mehr Beratungs- und Entscheidungskompetenz in die Filialen“, erläuterte Vorstandsvorsitzender Marlies Mirbeth das vom allgemeinen Trend abweichende Konzept, „denn wir setzen auf individuellere und persönliche Beratung“. Die Kunden, die bisher zu einem von fünf Anlagecentern in der Stadt gehen mussten, sollen nach dem Zukunftsprojekt „SSKM 2020“ in der Filiale alle Leistungen aus einer Hand erhalten, und zwar von einem zentralen Ansprechpartner, „der sie über viele Jahre und Lebensphasen hinweg begleiten wird.“ Der persönliche Berater soll zum Dreh- und Angelpunkt des Kunden werden.

Ergänzend dazu will die Stadtsparkasse in der Stadt acht Beratungszentren errichten, in denen die Kunden zusätzlich zu dem Leistungsangebot in den Filialen von Spezialisten für Versicherungen und Bausparen beraten werden. Auch Gewerbekunden werden künftig in den Beratungszentren, zu denen je etwa 8 bis 10 Filialen gehören, betreut. Nach und nach sollen diese Center dann mit modernster Technik ausgestattet werden, so dass wenn nötig per Video-Chat weitere Spezialisten aus dem Hause zugeschaltet werden können. Flächendeckende Kundenorientierung und ganzheitliche Beratung sollen die Marschrichtung bestimmen.

Im Berichtsjahr hat die Stadtsparkasse ihr Betriebsergebnis vor Bewertung kräftig um 13,4 Prozent auf 132 (Vorjahr: 116) Millionen Euro steigern können. Dazu haben nicht nur rentierliche Eigenanlagen beigetragen, sondern vor allem auch die ungewöhnliche Zinssituation. Denn die Refinanzierung über die - meist kurzfristigen - Kundeneinlagen war in der Niedrigzinsphase günstiger, die oft länger laufenden Kredite brachten hingegen noch hohe Zinsen ein. So verwundert es nicht, dass der Zinsüberschuss um 6,5 Prozent auf 288 (271) Millionen und der Provisionsüberschuss um 3 Prozent auf 81 (79) Millionen zulegte. Der Zinsüberschuss erreichte 1,78 (1,68) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme, der Provisionsüberschuss blieb mit 0,5 (0,49) nahezu unverändert. Die durchschnittliche Bilanzsumme wuchs nur marginal auf 16,2 (16,1) Milliarden Euro.

Der Verwaltungsaufwand nahm um 3,2 Prozent auf 252 (244) Millionen Euro zu. Das Bewertungsergebnis wäre zwar mit + 10 Millionen Euro positiv ausgefallen, doch wurden auf zwei Beteiligung Abschreibungen von 29,5 Millionen Euro fällig, und zwar auf die Bayerische Landesbausparkasse anteilig 20,8 Millionen und auf die Bayerischen Landesbank entsprechend der Beteiligung 8,7 Millionen Euro. Saldierte betrug die Belastung also 19,5 Millionen Euro. Somit erreichte das Betriebsergebnis nach Bewertung 112 (106) Millionen Euro (+ 6,3 Prozent). Das reichte aber immer noch für eine Eigenkapitalrendite vor Bewertung von 8,8 (8,0) Prozent und nach Bewertung von 7,5 (7,3) Prozent, zumal das Kosten/Ertragsverhältnis (CIR = Cost-Income-Ratio) auf 65,7 (67,8) Prozent gedrückt werden konnte. Das heißt: Um 1 Euro Ertrag zu erzielen, mussten 65,7 Cent aufgewendet werden, erläuterte Vorstandsvorsitzender Thomas Grützmacher.

Noch ist vom Verwaltungsrat nicht entschieden, wie viel vom Gewinn an den Gewährträger, also

die Stadt München, gezahlt wird, im Vorjahr waren es 5 Millionen Euro. 4,3 (4,5) Millionen Euro sind fürs gesellschaftliche Engagement der Stadtsparkasse vorgesehen, also für Spenden, Sponsoring und Ausschüttungen an die von der Stadtsparkasse gegründeten Stiftungen, die im kulturellen und sozialen Bereich tätig sind. Ansonsten dient der Gewinn der Stärkung der Rücklagen.

Das Kreditvolumen wuchs um 4,1 Prozent auf 11,2 Milliarden Euro. Etwa die Hälfte der Kredite ging an - meist mittelständische - Unternehmen und Selbständige. Bei dieser Kundengruppe erreichte das Wachstum der Ausleihungen sogar 7,4 Prozent, was auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung schließen lässt und mehr als doppelt so hoch ist wie das entsprechende Wachstum im Durchschnitt der bayerischen Sparkassen. Sehr gefragt waren auch Immobiliendarlehen. Hier stieg das Finanzierungsvolumen um satte 33 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro.

Trotz niedriger Guthabenzinsen nahmen die Kundeneinlagen noch um 4 Prozent auf 13,9 Milliarden Euro zu. Davon stammten 10,9 Milliarden Euro (+0,9 Prozent) von Privatkunden. Besonders gefragt waren Sichteinlagen. Immer mehr Kunden ziehen aber auch Wertpapiere als Anlage in Betracht, vor allem in Form von Fondssparplänen. Der Wertpapierhandelsumsatz (Kauf und Verkauf) erhöhte sich um 5 Prozent auf 1,4 Millionen Euro. In Wertpapieren angelegt haben die Kunden etwa 3,6 Milliarden Euro.

Gut lief auch das Vermittlungsgeschäft mit Versicherungen (+ 40 Prozent) und Bausparverträgen (+ 11 Prozent auf 452 Millionen Euro). Im Versicherungsbereich waren vor allem Vorsorgeverträge (Lebens- und Rentenversicherungen sowie fondsgebundene Rentenversicherungen) gefragt.

Im Firmenkundengeschäft will die Stadtsparkasse die Betreuung ihrer Kunden dahingehend verbessern, dass sie das Kredit- und Anlagegeschäft zusammenführt. Es werde eine eigene Anlage-Betreuung speziell für das Privatvermögen von Unternehmenskunden geben, sagte Vorstandsvorsitzender Joachim Ebener. Intensiviert werden soll das Auslands-geschäft. Spezialisieren will sich das Haus auf Lessing, Factoring und Förderfinanzierungen. Außerdem soll das Firmenkundengeschäft stärker nach Branchen ausgerichtet werden. dhg.

VER SICHER KAMMER BAYERN UNGS

Ein Stück Sicherheit.

Unsere große Liebe hat 4 Wände und 2 Etagen

Wir kümmern uns um das nötige Stück Sicherheit und schützen, was Ihnen rund um Ihr Zuhause wichtig ist.

www.versicherungskammer-bayern.de

MEIN ZUHAUSE CHECK Jetzt beraten lassen und kostenlosen RAUCHMELDER* sichern!

* Die Zahl der Rauchmelder ist auf 10.000 Stück begrenzt; Vergabe nur, solange der Vorrat reicht. Weitere Aktionsbedingungen unter www.versicherungskammer-bayern.de/wohnen oder bei Ihrem Berater.

Finanzgruppe

Kreissparkasse München sorgt für die Zukunft vor

Des einen Freud ist des anderen Leid. Diese Volksweisheit bewahrheitete sich in der Bilanzpressekonferenz der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg. Während einerseits die Sparer unter dem extrem niedrigen Zinsen leiden, denn diese ruinieren ihre Altersvorsorge, und auch die Sparkasse selbst mit ihnen zu kämpfen hat, profitieren andererseits die Großschuldner Bund und Länder, die kaum Zinsen für ihre Schulden zahlen, die Immobilienkäufer, die an billiges Baugeld kommen und – das wird leicht übersehen – auch die Kommunen als öffentliche Schuldner, die ihre Pflichtaufgaben und Vorhaben günstiger finanzieren können. Vor diesem Hintergrund hält man bei der Kreissparkasse die Diskussion über staatliche Sparprämien „zumindest argumentativ für nachvollziehbar“, was immer das heißt.

Im Geschäftsgebiet der Kreissparkasse, bekannt als Münchener Speckgürtel und von daher nicht ohne weiteres mit den Geschäftsgebieten anderer Sparkassen in Bayern und Deutschland zu vergleichen, haben die Kommunen und ihre Tochtergesellschaften ihre Kreditaufnahme um ein Viertel auf 516 Millionen Euro erhöht. Ein wesentlicher Teil davon ist in Maßnahmen zur Energiewende und hier speziell in Geothermie-Projekte geflossen. Darüber hinaus setzen die Gemeinden auch ihre liquiden Mittel für entsprechende Investitionen ein, was dazu führte, dass die Einlagen der Kommunalkunden bei der Kreissparkasse rückläufig wa-

ren, und zwar um 4 Prozent auf 655 Millionen Euro.

Die Niedrigzins-Phase, die wohl noch einige Jahre dauern wird, geht auch an der Kreissparkasse nicht spurlos vorüber. Obwohl das Institut, neuntgrößte Sparkasse in Deutschland, im Berichtsjahr 2014 „ein sehr ordentliches Ergebnis erwirtschaftet“ hat, muss es sich schon jetzt auf schwierigeren Zeiten einstellen. Walter Fichtel, der den erkrankten Vorstandsvorsitzenden Josef Bittscheidt bei der Vorstellung der Geschäftszahlen vertrat: „Die Niedrigzinsen sind auch für unser Haus alles andere als günstig.“ Zwar erwartet Fichtel für das laufende

Jahr ein „operatives Ergebnis etwa wie 2014“, doch die Richtigkeit seiner Anmerkung zeigte sich – wenn auch noch in moderaten Maßen – beim Ergebnis und seiner Verwendung.

Operatives Ergebnis

Als operatives Ergebnis weist die Kreissparkasse 102 (Vorjahr: 106) Millionen Euro aus. Dies basiere „auf einer (noch) stabilen“ Zinsspanne von knapp über 2 Prozent und einer „stabilen“ Provisionsspanne von etwa 0,5 Prozent und „sehr niedrigen“ Verwaltungsaufwänden, so Fichtel. Als Ergeb-

Vorläufige Bilanz 2014:

Kreissparkasse Augsburg mit solider Entwicklung

In einem Umfeld, das von starkem Wettbewerb und grundlegenden Strukturveränderungen geprägt ist, entwickelte sich die Kreissparkasse Augsburg im vergangenen Geschäftsjahr stabil. Dieses Fazit zog der Vorstand bei der Vorlage der vorläufigen Bilanz.

Die Bilanzsumme der Kreissparkasse belief sich zum Jahresende 2014 auf 3.259 Millionen Euro und wuchs damit gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt leicht um 1,60 Prozent an. Unter den 71 bayerischen Sparkassen belegt die Kreissparkasse Augsburg damit unverändert Rang 19.

Eine solide Entwicklung zeigen auch die Gesamteinlagen: Sie betragen 2.561 Millionen Euro und damit rund 40 Millionen bzw. 1,57 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Großteil der Einlagen stammt mit 1.980 Millionen Euro (Vorjahr: 1.893 Millionen Euro) von Privatpersonen. Das Sparvolumen blieb mit 1.558 Millionen Euro gegenüber 1.557 Millionen Euro stabil. Dennoch legen die Kunden der Kreissparkasse immer noch mehr Geld zur Seite (+0,09 %) als die Kunden der bayerischen Sparkassen im Durchschnitt (-5,19 %). Rückläufig entwickelt haben sich die Termineinlagen vor allem von öffentlichen Haushalten. Dies führt die Kreissparkasse auf eine höhere Investitionsneigung zurück. Vorstandsmitglied Manfred Stöckl dazu: „Dividenden sind der neue Zins: Mangels alternativer Anlageformen mit interessantem Zins investieren Kunden gerne in Fonds, in denen sie tendenziell länger investiert bleiben als in Aktien.“

Auf hohem Niveau

2.705 Millionen Euro hatte die Kreissparkasse Augsburg zum Jahresende 2014 an ihre Kunden ausgeliehen. Das entspricht einem Wachstum um 52 Millionen Euro bzw. 1,96 Prozent. Während die Ausleihungen an Privatpersonen mit 1.097 Millionen Euro (Vorjahr: 1.108 Millionen Euro) einen Rückgang um 1,01 Prozent verzeichneten, legten die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige um 5,02 Prozent auf 1.308 Millionen Euro kräftig zu. „Die Ausleihungen der Kreissparkasse befinden sich auf einem hohen Niveau“, so der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Horst Schönfeld. „Angesichts hoher Tilgungen und Sondertilgungen ist das eine gute Entwicklung.“ Die heimische Wirtschaft und der Wohnbau, denen dieses Kapital für Investitionen zur Verfügung steht, erhielten damit wichtige Impulse.

Die Kreissparkasse reichte Kapital in vollem Umfang an Kreditnehmer weiter – im Gegensatz zu vielen anderen Finanzdienstleistern, die mit eigenem Handel mit Wertpapieren spekulieren. „Auf diese Weise tragen wir zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor Ort bei und verzichten bewusst auf

nis nach Bewertung und vor Steuern stehen 90 (108) Millionen Euro und nach Bewertung werden 58 (78) Millionen Euro ausgewiesen.

Die Differenz resultiert daraus, dass neben 32 Millionen Euro Steuern Belastungen von etwa 20 Millionen Euro „aus spürbaren Abschreibungen auf zwei Beteiligungen“ zu verkräften. Gemeint sind die Bayerische Landesbank mit ihrem Problem Hypo Alpe Adria, was etwa 5 Millionen Euro ausmacht, und die Bayerische Landesbausparkasse (Kreissparkassen-Beteiligung 4 Prozent), auf die insgesamt 250 Millionen Euro abzuschreiben waren, von denen also 10 Millionen Euro die Kreissparkasse treffen. Dies zusammen einschließlich Steuereffekt addiert sich auf die erwähnten 20 Millionen Euro.

Von dem Nach-Steuer-Gewinn werden 22 (28) Millionen Euro als Bilanzgewinne ausgewiesen und

36 (50) Millionen Euro in Vorsorge-Reserven gesteckt, um insbesondere den langfristigen Auswirkungen von Niedrigzinsen Rechnung zu tragen. Von dem erwirtschafteten Gewinn wurden 1,2 Millionen Euro für Spenden und Sponsoring zu Verfügung gestellt, insbesondere für die Bereich Jugend und Soziales. Das Grundstockvermögen der vier Stiftungen der Kreissparkasse wurde, wie im Vorjahr, um weitere 2 Millionen auf 12,4 Millionen Euro aufgestockt.

Verbesserte Marktposition

Im Geschäftsverlauf 2014 konnten wir „die dynamische Entwicklung unserer starken Wirtschaftsregion erfolgreich begleiten und unserer Marktposition ausweiten“, stellten Fichtel und seine Vorstandskollegen fest. Dadurch wuchs das Kundengeschäftsvolumen, das sich zusammensetzt aus Kundeneinlagen, Kundenkrediten und den Wertpapieren, die für Kunden im Depot verwahrt werden, um 6,7 Prozent auf 18,3 Milliarden Euro, „und zwar getragen von allen drei Säulen“. Kundengeschäftsvolumen ist ein Begriff, den die Kreissparkasse gern verwendet, weil sie ihn für aussagefähiger hält als z.B. die Bilanzsumme, „die sich leicht schönrechnen lässt“. Die der Kreissparkasse weniger wichtige Bilanzsumme legte aber auch zu, nämlich um 3,6 Prozent auf 10,2 Milliarden Euro. Seit Jahren führe die Kreissparkasse mit der Ausweitung des Kundengeschäftsvolumens das Interbankengeschäft zurück, „da wir in Handelsgeschäften am Interbankmarkt nicht unsere Kernaufgabe sehen. Wir verzichten also bewusst auf Zusatzträge, vermeiden aber auch zusätzlich Risiken“, erläuterte Fichtel das Verhalten der Kreissparkasse, dem sicherlich Sparkassen in weniger florierenden Regionen nicht ohne weiteres folgen könnten.

Höhere Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen nahmen, mit Schwerpunkt im kurzfristigen Bereich, um 4 Prozent auf 8,6 Milliarden Euro zu. Allerdings sei das absolute Zinsniveau mittlerweile so tief, das eine längerfristige Anlage aus Kundensicht nicht mehr lohnt. Steigende Giro Guthaben mit dem völligen Verzicht auf Verzinsung seien Anzeichen von Resignation. Vielen Kunden gehe Sicherheit vor Rendite. Deshalb auch gebe es die Hinwendung zu Sachwerten, insbesondere zu Immobilien. Ein bei steigender Nachfrage immer knapper werdendes Angebot und damit steigende Preise seien die Folge. Bei den geringen Renditen für festverzinsliche Wertpapiere haben die Kunden vor allem Aktien und Investmentfonds nachgefragt. In den Kundendepots betreute die Sparkasse Ende 2014 ein Wertpapiervermögen von ca. 2,50 (2,2) Milliarden Euro.

Im Kreditgeschäft sind langfristige Ausleihungen gefragt, vor al-

lem bei Immobilienfinanzierungen. Mit einem Plus um 7,6 Prozent oder 508 Millionen auf 7,2 Milliarden Euro konnte die Kreissparkasse das höchste absolute Bestandswachstum aller bayerischen Sparkassen verzeichnen. Seine besondere Kundenorientierung sieht das Institut darin, dass seine Ausleihequote, also das Verhältnis der Kundeneinlagen zu den Kundenkrediten, inzwischen 87 Prozent erreichte. Noch 2011 waren erst 78 Prozent der Kundeneinlagen als Kundenkredite ausgeliehen.

Im Immobilienvermittlungsgeschäft zählt die Kreissparkasse mit vermittelten Objekten über etwa 100 Millionen Euro und einer erwirtschafteten Courtage von 3,1 Millionen Euro inzwischen zu den TOP 4 unter den bayerischen Sparkassen. Die hohe Nachfrage nach Immobilien spiegelt sich auch im Kreditgeschäft wider, denn das Volumen privater Wohnbaufinanzierungen legte um 6 Prozent zu. Kein Wunder, dass auch Bausparen trotz der Zinssituation nach wie vor gefragt ist, insbesondere auch in Kombination mit Riesterverträgen.

Gewerbliche Kredite

Bei den gewerblichen Krediten entwickelte sich mit einem Plus von 40 Prozent besonders lebhaft das Bauträgergeschäft. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen in Deutschland nahmen zwar um 3,4 Prozent zu, doch sorgte deren gute Geschäftslage für eine hohe Innenfinanzierung, so dass die Ausleihungen der deutschen Kreditinstitute an die Wirtschaft nur gerade um knapp 1 Prozent zulegte. Die Kreissparkasse konnte ihr gewerbliches Kreditgeschäft aber um 6 Prozent auf 3,8 Milliarden Euro steigern, da sie es vor allem mit mittelständisch geprägten Geschäftspartnern zu tun hat. Hier dominiert die Kreditfinanzierung, denn andere Finanzierungsmethoden wie etwa die Begebung von Anleihen sind für diese Kunden noch keine Alternative. Zunehmend gefragt ist hingegen Leasing, vor allem in Verbindung mit Immobilien-Investitionen.

Ein wenig Eigenlob der Kreissparkasse durfte auch nicht fehlen. Weil der Bundesgerichtshof im Mai 2014 entschieden habe, dass Entgelte bei Verbraucherdarlehen dann unzulässig waren, wenn diese nicht für eine gesonderte Leistung verlangt wurden (Stichwort: Bearbeitungsgebühren), habe die Sparkasse sich entschlossen, dieses Urteil unverzüglich umzusetzen und alle fristgerecht eingegangenen Anträge auf Erstattung bei berechtigten Forderungen ohne weitere Verzögerung zu erstatten.

Da der Großraum München auf absehbare Zeit Wachstums- und Zugzugsregion bleiben werde, erwartet die Kreissparkasse auch weiterhin eine positive Entwicklung. Ihre eher konservative, risikobewusste Geschäftspolitik habe sich unter schwierigen Rahmenbedingungen bewährt. **dhg.**

Bilanzpressekonferenz Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Starke Stellung im Markt und Kundengeschäft

Als „sehr solide und gut aufgestellt“ hat Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier die Sparkasse Niederbayern-Mitte bezeichnet. Trotz teilweise extremer Belastungen könne von einem insgesamt sehr guten Jahr gesprochen werden, stellte Strohmaier bei der Bilanzpressekonferenz in Straubing fest.

Die anhaltende Niedrigzinsphase bezeichnete der Vorstand als „Kampf an der Nulllinie“, die den Sparkassen zu schaffen mache. Umso erfreulicher sei es, dass die Kunden der Sparkasse auch in Zeiten absoluter Niedrigzinsen die Treue halten und damit klar auf die Karte Sicherheit setzen. Dies belegten die im vergangenen Jahr gestiegenen Kundeneinlagen um 114 Millionen auf 2,93 Milliarden Euro.

Für den 49 Filialen umfassenden Sparkassenverbund beläuft sich die Bilanzsumme (Stand Dezember 2014) auf 3,8 Milliarden Euro und konnte somit deutlich über dem Durchschnitt der bayerischen und niederbayerischen Sparkassen gesteigert werden. Das erwirtschaftete Betriebsergebnis von 1,31 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme macht laut Strohmaier deutlich, dass sich die Sparkasse durch ihre starke Stellung im Markt und Kundengeschäft, aber auch durch die schlanke Kostenstruktur auszeichnet.

Spitzenplatz

Auch die ausgereichten Kredite an Unternehmen und Privatpersonen konnten auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Mit 3,3 Milliarden Euro an zugesagten Krediten nimmt die Sparkasse Niederbayern-Mitte den Spitzenplatz in Niederbayern ein. Neu vergeben wurden im Jahr 2014 Kredite in Höhe von 447 Millionen Euro.

Wie Verwaltungsratsvorsitzender Oberbürgermeister Markus Panermeier darlegte, sei die Sparkasse der wichtigste Finanzpartner für Privat- und Firmenkunden in der Region. Trotz des schwierigen Marktumfelds würden die Kunden der Sparkasse das Vertrauen schenken. Als verantwortungsvoller und attraktiver Arbeitgeber stelle das Kreditinstitut hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region zu Verfügung. Für die gleichbleibende Anzahl von 837 Beschäftigten gebe es zahlreiche Karriere- und Entwicklungsmög-

lichkeiten. Die derzeit über 300 Teilzeitbeschäftigten machen auch deutlich, dass ständig daran gearbeitet wird, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin auszubauen.

Auch Landrat Josef Laumer (Straubing-Bogen) konstatierte, dass die Sparkasse etwas Besonderes für die Region darstellt. Nicht nur das verantwortungsvolle Verhalten gegenüber ihren Kunden zeichne die Sparkasse aus, sondern auch ihre gemeinwohlorientierte Aufgabenwahrnehmung. So wurden im vergangenen Geschäftsjahr wieder über 430.000 Euro für die Region zu Verfügung gestellt, wobei der Förderschwerpunkt bei den Feuerwehren lag. Die jeweiligen Kreisfeuerwehrverbände in Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau durften sich über insgesamt 30.000 Euro für Ausrüstung freuen.

Auch im Jubiläumsjahr 2015 hat sich die Sparkasse wieder etwas Besonderes vorgenommen: Alle Mitarbeiter sind derzeit aufgerufen, gemeinnützige Projekte und Aktionen für die Jubiläumsspendenaktion zu melden. Dafür werden 175.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Dass die Sparkasse Niederbayern-Mitte in allen Bereichen äußerst erfolgreich ist, hob Landkreisleiter Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau) hervor. Dieser Erfolg strahle auf die ganze Region aus. Denn mit einem Gewerbesteueraufkommen von 5,6 Millionen Euro zahle die Sparkasse ihre Steuern dort, wo sie Geschäfte macht – ein nicht unbedingt alltäglicher Vorgang.

Viele Unternehmen verschoben gezielt ihre Steuerlast z. B. in ausländische Niederlassungen und beteiligten sich somit nicht an der Infrastruktur oder den Investitionskosten der kommunalen Daseinsvorsorge. Mit insgesamt über 13 Millionen Euro an Ertragssteuern leistete die Sparkasse hier seit vielen Jahren kontinuierlich einen wichtigen Beitrag, wodurch die ganze Region profitiert, unterstrich Trapp. **DK**

Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken ziehen Bilanz:

Wetterfest machen für schwierige Zeiten

GVB-Präsident Stephan Götzl: Zinsen bleiben noch auf Jahre niedrig

Die 281 Volks- und Raiffeisenbanken, die im Genossenschaftsverband Bayern (GVB) organisatorisch zusammengefasst sind, haben sich zwar auch im schwierigen Geschäftsjahr 2014 erfolgreich geschlagen, und sie sind auch für das laufende Jahr zuversichtlich gestimmt, doch blickt ihr Verband durchaus nicht sorgenfrei in die Zukunft. Ihn stören die immer stärker zunehmenden bürokratischen und regulatorischen Auflagen vor allem aus Brüssel, die neben viel Arbeit besonders starke Kostensteigerungen mit sich bringen. „Und“, so klagt Stephan Götzl, GVB-Präsident und Vorsitzender des Vorstandes, „Brüssel nimmt keinerlei Rücksicht auf die national sehr unterschiedlichen Banken-Strukturen, speziell auf das in Deutschland sehr erfolgreiche Drei-Säulen-Modell aus öffentlich-rechtlichen Banken (einschließlich Sparkassen), privaten und genossenschaftlichen Banken mit ihren sehr unterschiedlichen Risikoprofilen“.

Als vermeintliche Alternative für die Bankenfinanzierung der Unternehmen propagiere z.B. die Europäische Kommission eine direkte Kapitalmarktfinanzierung der Unternehmen. Eine solche Finanzierung aber könne für die meisten mittelständischen Betriebe, die zu den Hauptkunden der Volks- und Raiffeisenbanken zählen, keine Alternative sein, weil sie schlicht zu aufwändig und zu teuer wäre. Wegen des Mangels an frei verfügbaren Informationen über die kleinen und mittleren Betriebe und der Prospektspflichten würden Mittelstandsleihen mit einem Risikozuschlag behaftet. Außerdem könne auf anonymen Kapitalmärkten keine Vertrauensbasis entstehen, wie sie für das Verhältnis zwischen Kreditgenossenschaften mit ihrer Kenntnis der regionalen Märkte und ihren Kunden typisch seien. Einen Wechsel weg von der stabilitätsorientierten Marktwirtschaft zu einer Kapitalmarktunion à la Brüssel könne in Deutschland keiner wollen.

Zinsänderungsrisiken

Für weiteren Unmut sorgt die vorgesehene Verschärfung der Regulierung von Zinsänderungsrisiken. Solche Risiken durch einen plötzlichen Zinsschock sollen künftig pauschal mit Eigenmitteln unterlegt werden, was kreditstarke Banken besonders treffen würde. Sie müssten ihr Eigenkapital aufstocken oder langfristige Kredite zurückfahren, was letztlich die Kunden trübe. Eine solche Verschärfung sei aber, so Götzl, schon deshalb unnötig, „weil das Management von Konjunktur- und Zinszyklen seit nunmehr 160 Jahren zur Kernkompetenz der Volks- und Raiffeisenbanken gehört“.

Fehlende Rücksichtnahme

Solche regulatorischen Anforderungen treiben enorm die Kosten in die Höhe, zum Beispiel die Personalkosten für die Erfüllung neuer Anforderungen um 33 Millionen Euro. Allein die Bankenabgabe wird die bayerischen Kreditgenossenschaften jährlich „7 bis 9 Millionen Euro“ kosten. Hinzu kommen Gebühren für die neu geschaffene EZB-Aufsicht, was selbst kleine Banken jährlich mit 2.000 bis 7.000 Euro belasten wird, was wiederum in der Summe im Freistaat jährlich 1 bis 2 Millionen Euro ausmacht. Und das alles, „weil die neue EZB-Aufsicht keinerlei Rücksicht auf die unterschiedlichen Geschäftsmodelle der Banken nimmt“. International tätige Investmentbanken würden über den gleichen Kamm geschoren wie regional tätige Kreditgenossenschaften oder Sparkassen.

Götzl: „Allein für das Meldewesen einer normalen Geschäftsbank kommt man bereits jetzt für einen Mitarbeiter auf rund 20 Arbeitstage im Monat. Und die Anforderungen steigen, denn die EU-Kommission plant 177 weitere Rechtsakte.“ Zu welchem Irrsinn die Bankenregulierung fähig ist, zeige folgendes Beispiel: Seit An-

fang des Jahres müssen Kreditinstitute Münzen auf ihre Echtheit prüfen. Damit müssen die Banken entweder einen externen Dienstleister beauftragen oder teure Münzbearbeitungsmaschinen anschaffen. Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken mussten für diese „Neuerung“ einen einstelligen Millionenbetrag aufbringen. Dabei ist die Anzahl falscher Münzen in Deutschland rückläufig. Laut Bundesbank lag der gesamtwirtschaftliche Schaden 2014 bundesweit bei etwa 80.000 Euro. Die Münzgeldregelung sei also gar nicht zu rechtfertigen.

Trotz dieser Widrigkeiten haben die bayerischen Kreditgenossenschaften 2014 ein „zufriedenstellendes Ergebnis“ erzielt.

Ergebnis vor Ertragssteuern

Das Ergebnis vor Ertragssteuern stieg leicht auf 1,08 (0,99) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (dBS) oder 1,5 Milliarden Euro. Dazu trug bei, dass der leichte Rückgang der Zinsspanne auf 2,34 (2,39) Prozent und der Provisionsspanne auf 0,63 (0,64) Prozent der dBS durch Wachstum im Kreditgeschäft ausgeglichen werden konnte. Außerdem wurden die Betriebskosten auf 1,86 (1,90) Prozent der dBS gesenkt. Die Aufwand/Ertrags-Relation verbesserte sich auf gute 62,4 (62,5) Prozent. Aus der Risikovorsorge ergaben sich per saldo keine Belastungen, so dass im Kredit- und Anlagebereich statt Abschreibungen Zuschreibungen zu verzeichnen waren.

Dank dieses Ergebnisses stiegen die Kernkapitalquote auf 13,41 (11,88) Prozent und die Gesamteigenmittelquote auf 18,03 (17,83) Prozent. Götzl: „Das zeigt, dass die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken solide aufgestellt sind und dauerhaft eine ordentliche Rendite erwirtschaften, die seit Jahren regelmäßig über der anderer Bankengruppen liegt“.

Im Kerngeschäft sehen sich die Genossenschaftsbanken gut im Markt positioniert. Die Ausleihungen, je etwa zur Hälfte an Privat- und Firmenkunden, legten um 4,5 Prozent auf 83,1 Milliarden Euro zu, wobei die Firmenkredite ein etwas stärkeres Plus verzeichneten. In beiden Segmenten sei der Marktanteil kräftig gestiegen. Die Kundeneinlagen nahmen um 3,5 Prozent auf 109,9 Milliarden Euro zu. Gefragt waren vor allem kurzfristige Sichteinlagen. Die addierte Bilanzsumme stieg um 3,5 Prozent

Kommunale Steuereinnahmen stiegen 2014 um 5,1 Prozent

Ansehnliches Plus beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2014 um fast 770 Millionen Euro auf knapp 15,9 Milliarden Euro und lagen damit um 5,1 Prozent über dem Ergebnis des Jahres 2013. Maßgeblich für die Zunahme war der Anstieg beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um gut 460 Millionen Euro bzw. 7,6 Prozent auf knapp 6,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von fast sieben Milliarden Euro übertrafen das Ergebnis aus dem Vorjahr um 261 Millionen Euro bzw. 3,9 Prozent.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, erhöhten sich im Betrachtungszeitraum zudem die kommunalen Einnahmen aus den Grundsteuern A und B um 1,6 Prozent auf über 1,7 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verzeichneten eine Zunahme um 2,7 Prozent auf knapp 632 Millionen Euro. Auch die vom Volumen her weniger bedeutenden „übrigen Gemeindesteuern“ stiegen um fast 1,5 Millionen Euro bzw. 3,0 Prozent auf 51,7 Millionen Euro an.

Nach den Ergebnissen der vom Bayerischen Landesamt für Statistik durchgeführten kommunalen Kassenstatistik verzeichneten im Jahr 2014 die bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Steuereinnahmen ein Plus von 5,1 Prozent auf 15.862,5 Millionen Euro. Dabei sind die Einnahmen der Kommunen aus ihrer bedeutendsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, im Vorjahresvergleich um 3,9 Prozent auf 6.961,8 Millionen Euro angestiegen.

Vom Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 8.550,4 Millionen Euro führten die Kommunen gut 1.588,5 Millionen Euro Gewerbesteuerumlage an das Land

auf 141,0 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Bilanzsumme je Bank belief sich auf 502 Millionen Euro.

Dringenden Handlungsbedarf für die Zukunft sieht Götzl in einer kritischen Bestandsaufnahme der Finanzmarktregulierung, die nach fünf Jahren der Gesetzgebung immer noch nicht richtig vorangekommen sei, und in einer „Rekalibrierung“ der Regelwerke durch Gesetzgeber und zuständige Behörden. Hier komme es auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit an. So müsse sich die Bankenregulierung mehr als bisher an Größe und Risikogehalt des Geschäftsmodells orientieren. Unbedingt vermieden werden müsse ein europäischer Zahlenfriedhof durch die neue Datenbank im Rahmen des statistischen Meldewesens der EZB. „Da entstehen Datenberge, deren Nutzen sich mir nicht erschließt“, so Götzl. **dhg.**

MünchenerHyp zweifach ausgezeichnet

Bester Emittent von Covered Bonds und innovativster Emittent eines nachhaltigen Hypothekendarlehnens

Die Münchener Hypothekenbank eG hat im vergangenen Jahr neue Maßstäbe am Markt für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bonds) gesetzt. Das zeigt das Ergebnis einer internationalen Umfrage des Capital Market Data Network (CMDportal) unter mehr als 18.000 institutionellen Investoren, Emittenten und Händlern. Diese wählten die MünchenerHyp zum besten Emittenten von Covered Bonds und zum innovativsten Emittenten von sogenannten grünen Anleihen. Dafür wurde die Bank mit den CMDportal Awards 2015 ausgezeichnet.

Den Preis für den besten Emittenten von Covered Bonds erhielt die MünchenerHyp für ihre starke Präsenz und kontinuierliche Emissionsstätigkeit am Pfandbriefmarkt. Ebenfalls ausgezeichnet wurde die Bank für die Emission des weltweit ersten nachhaltigen Hypothekendarlehens. Dessen Deckungswerte sind innerhalb der gesamten Deckungsmasse rein nach ökologischen, sozialen und politisch-gesellschaftlichen Nachhaltigkeitskriterien zusammengesetzt. Bestätigt wurde dies durch die Nachhaltigkeitsratingagentur oekom research in einer sogenannten

Second Party Opinion. Der nachhaltige Pfandbrief wurde sehr stark nachgefragt, vor allem auch von der für die Bank neuen Investorengruppe für nachhaltige Kapitalanlagen.

„Wir freuen uns über diese Auszeichnungen. Sie beweisen, dass die Marktteilnehmer unsere Emissionspolitik und unseren innovativen Ansatz in hohem Maße anerkennen. Dies ist für uns Ansporn, insbesondere auch weitere nachhaltige Pfandbriefemissionen folgen zu lassen“, sagte Dr. Louis Hagen, Sprecher des Vorstands der MünchenerHyp. □

Wirtschaftsministerin Aigner:

„Kapitalmarktunion darf keine Nachteile für die klassische Bankenfinanzierung ergeben“

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner bewertet die Vorschläge der EU-Kommission für eine Kapitalmarktunion zurückhaltend: „Mit der Kapitalmarktunion dürfen sich auf keinen Fall Nachteile für die klassische Bankenfinanzierung ergeben. Wir haben in Deutschland historisch gewachsene Kunden-Bank-Beziehungen. Die Banken sind wichtigster Ansprechpartner der Unternehmen in den Regionen. Diese stabilen Strukturen haben dazu beigetragen, dass die Unternehmen in Deutschland erfolgreich durch die Krise gekommen sind. Ich werde mich entschieden dafür einsetzen, dass unser dreigliedriges Bankensystem nicht durch die Kapitalmarktunion oder eine Bevorzugung der Kapitalmarktfinanzierung unter Druck gerät.“

Aigner weiter: „Die Zielsetzung der EU-Kommission, Unternehmen den Zugang zu Finanzierungsmitteln über den Kapitalmarkt künftig zu erleichtern, kann für größere Unternehmen sinnvoll sein. Ich habe aber Zweifel, ob kleine und mittlere Unternehmen Kapitalmarktfinanzierungen überhaupt in Anspruch nehmen. Diese Unternehmen brauchen schnelle Finanzierungsentscheidungen bei eher geringen Finanzierungsvolumina. Sie nutzen den Vorteil, auf Banken als Ansprechpartner vor Ort zugehen zu können. Wenn man sich dann noch die höheren Anforderungen einer Kapitalmarktfinanzierung vor Augen hält, sollte man die Erwartungen an die Kapitalmarkt-

union nicht zu hoch hängen.“

Ratschlag

Die EU-Kommission sei jetzt gut beraten, die Finanzierungsstrukturen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu untersuchen, um den Bedarf an Kapitalmarktfinanzierungen richtig einschätzen zu können, so die Wirtschaftsministerin. „Ich bin überzeugt, dass Kapitalmarktfinanzierungen aus Sicht von Unternehmen allenfalls eine ergänzende Funktion haben. Sie sind kein Ersatz für die Kreditfinanzierung durch die Banken. Zur Behebung der Finanzierungsschwierigkeiten von Unternehmen in einigen EU-Mitgliedstaaten ist in erster Linie eine Gesundung des Bankensektors erforderlich.“ □



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Perspektiven für kommunale Wohnungsbauaktivitäten

Konferenz des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München

Mehr als hundert Bürgermeister, Gemeinderäte und Bauamtsleiter diskutierten bei einer Konferenz des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) in Haar über Möglichkeiten, preisgünstigen Wohnraum in München und Umland zu schaffen. Vertreter kommunaler Wohnungsunternehmen berichteten hierzu aus der Praxis.

Xaver Kroner, Geschäftsführender Vorstandsmittglied des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen e.V. (VdW Bayern), benannte die Herausforderungen kommunaler Wohnungsbauaktivitäten in der Region München. Sein Fazit: Gestiegene Ansprüche an Energie- und Baustandards haben kostengünstiges Bauen vor allem in Wachstumsregionen und Ballungsgebieten in den vergangenen Jahren weiter erschwert.

Zu Marktbedingungen seien Kaltmieten unter zehn Euro pro Quadratmeter Wohnfläche nicht realisierbar, betonte Kroner. Seiner Ansicht nach sollten die Kommunen aus Kostengründen keine höheren Energiestandards festlegen, als die gesetzlich vorgeschriebenen. Er forderte die Gemeinden auf, sich verstärkt für staatliche Wohnraumförderung und ergänzende kommunale Förderkonzepte einzusetzen.

Kroner verwies auf eine Studie der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V., in dessen Rahmen erstmals und transparent die verschiedenen Kostenpositionen beim Neubau von Mehrfamilienhäusern grundsätzlich unter-

sucht und in Form eines Kostenkataloges dargestellt wurden. Grundlage war eine Vielzahl von realisierten Neubauvorhaben in verschiedenen Wohnungsbauregionen in Deutschland.

Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass unter anderem gestiegene Qualitätsansprüche an die Ener-

sache in Verbindung mit steigenden normativen Anforderungen an die Bauerstellung und das Gebäude, knappem Bauland, steigenden Erwerbsnebenkosten und einer hohen Kapazitätsauslastung insbesondere im Ausbaugewerbe einen deutlichen Anstieg der Immobilienkosten.

Zudem sei es in den vergangenen Jahren nachweislich aufgrund ansteigender Anforderungen und Auflagen im technischen Bereich (z.B. Klima-, Schall-, Brandschutz) zu einer Verschiebung bei

den Wohnungen die Wohnungsbauaktivität noch in dieser Legislaturperiode rückläufig entwickelt und in Zukunft für mittlere und untere Einkommensgruppen nur noch Wohnungen unter Verzicht auf Wohnfläche bzw. angemessene Ausstattung für ein energieeffizientes und altersgerechtes Wohnen angeboten werden können.

Die Kommunen haben verschiedene Optionen, als Akteur und Investor aufzutreten: Sie können kostengünstig Bauland zur Verfügung stellen, selbst Wohnungen bauen, modernisieren, vermieten sowie eigene und fremde Wohnungen verwalten. Auch können mehrere Kommunen gemeinsam ein kommunales Wohnungsunternehmen wie die Baugesellschaft München-Land GmbH (BML) im Landkreis München betreiben und die wohnungswirtschaftlichen Aufgaben an sie übertragen. 26 der 29 Städte und Gemeinden des Landkreises sind Gesellschafter der BML. Das kommunale Wohnungsunternehmen baut seit über 60 Jahren kontinuierlich Wohnungen für die beteiligten Gemeinden.

Um eine subventionierte Miete zu ermöglichen, benötigt ein kommunales Wohnungsunternehmen nach den Worten von BML-Geschäftsführer Ulrich Bittner günstige finanzielle Rahmenbedingungen. Dies lasse sich freilich nur mit Hilfe der Kommunen bewältigen. Die jeweilige Kommune stellt das Grundstück bereit. Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde hängt von ihren Wünschen ab. Im Gegenzug erhält die Kommune auf Dauer das alleinige Belegungsrecht, d.h. sie bestimmt die Vergabe der Wohnungen.

Das „Ebersberger Finanzierungsmodell“ stand anschließend im Mittelpunkt der Ausführungen von Ulrich Krapf, Vorsitzender der Wohnungsgenossenschaft Ebersberg eG. Demzufolge stellt die Gemeinde das Grundstück zu einem Preis von 180 Euro je qm zur Verfügung. Der Landkreis Ebersberg und die Gemeinde zahlen jeweils einen Baukostenzuschuss von 5.000 Euro je Wohnung als Nachweis der Dichtigkeit für die staatlichen Fördergelder. Der Freistaat Bayern finanziert ca. 50 % der Gesamtkosten durch verbilligte Darlehen aus dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm. Mindestens 20 % der Gesamtkosten werden mit Eigenkapital der Genossenschaft, der Rest über eine örtliche Bank finanziert. Rechnerisch ergibt sich für die Genossenschaft eine Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital von 1,5 bis 2 %.

Krapf unterstrich, dass die Pla-

nung der Bauvorhaben nach den Bedürfnissen der Kommune und den Vorgaben der Regierung von Oberbayern erfolge. Die Wohnungen würden in Abstimmung mit der jeweiligen Gemeinde und dem Landkreis Ebersberg vergeben; für die Kommune entstünden keine Folgekosten. Auch nach Ablauf der staatlichen Bindung würden die Wohnungen unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete in Absprache mit der Gemeinde belegt. Diese verfüge über ein Mitspracherecht bei der Belegung der Wohnungen, ohne eigenes Personal für die Verwaltung usw. einsetzen zu müssen. Zudem werde der gemeindliche Haushalt mit keinen Schulden belastet.

Dr. Klaus-Michael Dengler, Geschäftsführer der GEWOFAG München, schilderte wiederum kommunale Wohnungsbauakti-

vitäten aus Sicht der Landeshauptstadt. Die GEWOFAG betreut vor allem große zusammenhängende Siedlungen in München, aber auch in der Region. Neben der ganzheitlichen Quartiersentwicklung wie etwa in Ramersdorf setzt die GEWOFAG auf eine verstärkte Zusammenarbeit von Stadt und Kommunen wie etwa in Poing, Taufkirchen und Unterhaching. Nur so könne die Region München dem prognostizierten Bevölkerungswachstum mit bezahlbarem und attraktivem Wohnraum begegnen.

„Die GEWOFAG kann sich vorstellen, künftig geförderten Mietwohnungsbau auch in den Umlandgemeinden zu errichten und zu bewirtschaften“, bot Dengler den Kommunen an. Zur Frage der Belegungsrechte signalisierte er Gesprächsbereitschaft. **DK**

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

gieeffizienz und das barrierefreie Bauen, Auflagen zu Stellplätzen sowie das innerstädtische Bauen mit seinen erhöhten logistischen Anforderungen das kostengünstige Bauen in den letzten Jahren immer weiter beeinträchtigt haben.

In Wachstumsregionen bzw. Ballungsgebieten, insbesondere in TOP-Standorten komme es in den vergangenen Jahren verstärkt zu Marktanspannungen, da der Bedarf an Wohnraum nicht mehr ausreichend durch das vorhandene Angebot an neu errichteten sowie Bestandswohnungen gedeckt werden kann. Diese Marktlage verur-

der Baukostenverteilung gekommen: Der Anteil der Ausbaugewerke inkl. der haustechnischen Gewerke an den Kostengruppen 300 und 400 stieg seit dem Jahr 2000 von 46 % auf 54 %. Dieser Sachverhalt bedeute allerdings nicht, dass sich die Kosten für die Rohbauerstellung reduziert haben, vielmehr stiegen die Kosten im Bereich Ausbau stärker als im Bereich Rohbau. Speziell die Kostenentwicklung der haustechnischen Ausbaugewerke sei in diesem Zusammenhang überproportional.

Auch zeigen die Untersuchungen, dass die Qualitätsstandards im Hinblick auf die Baukosten inzwischen ausgereizt sind. Bereits bei der Planung sei zu prüfen, ob bestimmte kostenintensive Ausführungen und Ausstattungen in der vorgesehenen Art und Weise notwendig und bedarfsgerecht sind. Diesen Betrachtungen stünden allerdings grundsätzliche Trends bei der aktuellen Nachfrageentwicklung entgegen, die sowohl im Eigentums- als auch im Mietwohnungsbau immer höhere Qualitätsansprüche aufzeigen.

Fazit: Um mit sozialer Ausrichtung kostengünstiger bauen zu können, sind verbesserte Rahmenbedingungen im Bereich Steuerrecht, Förderpolitik und vergünstigte Baulandbereitstellung zwingend erforderlich. Erfolgen keine Schritte zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau, ist damit zu rechnen, dass sich aufgrund abnehmender Nachfrage für hochpreisi-

„Der Himmel droht uns auf den Kopf zu fallen“

Barocke Bausünden und ihre Folgen

Für Asterix und Obelix schien es eine stete, wenngleich irrationale Gefahr. In Bamberg ist daraus bitterer Ernst geworden. „Der Himmel droht uns auf den Kopf zu fallen“, schildert Stiftungs- und Finanzreferent Bertram Felix die „unglaubliche Schadensvielfalt“ in der Bamberger Klosterkirche St. Michael. Das stadtbildprägende 1000-jährige Gebäude, das vor allem wegen seines barocken Gewölbes und des Deckengemäldes „Himmelsgarten“ berühmt ist, musste 2012 wegen erheblicher statischer Probleme für die Öffentlichkeit geschlossen werden.

Die Untersuchung des auf historische Gebäude spezialisierten Statikers Günter Döhring, vom Büro Burges und Döhring in Bayreuth belegt jetzt, dass an dem Wahrzeichen „fast nichts mehr im Lot ist“. Der Bamberger Stadtrat hat daraufhin die sofortige Notsicherung beschlossen. Sie wird rund 160.000 Euro kosten. Wann die eigentliche Sanierung beginnt und was sie kosten wird, ist noch nicht absehbar.

Neben vielen weiteren Schadensbildern sei insbesondere das Gewölbe mit Himmelsgarten über dem Langhaus der Kirche St. Michael akut einsturzfähig, so Döhring. Das Erkennen der Schäden habe ihn in einen regelrechten Schockzustand versetzt. Eine Notsicherung sei unabdingbar. Nun sollen Zuganker auf Höhe der Gewölbekämpfer eingebaut werden. Mit der Umsetzung der Maßnahme wird zwar die konkrete Gefahr beseitigt, allerdings ist weiterhin weder die Verkehrssicherheit noch die Gebrauchstauglichkeit des Kircheninnenraumes gegeben. Die Kirche muss daher auch weiterhin geschlossen bleiben. Dies bedauerten vor allem im Jahr des Klosterjubiläums alle Beteiligten, so Felix. Es sei jedoch unvermeidlich.

Laut Döhring war es vor allem der nachträgliche Einbau des barocken Deckengewölbes in den romanischen Bau, der zu dem heutigen desaströsen Zustand geführt hat. „Der Himmelsgarten ist in mächtiger Bewegung, die Seitenwände sind dreizehn Zentimeter gen Süden gedriftet. Die Hochgadenwände sind ebenfalls bereits nach außen gekippt“, schildert Döhring die Details des Schadensbilds. Erste Untersuchungen des

Untergrunds erhärteten außerdem den Verdacht, dass schon der erste romanische Kirchenbau kein stabiles Fundament hatte. Er gründet nicht auf Sandstein, sondern auf Letten.

Zudem ziehe die Dientzenhofer-Fassade, die der romanischen Kirche ab 1696 vorangestellt wurde, zusätzlich an dem Bau. „Sie hängt wie ein Rucksack an dem Gebäude“, erklärte Döhring. Schon zu Bauzeiten führte dies zu vertikalen Rissen im Gewölbe und in den Seiten. Vermutlich Balthasar Neumann, mutmaßte Döhring, hatte schon um 1724 reagiert und Eisen-Zuganker eingezogen. Diese seien allerdings von einem unbekanntem Baumeister zu einem späteren Zeitpunkt schlichtweg gekappt worden. Kein einziger sei mehr funktionstüchtig. Einzelne Risse seien restauratorisch geschlossen worden und wieder aufgegangen. Die Reparaturen der letzten 1.000 Jahre sind jedoch hauptsächlich kosmetischer Art gewesen. Hinzu kommt mindestens ein schwerwiegendes Brandereignis in der Baugeschichte der Kirche. Dazu müsse man wissen, erklärte Döhring, dass dadurch der Sandstein seine Festigkeit verliere. Im Jahr 1117 erschütterte zudem ein Erdbeben die Kirche bis in die Grundfesten. Die wiederaufgebaute Kirche wurde 1121 geweiht.

Dem Gerücht, der dramatische Zustand der Kirche habe etwas mit der Anlage eines Weinbergs am Südhang des Klosters zu tun, trat Döhring vehement entgegen. Zwischen der Kirche und dem Weinberg gebe es eine Sandsteinstufe, die wie eine Schutzbarriere wirke. **□**



Unterkunfts-Container sind vielseitig einsetzbar. Auf Baustellen, als „Wohnhaus“, bei mehrtägigen Veranstaltungen, als einfaches Hotel, in Katastrophenfällen oder als vorübergehende Unterkunft. **□**

Renz GmbH:

Gebäude in jeder beliebigen Größe

Egal, ob Raumbedarf besteht für Büro, Unterkunft, Aufenthalt, Werkstatt oder Sanitärraum: Aus Raum-Containern kann nahezu jede gewünschte Raumlösung konstruiert werden. Raum-Container werden als „Bausteine“ eingesetzt. Inzwischen gibt es nahezu unbegrenzte Variationsmöglichkeiten.

Im kommunalen Bereich eignen sie sich besonders als Wohnquartiere, zur schnellen (und ggf. vorübergehenden) Erweiterung von Schulen, Kindergärten, für mehrtägige Veranstaltungen oder für Katastrophenfälle.

Ausgestattet mit den notwendigen sanitären Einrichtungen, Küchen und Aufenthaltsräumen, lässt es sich überall, wo kurzfristig einfacher, nutzorientierter Raum benötigt wird, angemessen wohnen, leben und arbeiten.

Dabei empfiehlt es sich, mit ausgewiesenen Fachfirmen zusammen zu arbeiten. Nicht irgendein Produkt aus irgendeiner Angebotspalette sollte es dann sein, sondern die beste und wirtschaftlichste Lösung für das konkrete Raumproblem. Gerade in Kommunen gibt es in-

zwischen jahrzehntelange Erfahrung. Deshalb ist auf entsprechende Zertifizierungen zu achten und ein detailliertes Anforderungsprofil zu erstellen. Der Aufbau der Anlage sollte unbedingt mit ausgebildetem Fachpersonal erfolgen.

Viele der Standard-Produkte können auch gemietet oder geleast werden. Je nach Produkt, Ausstattung und Nutzung empfiehlt es sich, ein individuelles Angebot einzuholen, das auch Anlieferung, Montage und Rücktransport zu festen Konditionen beinhaltet.

Viele Raumlösungen sind Lösungen auf Zeit. Damit hinterher keine Verwertungsorgane entstehen, werden auch für zahlreiche Anlagen Rückkaufmöglichkeiten nach Nutzungsende angeboten. **□**

Wettbewerb um Qualität am Bau - keine miesen Tricks!

„Der Münchner Merkur-Artikel beschreibt leider das Geschehen auf vielen öffentlichen Baustellen richtig. Er nennt vor allem auch den Schuldigen, die Vergabe der öffentlichen Bauaufträge an den Billigstbieter“, kommentierte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, den Artikel im Merkur vom 11.2.2015 „Die miesen Tricks am Bau“.

Das Bewusstsein, dass Bauqualität ihren Preis hat, sich aber langfristig auszahlt, ist gerade im öffentlichen Bau kaum vorhanden. Stattdessen herrscht dort die Meinung, so billig wie nur irgend möglich zu bauen, sei der einzig richtige Umgang mit öffentlichen Geldern, so Schmid. „Das ist ein rein buchhalterisches, kurzfristiges Kostendenken. Wenn man weiß, dass bei Bauwerken üblicherweise die Baukosten 20 Prozent, die Unterhalts- und Erhaltungskosten über die gesamte Lebensdauer aber 80 Prozent ausmachen, dann wird klar, was hier schiefläuft.“

Die Vergabestellen können sich nicht auf die Rechtslage berufen,

wie das auch der Merkurartikel richtigerweise herausstellt. „Für die Vergabestellen ist die Vergabe an den Billigstbieter allerdings der einfachste Weg. Da müssen sie nichts aufwändig begründen. An den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben, erfordert dagegen Mut und oft eine umfangreiche Rechtfertigung“, so Schmid.

„Unser Ziel ist es, neben dem Preis weitere möglichst objektive, transparente und handhabbare Qualitätskriterien der Vergabeentscheidung zwingend zugrunde zu legen.“ Begrüßt wird die Initiative von Minister Dobrindt mit dem Ziel, Bauprojekte künftig an den qualitativ Besten zu vergeben. **□**

Erdaushubbörse als kostenloser Service

Regensburg (br). Bevor mit dem Bau eines Wohnhauses begonnen werden kann, stellt sich für „Hauslebauer“ oft die Frage nach der kostengünstigen Verwertung des anfallenden Aushubmaterials. Hier hat der Landkreis Regensburg bereits im Jahre 1991 mit der Erdaushubbörse eine Lösung geschaffen, die sich seither bewährt hat. Sie ermöglicht eine ortsnahe Wiederverwertung des Aushubmaterials und trägt dazu bei, dass wertvoller Deponieraum geschont wird. Mehrere tausend Euro können so bei der Beschaffung und Entsorgung von geeignetem Aushubmaterial unter Umständen gespart und für andere Zwecke genutzt werden.

Die Vermittlung funktioniert so, dass sich Anbieter und Nachfrager von Erdmaterial bei der Abfallberatung des Landkreises über das auf der Internetseite bereitgestellte Formblatt anmelden. Die Menge spielt dabei keine Rolle. Die Daten des Interessenten sowie die angebotene bzw. nachgefragte Bodenart und -menge werden in einer Tabelle erfasst und telefonisch, per E-Mail oder per Post weitergegeben. Die Abfallberatung tritt dabei lediglich als Vermittler auf und ist nicht an den weiteren Vereinbarungen über Preise, Anlieferbedingungen oder Transportkosten zwischen Anbieter und Nachfrager beteiligt. Die Erdaushubbörse stellt nur die Plattform zur Verfügung, um Angebot und Bedarf zu veröffentlichen.

Zusätzlich berät die Abfallberatung auch, wenn eine Vermittlung von Humus nicht möglich sein sollte. In der Erdaushubbörse sind für diesen Fall auch Firmen gelistet, die über Humuszwischenlager verfügen oder auch Humussubstrate aus Kompost und gesiebten Mutterboden anbieten. Der Bürgerservice des Landkreises ist sowohl für den Anbieter als auch für den Nachfrager kostenlos. Er ersetzt allerdings nicht die unter Umständen notwendigen Erlaubnisse für Auffüllungen.

Das Anmeldeformular zur Erdaushubbörse kann über die Internetseite der Abfallwirtschaft des Landkreises heruntergeladen werden. **□**

25 Jahre RAL-Gütezeichen Kanalbau

Interview mit dem Vorsitzenden des Beirates der Gütegemeinschaft Kanalbau, Dipl.-Ing. Rudolf Feickert M.A.

Die ersten RAL-Gütezeichen Kanalbau wurden 1990 verliehen. In diesem Jahr liegen diese ersten Verleihungen damit 25 Jahre zurück. Aus den anfänglich 38 Unternehmen sind zwischenzeitlich 2.500 geworden, die ihre Qualifikation mit dem Gütezeichen nachweisen. Waren es anfänglich nur einige wenige Auftraggeber, die die Fachkunde der Bieter auf Basis der RAL-GZ 961 geprüft haben, sind es heute bundesweit mehr als 5.000 Auftraggeber und Ingenieurbüros. Die RAL-Gütesicherung hat sich entwickelt von einem besonderen Nachweis für die Qualifikation einzelner Unternehmen zu einem bundesweit eingesetzten System zur Prüfung der technischen Leistungsfähigkeit von Bieter – und dies in Kombination mit vielen flankierenden Angeboten und Dienstleistungen rund um das Thema Qualität und Qualifikation.

Der Kern der „RAL-Gütesicherung Kanalbau“ ist aber bis heute, das Auftraggeber und Auftragnehmer in der Gütegemeinschaft gemeinsam für die Verbesserung der Qualität eintreten. Das ist das Fundament für die flächendeckende Akzeptanz der Beteiligten.

Mitgliederversammlung, Vorstand, Geschäftsführer und Güteausschuss sind die Organe der Gütegemeinschaft Kanalbau. Der Vorstand der Gütegemeinschaft Kanalbau besteht aus 13 Mitgliedern. 8 werden von der Mitgliederversammlung aus den Reihen der Auftraggeber bzw. Auftragnehmer gewählt. Zu den 5 benannten Mitgliedern des Vorstandes gehört jeweils ein Vertreter von DWA und GFA sowie eines europäischen Fachverbandes; hinzu kommt ein Vertreter der Unternehmer-Verbände und der Obmann des Güteausschusses.

Wichtige Unterstützung seiner Arbeit erfährt die Gütegemeinschaft vom Beirat. Dieser versteht sich als Interessenvertreter und Mittler des Güteschutzgedankens. Die Aufgaben des Beirates bestehen unter anderem darin, die Gütegemeinschaft in allen Belangen der Gütesicherung zu beraten und die Interessen der in den Verbänden organisierten Unternehmen zu vertreten. In der gemeinsamen Arbeit am Thema Qualität liegt nicht nur eine organisatorische Kernkompetenz der Gütegemeinschaft Kanalbau, sondern auch die Sicherstellung einer ausgewogenen, sich am gemeinsamen Interesse orientierenden Entwicklung der Qualitätsstandards.

Rund um das Thema Gütesicherung Kanalbau hat der Vorsitzende des Beirates der Gütegemeinschaft Kanalbau, Dipl.-Ing. Rudolf Feickert M.A., nunmehr Stellung bezogen, dabei über seine Erfahrungen berichtet und Einblicke in seine ganz persönlichen Sichtweisen gegeben.

Herr Feickert, wie haben Sie die Entwicklung des Gütezeichens Kanalbau in den 25 Jahren wahrgenommen?

Feickert: Die Entwicklung des Güteschutzes Kanalbau war von Anfang an dynamisch. Der enorme Mitgliederzuwachs – insbesondere bei den AK-Gruppen – stärkte die Organisation zusehends. Parallel zur Mitgliederentwicklung vollzog sich ein stetiger Ausbau der organisatorischen Strukturen. Bald war der Güteschutz in der Lage, die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland durch die vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüfingenieure abzudecken und Auftragnehmer wie auch Auftraggeber im Sinne des Güteschutzes zu beraten und zu unterstützen.

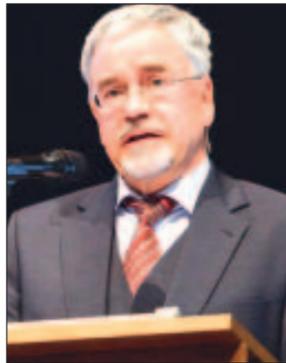
Dr. Helmuth Friede, dem ersten Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, kann man hier nur eine glückliche Hand bescheinigen. Nach der Wiedervereinigung von BRD und DDR zu einem gesamtdeutschen Staat gelang es dem Güteschutz innerhalb kürzester Frist, auch in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen. Er wurde auch dort zum anerkannten Partner für Auftraggeber, Ingenieurbüros und bauausführende Firmen.

Der Erfolg des Güteschutzes liegt insbesondere darin begründet, dass die Marktpartner – das sind Auftraggeber, Auftraggeber und Ingenieurbüros – gemeinsam und paritätisch im Güteschutz wirken. Dabei zeichnet sich ab, dass der Güteschutz Kanalbau eine gesamtheitliche Betrachtung und Bearbeitung des Gewerkes Kanalbau anstrebt. Ziel ist es, den gesamten Lebenszyklus des Gewerkes von der Planung und Projektierung über die Genehmigung und Ausschreibung, die Vergabe und die Bauausführung bis hin zur Unterhaltung und die Stilllegung bzw. den Rückbau abzudecken.

Was ist für Sie das Besondere an der Gütesicherung Kanalbau?

Feickert: Als besonders und beispielhaft für den Güteschutz

kann die paritätische Zusammenarbeit zwischen Auftraggebern und Ingenieurbüros einerseits und bauausführenden Unternehmen angesehen werden. Die Gleichberechtigung der Marktpartner führt zu einer differenzierten und ausgewogenen Betrachtungsweise aller anstehenden Probleme und sorgt damit nicht nur für ausgewogene Fragestellungen sondern auch für eine breite Diskussion und eine auf Konsens ausgerichtete Lösungsfindung. Dies



Rudolf Feickert.

ist im Interesse der Marktpartner, der Steuerzahler, der Bevölkerung. Damit ist der Güteschutz Kanalbau gemeinnützig im Sinne der Tätigkeit für eine breite Allgemeinheit. Eine weitere Besonderheit der Organisation ist auch darin zu sehen, dass das Gewerk Kanalbau ganzheitlich betrachtet wird und der Anspruch erhoben wird, langfristig, nachhaltig zu wirken.

Seit wann und warum engagieren Sie sich in der Gütegemeinschaft Kanalbau?

Feickert: Ich habe mich von Anfang an in der Gütegemeinschaft Kanalbau engagiert, das heißt seit 1990, als im Rahmen der IFAT in München die ersten Gütezeichen vergeben wurden. Ich wurde damals in den Vorstand gewählt und gehöre ihm seit dieser Zeit ohne Unterbrechung an. Parallel hierzu arbeitete ich als Vertreter des Baugewerbes im Beirat des Güteschutzes mit und übernahm am 31.10.2001 den Vorsitz des Beirates. Diese Funktion fülle ich bis heute aus.

Welche Berührungspunkte haben Sie in ihrer täglichen Arbeit mit der Gütegemeinschaft Kanalbau?

Feickert: Als Geschäftsführer eines Bauunternehmens werde ich permanent mit den laufenden Kanalmaßnahmen konfrontiert. Hierdurch ergeben sich immer wieder Kontakte zum Güteschutz.

Seit wann ist Ihre Organisation Mitglied in der Gütegemeinschaft?

Feickert: Die Firma Walter Feickert GmbH ist seit dem 15. August 1990 Mitglied im Güteschutz Kanalbau.

Inwieweit nutzt Ihre Organisation/Ihr Unternehmen die Gütesicherung Kanalbau bzw. profitiert von ihr?

Feickert: Alle Bauunternehmen der Feickert-Gruppe sind Mitglied des Güteschutzes Kanalbau, Gruppe AK1. Durch eine geordnete und güteüberwachte Abwicklung unserer Kanalbaumaßnahmen gelingt es uns, einen hohen Qualitätsstandard zu verwirklichen und aufrecht zu erhalten.

Was bedeutet Gütesicherung Kanalbau für Sie bzw. was verbindet Sie mit dem Gütezeichen Kanalbau?

Feickert: Das Gütezeichen Kanalbau steht für mich persönlich für die Bestrebung gemeinsam an der Gütesicherung, dem nachhaltigen Bau und der Unterhaltung von Abwasserkanälen mitzuarbeiten.

Welche wesentlichen Ziele sehen Sie für die Gütesicherung Kanalbau, und welche Entwicklung ist Ihnen wichtig?

Feickert: Ich glaube, dass Gütesicherung dauerhaft und nachhaltig nur dann realisiert werden kann, wenn sie gemeinsam von allen Marktpartnern gewollt und betrieben wird. Ich wünsche mir darüber hinaus eine Ausweitung der Güteschutzaktivitäten dahin, dass die Gesamtheit des Lebenszyklus des Produktes Kanal abdeckt wird. Weiterhin wünsche ich mir, dass der Güteschutz bei diesen Bestrebungen von den Bürgern, der Öffentlichkeit und der Politik wahrgenommen und unterstützt wird.

Welche Rolle spielt die Gütesicherung Kanalbau in Bezug auf Umwelt, Gebührenstruktur bzw. die Infrastruktur?

Feickert: Der Güteschutz steht für mich für eine bisher beispielhafte Entwicklung einer nachhaltigen Entwicklung sowohl in finanzieller wie auch in ökologischer Hinsicht. Das Zusammenwirken aller Marktpartner in Interesse einer optimalen Bewirtschaftung des Produktes Kanalbau führt zu einem gesunden Interessenausgleich im Sinne der Gesellschaft.

Die ökologische Sinnhaftigkeit des funktionsfähigen Kanalsystems ist hinlänglich bekannt. Die sichere Ableitung von Abwässern und ihre Zuführung in die Kläranlagen stellt sicher, dass weder Grundwasser noch Boden verunreinigt bzw. kontaminiert werden. Diesem Ziel fühle ich mich als Fachingenieur und Bürger verpflichtet. Die Aufrechterhaltung einer intakten Infrastruktur in der Abwasserbeseitigung ist für die Zukunft unseres Gemeinwesens, unseres Staates und die Gesundheitsvorsorge unserer Gesellschaft essentiell.

VBEW-Expertentreffen in Augsburg:

Grundwasserschutz hat oberste Priorität

In Bayern wird weitgehend das gesamte Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Das Trinkwasser hat in Bayern eine sehr gute Qualität zu günstigem Preis. Voraussetzungen dafür sind in erster Linie unbelastete Ressourcen, die keine aufwändige Aufbereitung erfordern. „Alarmierend sind für uns allerdings steigende Nitratwerte im Grundwasser in bestimmten Regionen Bayerns“, sagte Markus Rauh, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW im Vorfeld des diesjährigen Expertentreffens der bayerischen Wasserwirtschaft. „Wir brauchen eine zügige Verbesserung des vorsorgenden Grundwasserschutzes für die betroffenen Regionen. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, mit der Düngeverordnung geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.“

„Das Risiko einer Nitratbelastung des Grundwassers ist nicht überall gleich hoch. Entscheidend dabei sind die Einträge aus der Landwirtschaft, die Wetterverhältnisse und die Beschaffenheit des Bodens.“ erläuterte Rauh. Ein großer Wasserreichtum aber auch die Verfügbarkeit von unversiegelten und nicht verunreinigten Böden sowie die Beschaffenheit des Untergrundes haben große Auswirkungen auf die Qualität des Grundwassers.

Hydrogeologisch gesehen verfügt der Süden Bayerns über höhere Niederschläge und einen Untergrund, der das einsickernde Wasser gut aufnehmen, speichern und damit auch auf natürliche Weise reinigen kann. Im Norden ist die Niederschlagsmenge deutlich geringer und zugleich kann das Wasser dort aufgrund der sandigen und klüftigen Gesteinsschichten weniger gut gespeichert werden. „Die Nitratbelastungen im Grundwasser können folglich trotz ähnlicher Bewirtschaftung in diesen Regionen höher sein. Dies erfordert wirkungsvolle Maßnahmen zum vorsorgenden Grundwasserschutz“, erläuterte Rauh.

Die Wasserversorger betreiben in ihren Gewinnungsgebieten jeweils ein umfangreiches Netz an Grundwasserstandsstellen, um die Grundwasserstände zu überwachen. Zugleich wird hier stichprobenartig die Qualität des Grundwassers überprüft. „Unsere Messungen zeigen, dass an den Rändern der Wasserschutzgebiete in bestimmten Regionen Bayerns bereits erhöhte Nitratbelastungen vorliegen. Da Wasserschutzgebiete in Bezug auf die Fließrichtung des Wassers ausgelegt sind, können diese Belastungen in absehbarer Zeit auch die geschützten Bereiche unserer Wasserschutzgebiete erreichen“, sagte Rauh.

In Wasserschutzgebieten gelten besondere Bestimmungen zum Schutz der Trinkwassergewinnung. Allerdings sind in Bayern nur rund fünf Prozent der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen, während es im Bundesdurchschnitt rund 13 Prozent sind. „Die bayerischen Wasserversorger beziehen

daher auch aus sogenannten „Wassereinzugsgebieten“ ihr Wasser. Auch diese Gebiete sollten im Hinblick auf den vorsorgenden Grundwasserschutz besonders geschützt werden.“ forderte Rauh.

„Alles, was in den Untergrund gelangt, kann sich auf die Qualität unseres Trinkwassers auswirken. Ziel ist es, u.a. hohe Nitratwerte im Grundwasser zu vermeiden. Durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen können wir dies in den Griff bekommen.“ sagte Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg Holding GmbH. So werden in Augsburg seit 25 Jahren sehr gute Erfolge durch die grundwasserschonende Landwirtschaft in enger Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten erzielt.

Aus Sicht des Grundwasserschutzes herrschen in Augsburg eher ungünstige Ausgangsbedingungen, so dass Nitrat und Pflanzenschutzmittel aus der Landwirtschaft schnell und ungehindert in das Grundwasser gelangen können. Mithilfe eines umfangreichen Sanierungsprogrammes ist es der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH gelungen, die Qualität des Augsburger Trinkwassers deutlich zu verbessern.

Obwohl die Anwendung von Atrazin, einem chemischen Pflanzenschutzmittel, bereits 1988 in Wasserschutzgebieten und dann 1991 vollständig verboten wurde, finden sich die Abbauprodukte bis heute im Grundwasser. Vorsorglich verzichten die Landwirte im Wasserschutzgebiet für Augsburg und Königsbrunn daher auch auf das ähnlich wasserlösliche Ersatzprodukt Terbutylazin.

Über Aufklärung und Information wird außerdem versucht, den Einsatz anderer auffälliger Herbizide zu minimieren, wenn deren Abbauprodukte am Eintritt in das Wasserschutzgebiet gemessen werden. „Viel nachhaltiger wäre aber der „integrierte Pflanzenschutz“, also die Kombination von mechanischen Maßnahmen und reduzierter Menge an Pflanzenschutzmitteln.“ so Dr. Otillinger.

**Qualität fordern,
Werte schaffen**

25 Jahre
Auftraggeber
und
Auftragnehmer
gemeinsam
für Qualität

Gütesicherung
Kanalbau
RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

Grabenlos gut!

DIRINGER & SCHEIDEL
ROHRSANIERUNG

Aschaffenburg | Dessau | Freiburg
Herne | Leipzig | Mannheim | München
Nürnberg | Oldenburg | Saar | Wetzlar
Frankreich | Italien | Luxemburg | Polen
www.dus-rohr.de

„...dann umarmte mich der Künstler“

Schon über 1.000 Eintrittskarten wurden von der Würzburger Kulturtafel vermittelt

Würzburg. „Liebe für Liebe“ hieß das Stück, das Toni in den 1970er Jahren im Theater sah. „Damals, musste ich jeden Monat ins Stadttheater gehen, denn meine Freundin hatte ein Abo“, schmunzelt der 62-Jährige. So sei er auf den Theatergeschmack gekommen. Jahrelang konnte er seiner Theaterleidenschaft jedoch nicht mehr fröhnen. Denn es ging ihm finanziell schlecht. Erst seit knapp einem Jahr besucht Toni wieder Theatervorstellungen: „Denn ich bin Gast der Kulturtafel.“

Über 1.000 Theater-, Konzert- und Kinokarten, Karten für Museen, Kinderkulturvorstellungen, Vorträgen und Sportveranstaltungen hat die im Mai 2014 gegründete Kulturtafel inzwischen vermittelt. 400 Menschen aus Würzburg, die so wenig Geld haben, dass Theater- oder Konzertkarten für sie unerschwinglich sind, profitieren von der Einrichtung: Zum Beispiel Hartz IV-Bezieher, Empfänger von Grundsicherungsrente oder Menschen mit schlecht entlohnten Jobs.

Als Minirentner ist Toni Lechner einer von ihnen. Über die Wärmestube, wo er sich oft aufhält, erfährt er, wenn Tickets zu vergeben sind. Nachdem stets zwei Karten

vermittelt werden, nimmt er meist seinen Kumpel Berti mit. Auch der ist ein häufiger Gast der Wärmestube. Und auch er liebt das Theater. Eine Eintrittskarte könnte sich jedoch auch Berti niemals leisten.

Kürzlich waren Toni und Berti zum ersten Mal im Bockshorn gewesen. Das war ein unvergesslicher Abend gewesen, erzählt Toni: „Wir saßen in der ersten Reihe. Und so ergab es sich, dass wir daheim in die Vorstellung einbezogen wurden.“ Es begann mit einer kecken Bemerkung von Berti auf einen Kommentar des Kabarettisten hin. Schwupps waren die beiden Männer mitten drin im Spiel, immer wieder gerieten sie, zu ihrem großen Vergnügen, in den Fokus des Künstlers auf der Bühne. Berti: „Als die Vorstellung zu Ende war, kam der Kabarettist sogar auf mich zu und hat mich umarmt, weil ich so gut mitgemacht habe.“

„Unlängst besuchte Berti sogar eine Premierenvorstellung im Stadttheater. Davor haben einige der Kulturtafel-Gäste ein bisschen Bammel. „Wegen der Klamottenfrage“, erklärt Toni. Doch Berti machte sich nicht viele Gedanken: „Ich zog mir ein sauberes Hemd an, das war's.“ Um ihn herum standen in der Pause parfümierte Damen in schillernden Abendroben und Herren in feinem Zwirn. Doch das hat Berti nichts ausgemacht. Er gräme sich auch nicht, dass er in der Pause nicht wie alle die anderen an die Getränketheke tigern und sich einen Pikkolo genehmigen konnte: „Einmal nahmen wir eine Flasche Sekt mit, die tranken wir dann in der Pause vor dem Theater.“ Stülvoll in Gläsern. Versteht sich.

Auch Rainer liebt Kultur. Zweimal im Monat in ein Konzert oder ins Theater zu gehen, das ist ihm ein Bedürfnis. In den 1980er Jahren konnte er seinen Kulturhunger ohne weiteres stillen: „Ich ging oft zu Hardrock-Konzerten.“ Wobei der 52-Jährige für viele Musikrichtungen offen ist. Kürzlich war er in der „Traumfabrik“ im Congress Centrum. Mit ganz wenigen

Ausnahmen gefiel ihm die Show hervorragend.

Rainer ist gelernter Koch und arbeitete lange Zeit bei einem Veranstalter: „Da schuftete ich über 400 Stunden im Monat. Kultur war damals nicht drin.“ Nach einem Arbeitsunfall musste er den Job an den Nagel hängen. Danach lebte er viele Monate auf der Straße. Inzwischen hat er wieder eine Wohnung. Geld bekommt er vom Jobcenter. Um sich heute eine Theaterkarte leisten zu können, müsste er extrem sparen.

Um die 20 Ehrenamtliche sowie sieben Vorstandsmitglieder des Vereins „Kulturtafel“ kümmern sich darum, dass die Kulturkarten an den Mann und die Frau kommen und noch mehr arme Menschen auf das Angebot aufmerksam werden. Eine der Freiwilligen ist Gerda. Sie hilft seit langem ehrenamtlich in der Wärmestube mit und kennt die Not der dortigen Besucher. Ihre Aufgabe bei der Kulturtafel besteht unter anderem darin, die Menschen an der Tafel-Ausgabestelle im Beethovencenter auf die Kulturtafel hinzuweisen.

„Wir hätten niemals gedacht, wie viel Arbeit durch die Kulturtafel auf uns zukommt“, gibt Vorstandsfrau Regine Räder zu. Immer, wenn eine Karte reinkommt, wird sie telefonisch an die Gäste der Kulturtafel vermittelt: „Was manchmal eine Stunde dauern kann.“ Wie viele Karten eintrudeln, schwankt stark. Manchmal sind es fünf in der Woche: „Für die ‚Traumfabrik‘ konnten wir 300 Karten in zwei Wochen verschicken.“ Über 50 Kultur- und Sportpartner sorgen dafür, dass jede Woche etwas Kulturelles geboten ist.

Zu den zuverlässigen Unterstützern des Projekts gehört die Evangelische Kirche, in deren Räume am Friedrich-Ebert-Ring der Verein mittelfrei ein Büro einrichten durfte. Der größte Wunsch des Kulturtafel-Teams wäre es, mehr Vereinsmitglieder zu gewinnen, betont Sabine Voll. Monatlich fallen Kosten für die Datenbank, das Telefon, für Plakate und Flyer an. Bestritten werden sie derzeit von den Beiträgen von rund 20 Mitgliedern sowie durch Einzelspenden. Weil letztere unregelmäßig eintreffen, hängt die Kulturtafel auf lange Sicht gesehen finanziell stets ein wenig in der Luft.

Pat Christ

Wissenschaftszentrum Straubing:

Massive Investitionen Bayerns

„Bayern investiert derzeit intensiv in das Wissenschaftszentrum Straubing. Und jeder Euro ist hier gut investiert.“ Dies betonte Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle beim Besuch dieses hoch innovativen Zentrums für Forschung und Lehre zu den nachwachsenden Rohstoffen. Anlass war die offizielle Inbetriebnahme von Laboren, von Büro- und Seminarräumen und der Cafeteria des Wissenschaftszentrums Straubing – eine Maßnahme mit einem Volumen von drei Millionen Euro. Beim Wissenschaftszentrum Straubing arbeiten zwei Universitäten und vier Hochschulen für angewandte Wissenschaften in einzigartiger Weise zusammen.

Das Wissenschaftszentrum Straubing hat in rund 15 Jahren eine beispielhafte Entwicklung durchlaufen, bilanzierte der Minister. Es habe internationales Renommee erworben und dazu beigetragen, dass Straubing zu einer „lebendigen Studierendenstadt“ werde. Darüber hinaus führte Minister Spaenle aus: Am Wissenschaftszentrum werden neben den bereits bestehenden 9 Lehrstühlen und Professuren derzeit gerade sechs neue Professuren aus dem Ausbauprogramm eingerichtet: Zwei davon sind bereits besetzt, die anderen werden rasch folgen. Das Wissenschaftsministerium weist dem Wissenschaftszentrum auf der Grundlage des Doppelhaushalts in den Jahren 2015/2016 auch weitere acht Stellen zu.

„Mit einem Finanzaufwand von gut 37 Millionen Euro wird für das Wissenschaftszentrum ein Neubau

für Forschung und Lehre am Donauufer mit modernsten Seminar- und Laboreinrichtungen sowie mit 4,5 Millionen Euro die Sanierung des sog. Jugendzentrums realisiert. Ich rechne damit, dass der Neubau 2019 bezogen werden kann, die Sanierungsmaßnahme wird nach unseren Planungen schon 2017 abgeschlossen werden können“, nannte der Minister zeitliche Perspektiven. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hatte gestern die Planung für die Sanierung des sog. Jugendzentrums gebilligt.

Minister Spaenle sagte auch eine weitere Million Euro zu, um kurzfristige Raumpengpässe – gerade im Laborbereich – zu beseitigen und damit die Berufung der neuen Professuren zu erleichtern. Der Freistaat wird sich mit der Summe von einer Million Euro an den Laborcontainern beteiligen.

Regionalforum Bayern-Tschechien:

Den Grenzraum stärken

„Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist klar: Wir wollen die bayerisch-tschechische Grenzregion zum Zukunftsraum weiterentwickeln. Dafür müssen wir alle an einem Strang ziehen. Lassen Sie uns weiter gemeinsam arbeiten, damit Bayern und Tschechien enger zusammenrücken“, hob Finanzstaatssekretär Albert Füracker nach der konstituierenden Sitzung des „Regionalforum – Entwicklungsgutachten Bayern-Tschechien“ in Schönsee im Landkreis Schwandorf hervor.

Das neue Regionalforum besteht aus Regierungs- und Bezirksstagspräsidenten, Ministeriumsmitarbeitern und Vertretern grenzüberschreitender Organisationen aus Bayern und Tschechien. Laut Füracker sollen in kürzester Zeit und intensiver Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren Perspektiven und Vorschläge entwickelt werden, wie der Grenzraum gestärkt werden kann. „Wir wollen als Ergebnis kurz-, mittel- und langfristige Projekte, die mithilfe der vorhandenen Strukturen umgesetzt werden können. Es soll sich die gesamte Grenzregion wiederfinden“, so der Staatssekretär.

Beim Regionalforum des Finanz- und Heimatministeriums im Centrum Bavaria Bohemia wurde Vertreter Ostbayerns der erste Zwischenstand eines Gutachtens präsentiert, das neue Handlungsansätze bieten soll. Die Grontmij GmbH wurde damit beauftragt, ein Entwicklungsgutachten zu erarbeiten. Der Gutachterprozess soll mit einem Regionalforum politisch begleitet werden. Bisher haben die Gutachter 100 Experteninterviews geführt; auch eine Lenkungsgruppe des Heimatministeriums hat getagt.

Füracker zufolge soll das Gutachten „einen neuen Schub geben“. Der Fahrplan: Die zweite Sitzung des Regionalforums soll am 4. Mai in der Europäischen Kulturhauptstadt Pilsen stattfinden. Darüber hinaus wird ein großer Workshop am 23. März in Furth im Wald ein breites Spektrum an regionalen Akteuren intensiv einbinden. Bereits am 10. Juli sollen bei einem Abschluss-treffen Ergebnisse präsentiert werden. „Wir gehen davon aus, dass Aktionspläne und konkrete Perspektiven entstehen“, betonte Klára Dostálová, stellvertretende Ministerin für Regionale Entwicklung der Tschechischen Republik.

Wie Füracker konstatierte, leide die Grenzregion auf beiden Seiten unter Bevölkerungsrückgang, wobei die bayerische Seite immer noch fast doppelt so stark besiedelt sei wie die tschechische. „Die Gretchenfrage wird sein: Wie schaffen wir es, dass mehr Menschen in die attraktive Verflechtungsregion kommen?“, erklärte der CSU-Politiker.

Der Staatssekretär benannte in diesem Zusammenhang acht zentrale Themenfelder: den demografischen Wandel, Siedlungsstrukturen, Bildung, Kultur, Verkehrsinfrastruktur, technische Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung und Tourismus.

Nach seinen Worten gehe es beim Aspekt demografischer

Minister Spaenle nutzte die Gelegenheit, sich bei der Stadt Straubing und der Wirtschaft der Region für ihr großes Engagement für das Wissenschaftszentrum Straubing zu bedanken.

Mit Blick auf die Entwicklung der Studienangebote machte Minister Spaenle deutlich: Bei den beiden Studiengängen zukunftsorientierten Studiengängen Nachwachsende Rohstoffe soll es nicht bleiben. Derzeit arbeite das Wissenschaftszentrum in Abstimmung mit den beteiligten Hochschulen an einer Verbreiterung des Studienangebotes. Minister Spaenle abschließend: „Ich werde die Vorschläge nach der Abstimmung sehr wohlwollend prüfen.“

Wandel darum, dass junge Menschen nicht nur in Regensburg ansässig werden. Hier müsse die Wirtschaft mit innovativen Jobs vorstellig werden. Bei der Bildung wiederum gebe es bereits Verbundstrukturen; Ziel sei eine bayerisch-tschechische Universität. Wie diese aussehen soll, steht noch nicht fest. Das Kalkül dahinter: Mehr ausgebildete Akademiker in der Region ziehen die Ansiedlung von Firmen mit entsprechenden Arbeitsplätzen nach sich. Bei der Verkehrsbindung des Grenzraums sprach Füracker von großem Nachholbedarf. Im Schienenverkehr seien Frequenz und Schnelligkeit viel zu niedrig. Beim Breitbandausbau habe Bayern vorgelegt. Von 2056 Gemeinden seien inzwischen 1650 im Förderverfahren. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Robmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtparkasse Dillingen
IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566
BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320
BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Die drei Kulturfans (von links) Toni, Berti und Rainer freuen sich über jede Eintrittskarte, die sie von Regine Räder (links außen) und Sabine Voll über die Kulturtafel erhalten. Frau Gerda (kniend) wirbt in der Stadt für das Projekt. Foto: Pat Christ

„Fränkischer Sommer 2015“:

Im Zeichen des Barock

Ganz im Zeichen des Barock steht in diesem Jahr der Fränkische Sommer. Vom 12. Juni bis 8. August bietet das Musikfestival des Bezirks Mittelfranken 23 Konzerte an 16 Spielorten. „Die gelungene Kombination von mitunter außergewöhnlichen Spielorten und Musik auf höchstem Niveau machen den Reiz dieser Veranstaltungsreihe aus“, konstatierte Bezirksstagspräsident Richard Bartsch bei der Vorstellung des Programms in Ansbach. Als Schirmherr fungiert einmal mehr Bayerns Innenminister Joachim Herrmann.

Gleichwohl fällt das Budget für das diesjährige Festival mit 395.000 Euro um 30.000 Euro niedriger aus als 2014. Der Anteil des Bezirks liegt bei 210.000 Euro, weitere Gelder kommen von Wirtschaftsunternehmen und Sponsoren. Im vergangenen Jahr kamen rund 7.000 Besucher zu den Veranstaltungen des Fränkischen Sommers. Die Konzerte waren im Schnitt zu 90 Prozent ausgelastet.

Bartsch zufolge setzt der Bezirk Mittelfranken als Veranstalter mit dem Festival erneut ein starkes Zeichen für die kulturelle Vielfalt in der Region. „Das Engagement des Fördervereins ‚Freunde Fränkischer Sommer‘ e.V., der die Veranstaltungsreihe finanziell wie ideell unterstützt, sei auch ein wichtiger Eckpfeiler bei der Realisation der Veranstaltung. Zudem dankte er den Partnern und Unterstützern des Festivals, darunter die N-ERGIE AG. Deren Vorstandsvorsitzender Josef Hasler verwies darauf, „dass wir an der Veranstaltungsreihe die hohe musikalische Qualität und die Regionalität schätzen“. „Gemeinsam tragen wir zu einem attraktiven Kulturangebot in der Region bei“, erklärte Hasler.

Um die Epoche des Barocks in all ihren Facetten zu beleuchten, werden internationale Größen sowie regionale, hochkarätige Musiker und Ensembles auf der Bühne stehen. Inspiration für die Wahl des Themas war der Ansbacher Hofbaudirektor Gabriel de Gabrieli (1671-1747), der in Mittelfranken mit seinen Bauwerken ein reiches Erbe hinterließ. Dieser Bezug war auch der Anlass dafür, dass das Eröffnungskonzert am 12. und

13. Juni in diesem Jahr in der Ansbacher Gumbertuskirche stattfindet. Dazu bringen zum Auftakt der Kammerchor der Universität Erlangen-Nürnberg und die neu gegründete Fränkische Philharmonie Georg Friedrich Händels Oratorium „Samson“ zur Aufführung. Daneben wird Ralf Waldner aus Nürnberg am 19. Juni Cembalomusik in Feuchtwangen vorstellen. Auch in Wolframs-Eschenbach werden zwei Spitzenformationen auf der Bühne stehen: Am 24. Juli gibt es dort Veranstaltungen mit „Musica Fiata“ und der „Capella Ducale“.

International erfolgreiche Künstler und Ensembles spielen beim Fränkischen Sommer, so beispielsweise das L'Orfeo Barockorchester und die Sopranistin Nuria Rial, die am 20. Juni in Furth „zu neuen Ufern“ aufbrechen. Oder die Rubin Chamber Players mit ihrer Gründerin, der Barockgeigerin Valerie Rubin am 26. Juni in Kalbensteinberg, einem Ortsteil von Markt Absberg.

Die von Intendant Dr. Julian Christoph Tölle neu eingeführten Formate „Marktplatzoper“ und „Jazz in Dinkelsbühl“ sind ebenfalls Bestandteile des Programms. Am 4. Juli präsentiert das preisgekrönte Ensemble Musica Alta Ripa unter dem Motto „Una Serenata Napolitana“ im Innenhof des Nürnberger Rathauses die Kurz-Oper „La serva padrona!“ von Giovanni Battista Pergolesi.

Der Fränkische Sommer 2015 endet am 7. und 8. August in der Dinkelsbühler Schranne. Zu Gast werden unter anderem das Stefan-Grasser-Quartett sowie die Tobias Becker Big Band featuring Verena Nübel sein. **DK**

Fränkischer Tourismus:

Rekordergebnis übertroffen

Mit einem neuen Spitzenergebnis, sprich einem Plus von 1,9 Prozent bei den Übernachtungen konnte der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, beim Pressegespräch „Franken Tourismus – Bilanz und Ausblick“ in Nürnberg aufwarten. Damit wurde das fränkische Rekordergebnis aus dem Jahr 2012 übertroffen.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Übernachtungen in Franken auf über 21,05 Millionen (einschließlich Gebiet „Liebliches Taubertal, ohne Mitglieder in Hessen und Thüringen“) gestiegen. Damit liegt Franken deutlich über dem gesamt-bayerischen Plus von 1,3 Prozent. Auch bei den Gästeankünften hat Franken gegenüber dem Vorjahr zugelegt: Das Plus von 2,4 Prozent ergibt rund 9,04 Millionen Ankünfte. Als Quotenbringer im fränkischen Tourismus nannte Herrmann den Städtetourismus und den Ausländerreiseverkehr. Bei letzterem wurde im Vergleichszeitraum sogar ein Plus von 4,8 Prozent bei den Übernachtungen registriert.

Gästepotenziale

Die meisten ausländischen Gäste kommen nach wie vor aus den Niederlanden, den USA, aus Österreich und der Schweiz, aus Italien und Großbritannien. Immer mehr Bedeutung kommt Herrmann zufolge aber China zu. Die wachsende Bedeutung des Ausländerreiseverkehrs schlägt sich auch in der Kommunikationsstrategie des fränkischen Tourismus nieder. „Der demographische Wandel in Deutschland ist für uns Anlass, uns frühzeitig nach neuen Gästepotenzialen umzusehen und diese auch zu fördern“, betonte Herrmann. „Genau diese Potenziale bietet uns der Ausländerreiseverkehr.“ Als beispielhaft für das fränkische Engagement auf den ausländischen Märkten wertete Herrmann die Kooperationsmaßnahmen mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH, der Deutschen Zentrale für Tourismus und dem Albrecht Dürer Airport Nürnberg.

Für die Saison 2015 zeigte sich der Verbandsvorsitzende optimistisch. In diesem Zusammenhang verwies er unter anderem auf die Jahresschwerpunkte 2015, darunter die Jubiläen „500 Jahre Künstlerfamilie Cranach“ und „125 Jahre Luisenburger-Festspiele Wunsiedel“ oder die Wie-

deröffnung des „Richard-Wagner-Museums“ in Bayreuth.

Die Villa am Bayreuther Hofgarten, in die Richard Wagner 1874 mit seiner Familie gezogen war, ist seit 1976 Heimat des Richard-Wagner-Museums. In den vergangenen Jahren wurde dieses umfassend saniert und neu konzipiert. Das Museum er-



Joachim Herrmann.

streckt sich auf die Villa selbst, in der das Schaffen und die Lebenswelt Wagners im Vordergrund stehen. Im Museumsneubau finden eine Dauerausstellung zu den Bayreuther Festspielen und Sonderausstellungen Platz. Gegenüber, im Siegfried-Wagner-Haus, setzt sich das Museum mit der ideologischen Vereinnahmung Richard Wagners im Dritten Reich und der Verflechtung von Mitgliedern der Wagner-Familie mit dem Nationalsozialismus auseinander.

Neues Museumsquartier

Neues in der fränkischen Kulturlandschaft bietet zudem Aschaffenburg. Hier entsteht im ehemaligen Jesuitenkolleg ein eigenes Museumsquartier. Ende 2015 wird mit der Eröffnung des Christian-Schad-Museums der erste bedeutende Schritt dazu getan. Schad, der Aschaffenburg zur Wahlheimat hatte, gebührt heute als Künstler und einem der wichtigsten Vertreter der „Neuen Sachlichkeit“ Weltruf – das neue

Museum wird seine Werke auf drei Etagen präsentieren.

Irische Gartenfreuden genießt man 2015 in Alzenau. Die Stadt ist vom 22. Mai bis zum 16. August 2015 Gastgeberin der Bayerischen Gartenschau. Getreu ihrem Motto „Natur in der Stadt“ entstehen dafür im Zentrum von Alzenau zwei Parkanlagen. Im „Energiepark“ flaniert man durch den Leucht- und den Sonnenenergiegarten, wandelt zwischen Energiepflanzen und genießt den Blick vom Aussichtsteg. Dass Naturerlebnis keine Frage des Alters ist, beweist der „Generationspark“ mit Bewegungsparcours, einem Garten für Demenzerkrankte, Fußföhlpfad, Wein- und Rosengarten.

Urlaubsland Franken

Diese Höhepunkte sind nur ein Teil der vielfältigen Veranstaltungen im Urlaubsland Franken – das beweist ein Blick in den Veranstaltungskalender auf der Website www.frantourismus.de/veranstaltungen oder auf der kostenfreien App „Freu Dich auf Franken“. Mehr als 2.500 Veranstaltungen pro Jahr sind dort zu finden und jedes Jahr werden es mehr.

Guter Überblick

Für den besten Überblick sorgt die Suche, mit der man nach Orten, Gebieten oder Zeitraum eingrenzen und bei der man aus 17 verschiedenen Veranstaltungskategorien wählen kann. Diese Kategorien zeigen zudem, mit welchen Schwerpunkten Franken punktet: zum Beispiel mit Brauchtumsveranstaltungen, kulinarischen und weinkulturellen Veranstaltungen, hochkarätigen Konzerten oder Weihnachtsmärkten. Literaturfestivals wechseln sich ab mit historischen Festen, Theaterfestivals und Festspielen.

Nach den Worten von Joachim Herrmann werfe auch 2016 bereits seine Schatten voraus: „Mit der Bayerischen Landesgartenschau in Bayreuth, der bayerisch-tschechischen Landesausstellung in Nürnberg mit Kaiser Karl IV. als Thema und vor allem dem Jubiläum „500 Jahre Reinheitsgebot“ erwartet uns ein touristisches Jahr der Höhepunkte.“ DK

Landkreis Neu-Ulm ist LEADER-Region

Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner überreicht Anerkennungsurkunde an Landrat Freudenberger

Im Rahmen eines Festakts hat Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in München den kürzlich ausgewählten 61 Lokalen Aktionsgruppen (LAG) Bayerns ihre Anerkennungsurkunden überreicht. Für den Verein „Regionalentwicklung Landkreis Neu-Ulm“ nahmen Landrat Thorsten Freudenberger und Simon Schrag, der Wirtschaftsbeauftragte des Landkreises Neu-Ulm, die Urkunde entgegen.

Die Lokalen Aktionsgruppen hatten sich erfolgreich an der Auswahlrunde für die bis 2020 laufende neue Förderperiode des EU-Programms LEADER beteiligt und können damit zur Umsetzung ihrer jeweiligen Entwicklungsstrategien ab Ende Mai die entsprechenden Fördermittel beantragen.

„Mit ihrem Konzept haben Sie erfolgversprechende Ideen zur zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung Ihrer Heimat vorgelegt“, sagte der Minister zu den Vertretern der erfolgreichen Aktionsgruppen, darunter viele Landräte und Bürgermeister.

Die große Bandbreite der Kon-

zepte mit ihren unterschiedlichen Ansätzen, Schwerpunkten und Zielen spiegeln die ganze Vielfalt der ländlichen Gebiete in Bayern wider. Laut Brunner liegt der Erfolg des LEADER-Programms vor allem in seiner bürgernahen Konzeption, die auf die Akteure vor Ort setzt und ihnen viel kreativen Spielraum für ihr Engagement gebe.

„LEADER bietet uns die Chance, in den nächsten fünf Jahren Projektzuschüsse von bis zu 1,5 Millionen Euro in den Landkreis zu holen“, hob Landrat Freudenberger die Bedeutung der Aufnahme des Landkreises in das Förderprogramm hervor. Damit

erhalte insbesondere der vor einigen Jahren begonnene Prozess der Kreisentwicklung einen neuen Schub.



Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (Mitte) überreichte Landrat Thorsten Freudenberger (l.) die Anerkennungsurkunde für das LEADER-Förderprogramm 2014 bis 2020. Rechts im Bild: Der Wirtschaftsbeauftragte des Landkreises Neu-Ulm, Simon Schrag, der die LEADER-Bewerbung maßgeblich erarbeitet hatte. Bild: StMELF

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, liebe Sabrina, was ist denn heute für ein besonderer Tag? Wisst ihr jungen Leute überhaupt noch, was es mit dem 19. März auf sich hat? Wahrscheinlich ist das Bewusstsein dafür flöten gegangen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah mich mit dem Gesichtsausdruck eines in die Jahre gekommenen Schulmeisters an, der schon ahnt, dass seine Schülerin trotz all seiner Bemühungen die Antwort nicht wissen wird.

Nun, ich liebe es, meinen Chef in solchen Situationen zu enttäuschen und gab umgehend zu Protokoll, dass heute der Josefitag wäre, der Ehrentag des Heiligen Josefs, Gatte der Gottesmutter, der aber – was bei verheirateten Männern absolut tragisch sei – geschichtlich im Schatten seiner Frau stehe. Deshalb gebe es noch einen gesetzlichen Marienfeiertag (15. August), den Josefitag habe man aber



Bayern München und Werder Bremen (4:0). Das Fehlen muslimischer Feiertage erwähne ich der Ausgewogenheit wegen, weil der Zeigeist nun mal so weht.

Natürlich haben Deutschland, Bayern und meine Stadt andere Probleme, als neue Feiertage einzuführen oder alte wiederzubeleben, egal ob katholisch oder evangelisch. Ein ganz klein bisschen ist es

auch dekadent, jetzt, da die Wirtschaft brummt, Steuern und Sozialabgaben fließen, die Arbeitslosigkeit niedrig ist, an ein Wohlstandszuckerl in Form eines Frühjahrsfeiertags zu denken. Wobei mal gesagt werden muss, dass es keinen Zusammenhang zwischen Produktivität, Effizienz und Innovationskraft einer Volkswirtschaft und wenig Feiertagen bzw. Urlaubstagen gibt. Bayern hat schließlich weltweit die meisten gesetzlichen Feiertage und die Bayern damit einschließlich des Urlaubsanspruchs mit am längsten frei. Und wie stehen wir da? Pfundig stehen wir da!

Nein, beim Josefitag und der alljährlichen folkloristischen Forderung nach Wiedereinführung des Feiertages geht es schlicht um das urbaierische „Brauchen tun wir's nicht, aber schön wär's schon.“ Allein die Erinnerung an die Tradition und deren identitätsstiftende Wurzel ist doch wichtig in einem Land, in dem zwar kaum mehr Josephinen und Josefias, aber immer noch ein ganzer Schwung Josefs und Josefs getauft werden und in dem sich weder Sportler noch Politiker, weder Wirtschaftslenker noch Kulturschaffende dagegen verhalten, in der Öffentlichkeit mit „Sepp“ angesprochen zu werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, wollte noch ein bisschen nachkarteln, denn so ein freier Tag Mitte März, kurz vor Frühlingsanfang, tüt ihm schon ganz gut gefallen. Nachdem daraus aber nix wird, einigen wir uns darauf, die Tradition auf eigene Weise zu ehren und am nächsten 19. März die Rathausmitarbeiter zur Josefi-Brotzeit einzuladen, einschließlich einem kleinen Präsent für alle Träger dieses schönen Namens. Um ihn darin zu bestärken, twittere ich dem Chef noch einen Satz von Walter Nenzel: „Feiertage sind Atempausen der Seele.“

the Sabrina

Ein neuer, alter Frühlingsfeiertag

staatlicherseits in den sechziger Jahren mir nix, dir nix abgeschafft und die Kirche habe in der Folgezeit den armen Zimmermann als „Heiligen Josef der Arbeiter“ Huckepack an den 1. Mai gehängt, was allerdings höchstens eine Verlegenheitslösung sein könne, da an diesem Tag eher rote Fahnen als das Purpur der heiligen Mutter Kirche ein vogue seien. Bevor der Bürgermeister etwas sagen konnte, ergänzte ich noch, dass mir statt des Fleißbildchens, dessen ich mich ohne Zweifel würdig gezeigt hätte, eine Halbe Josefbock der örtlichen Brauerei wesentlich lieber wäre. Lachend hat der Chef das ganze Büro zum After-Work-Bier eingeladen und im Bräustüberl haben wir dann alle die traditionelle Petition zur Wiedereinführung des Feiertags Josefi unterschrieben.

Jetzt könnte man natürlich mit einigem Recht fragen, ob wir nicht noch andere Sorgen im Städtchen hätten als ausgerechnet die Wiedereinführung eines Feiertags, den niemand braucht und niemand vermisst. Zudem seien ja wohl bei Feiertageinführungen zunächst mal die Protestanten dran, denn seit der Abschaffung des Buß- und Bettags als gesetzlicher Feiertag ist das Verhältnis katholischer zu evangelischen Feiertagen so wie das Torverhältnis von

Stadt und Landkreis Bamberg:

„Gesundheitsregion Plus“

Staatsministerin Melanie Huml übergibt Förderbescheid

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml stärkt regionale Aktivitäten zum Wohl der Gesundheit der Bevölkerung. Landkreise und kreisfreie Städte, die kommunale Netzwerke „Gesundheitsregionen plus“ bilden, werden durch das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege bis Ende 2019 mit bis zu jeweils 250.000 Euro unterstützt. Stadt und Landkreis Bamberg bilden dabei zusammen eine der ersten geförderten Gesundheitsregionen Plus.

Landrat Johann Kalb hat stellvertretend für die Region den entsprechenden Förderbescheid von Staatsministerin Melanie Huml entgegengenommen. „Manche Gemeinden im Landkreis Bamberg haben schon heute Schwierigkeiten, wenn ein Hausarzt seine Praxis altersbedingt schließen muss. Die Probleme, jederzeit und überall eine medizinische ‚Rund-Um-Versorgung‘ sicherzustellen, werden sich in naher Zukunft noch verschärfen.“ so Landrat Johann Kalb.

„Ich freue mich daher ganz besonders darüber, dass unsere gemeinsame Bewerbung mit der Stadt Bamberg zur ‚Gesundheitsregion plus‘ erfolgreich war.“

Ressourcen bündeln

Die „Gesundheitsregionen plus“ bündeln bereits bestehende Ressourcen und setzen sich vorrangig mit den Themen Gesundheitsförderung und Prävention sowie Gesundheitsversorgung auseinander. Ziel ist es dabei, nicht „praxisfern“ über statistische Zahlen zu diskutieren, sondern ganz konkret praktische Lösungen u. a. zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Region zu erarbeiten.

Staatsministerin Melanie Huml betonte: „Ich will eine bestmögliche medizinische Versorgung in ganz Bayern – ohne lange Anfahrtswege!“ Sie fügte hinzu: „Deshalb wollen wir alle Beteiligten am Gesundheitswesen vor Ort stärker vernetzen und ihre Zusammenarbeit noch besser fördern. Mit den Projekten ‚Gesunder Landkreis‘, ‚Gesundheitsregionen‘ und ‚Regionale Gesundheitskonferenzen‘ unterstützt der Freistaat bereits seit mehreren Jahren das Engagement einzelner Regionen für Prävention und Gesundheitsversorgung. Die

Region Bamberg nimmt als einzige in ganz Bayern aktiv an allen drei Netzwerken teil. Sie ist damit geradezu prädestiniert, eine ‚Gesundheitsregion plus‘ zu werden.“

Die Aufgabenbereiche der „Gesundheitsregion plus Bamberg“ werden zwei wesentliche Schwerpunkte umfassen:

1) Zum einen werden ein lokaler Versorgungsbedarf, eine Fehlversorgung oder Qualitätsdefizite in der Gesundheitsversorgung identifiziert. Anhand dessen werden gezielte, auf die regionalen Voraussetzungen zugeschnittene Maßnahmen entwickelt. Zudem werden durch Vernetzung der Gesundheitsdienstleister Synergieeffekte erschlossen, die Kooperation im Gesundheitsbereich intensiviert und die vorhandenen Angebote im Gesundheitswesen besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abstimmt.

2) Zum anderen wird ein besonderer Fokus auf den Bereich Prävention gelegt. Hier geht es neben der allgemeinen gesundheitlichen Aufklärung der Bevölkerung auch um Informationskampagnen zu aktuellen Themen. Zudem liegt ein Tätigkeitsschwerpunkt der „Gesundheitsregion plus“ in der Weiterführung von bereits etablierten und in der Organisation von neuen Präventionsprogrammen. Nicht zuletzt wird ein strukturiertes Angebot entwickelt, über das ehrenamtlich geführte Präventions-Projekte durch unbürokratische Hilfe bei Einzelmaßnahmen oder bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden können. □

„Dem Asylbewerber ein Gesicht geben“

Asylbewerber im Dorf – wie das Miteinander gelingen kann
Seminar in der Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten

Mit bewundernswertem Engagement stellen sich viele ländliche Gemeinden auf den großen Zustrom von Flüchtlingen ein, aber es gibt auch große Herausforderungen zu meistern, so Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. „Dem Asylbewerber ein Gesicht geben“, möchten viele freiwillige Helfer, um die Akzeptanz und die Integration von Asylbewerbern in der Bevölkerung zu steigern. Es sei wichtig, Asylbewerbern unsere Umgangsformen zu erklären, so eine Teilnehmerin.

Das kürzlich in der (SDL) Thierhaupten durchgeführte Seminar vermittelte Informationen, Tipps und Anregungen wie politisch Verantwortliche und Helfer mit der gestiegenen Anzahl von Flüchtlingen konstruktiv umgehen können. Die Nachfrage war groß und das Seminar schnell ausgebucht: Bürgermeister, Verwaltungsmitarbeiter der Kommunen, und Ehrenamtliche der Helferkreise nutzten die Gelegenheit, gemeinsam zu überlegen, welche

Wege sie zur Integration von Asylbewerbern im Dorf gehen wollen. Die Schaffung von Begegnungsräumen und die Bildung sind unter anderem der Schlüssel für eine gute Willkommenskultur. Die ehrenamtlichen Helfer brauchen u. a. eine stärkere Professionalisierung des Flüchtlingswesens, bessere Vernetzung der Helferkreise sowie eine einheitliche Linie zur gesundheitlichen Vorsorge.

Zunächst klärte Prof. Dr. Ralf Roskopf die Grundlagen des

Asylrechts und des Asylverfahrens. Welche Menschen haben Anspruch auf Schutz in Deutschland? Wie ist Unterbringung, Arbeit und Soziales geregelt? Auch in den dezentralen Unterkünften im ländlichen Raum haben diese rechtlichen Rahmenbedingungen enorme Bedeutung. Matthias Schopf-Emrich, langjähriger Leiter der Asylsozialberatung und Referatsleitung Migration des Diakonischen Werks Augsburg, vertiefte die Analyse, in dem er die Gruppen der aktuell Flüchtenden und die Fluchtwege vorstellte. Erst seit 2012 müssen die Landkreise und kreisfreie Städte Asylbewerber aufnehmen.

Runder Tisch in Aichach

Seit vielen Jahren schon engagiert sich Klaus Habermann, Bürgermeister der Stadt Aichach entschlossen und gelassen zugleich für eine gute Aufnahme der Flüchtlinge in seiner Stadt. Er gab den Teilnehmenden handfeste Handlungsleitlinien an die Hand und ermutigte die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sich nicht von Befürchtungen leiten zu lassen. Immer wieder betonte er die Wichtigkeit von Pressearbeit. „Eine Presse, die nachhaltig über

die Flüchtlingsaufnahme berichtet“, so Habermann, „unterstützt die Akzeptanz vor Ort.“ Auch eine unaufgeregte Kommunikation und Kooperation schaffe Entspannung, vermittelte Klaus Habermann glaubhaft. Entscheidend dabei sei eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Ehrenamtlichen.

Seit vielen Jahren schon bewährt sich der 'Runde Tisch Asyl' in Aichach, in dem die wichtigen Akteure zusammenarbeiten. Auch die Nachbarschaften der Unterkünfte, die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Vereine und Sozialarbeiter, die Kommunen und das Landratsamt sowie die Schulen sind wesentliche Akteure, die aufeinander abgestimmt handeln sollten.

Agieren statt reagieren

Bad Heilbrunn's Bürgermeister Thomas Gründl kam mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern Elisabeth Feichtmair, Ingrid Spinkler und Karl Bopp, um gemeinsam den Weg ihrer Gemeinde vorzustellen, Asylbewerber in vielen kleinen dezentralen Unterkünften unterzubringen. Gründl lobte die große Spendenbereitschaft der Bevölkerung und das Engagement der Helfer. Die Pflicht zu helfen, gebiete die Humanität, meinte Pfarrer Karl Popp.

Stefanie Kratzer von der Freiwilligenagentur des Landkreises Aichach berichtete über die gezielte Gewinnung und Förderung von Ehrenamtlichen für die Asylarbeit. So gibt es spezielle Fortbildungen

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Fa. Kössinger Fahnen bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

für ehrenamtlich geführte Sprachkurse. Auch das Thema Nähe und Distanz ist für die Ehrenamtlichen ein Dauerbrenner, für die die Freiwilligenagentur Räume zur Reflexion bietet.

Wo der Schuh drückt

Die Ehrenamtlichen selber forderten eine stärkere Professionalisierung des Flüchtlingswesens. Sie leiden neben den Asylsuchenden am stärksten unter dem intransparenten Vorgehen der Behörden. Eine regionale Vernetzung der verschiedenen Helferkreise wäre ebenso hilfreich wie eine einheitliche Linie zur gesundheitlichen Versorgung, resümierten die Seminarleitungen Christine Brandmeier und Theresia Prof. Dr. Wintergerst.

Mit Erstaunen nahmen die Engagierten zur Kenntnis, dass zum Beispiel in der Stadt Augsburg die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge über den Erhalt einer Krankenkassenkarte möglich ist. Deutlich wurde, dass die geforderte Zusammenarbeit der Behörden, der Wohlfahrtsverbände und der Ehrenamtlichen nur sehr punktuell stattfindet.

Wichtig sind Strukturen, die zu einem dauerhaften funktionierendem Flüchtlingswesen gehören, zum Beispiel der regionale Austausch der Helferkreise, z. B. auf

Landkreisebene. Weitere klassische Themen wurden identifiziert, wie z.B. der Beitrag der Vereine zur Teilhabe der Flüchtlinge, mangelnde staatlich finanzierte Sprachkurse, Nähe/Distanzprobleme der Ehrenamtlichen, die Forderung nach Finanzdienstleistungen und Krankenversicherungen für Asylbewerber. Dabei tauchten auch klassische Fragen auf wie: Welche Gebäude eignen sich für Gemeinschaftsunterkünfte? Wie gelingen Sprachkurse für Asylbewerber? Wie können Mütter die Sprache erlernen, wenn sie ihre Kinder beaufsichtigen müssen? Weitere Themen sind Arbeitsmarkt und Mobilität. Problematisch ist auch die Wohnungssuche für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgenehmigung in angespannten Wohnungsmärkten.

Fahrplan

Im Rahmen eines World-Cafés entwickelten die Teilnehmenden einen Fahrplan, wie vor Ort Flüchtlinge gut aufgenommen werden können. Ein langjährig Engagierter brachte seine Motivation auf den Punkt. Er ist davon überzeugt: Eine gute Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort ist praktische Friedensarbeit und brachte damit den Wert dieser Arbeit auf den Punkt.

Nächste Seminartermine am 3.7.2015 und 29.9.2015.

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 2. April 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie, Breitband, Mobilfunk
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgassen 73 · 80443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 65 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH

Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.

Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 08766 - 93 99 66
Email: upenner@t-online.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service.
www.baywa-edl.de

Energie **BayWa**

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Fahnenmaste
Fahnen und Transparente
Präsentationssysteme

FAHNEN
KÖSSINGER



Fahnen im Sonderdruck

Bannerfahnen

für Städte, Gemeinden, Regierungsbezirke oder Landkreise.

Wir benötigen eine farbige Vorlage Ihres Wappens und folgende Angaben:

- Größe (Breite x Länge)
- Stückzahl
- Qualität: Synthetik, ca. 110 g/m²
- Untergrundfarbe und Anzahl der Druckfarben
- Konfektionierung:
 - Bannerfahne:** an der Oberkante mit Hohlsaum, bei Synthetik die Seiten mit Doppelsicherheitsnaht gesäumt
 - Sonderkonfektionierung auf Anfrage:** unten zusätzlich mit Hohlsaum und eingelegtem Holzquerstab möglich
 Vorteil: Fahne hängt glatt und ist gut sichtbar. Besonders geeignet bei Indoor-Veranstaltungen



Hissfahnen im Hochformat und Hissflaggen im Querformat z.B. Werbe- und Firmenfahnen

Reichen Sie uns bitte eine farbige Vorlage des Logos und folgende Angaben ein:

- Größe (Breite x Länge)
- Stückzahl
- Qualität: Synthetik, ca. 110 g/m² (meist gekaufte Qualität), Lochfilet, ca. 110 g/m² oder Schiffsflaggentuch ca. 150 g/m²
- Untergrundfarbe und Anzahl der Druckfarben
- Konfektionierung:
 - Hissfahne im Hochformat:** an der Stangenseite nach jedem Meter ein Kunststoffkarabinerhaken, bei Synthetik und Schiffsflaggentuch alle drei Seiten mit Doppelsicherheitsnaht gesäumt, bei Lochfilet nur an der Stangenseite ein starkes Besatzband, nach jedem Meter ein Kunststoffkarabinerhaken, die übrigen 3 Seiten nur geschnitten.
 - Hissflaggen quer:** an der kurzen Mastseite nach jedem Meter ein Kunststoffkarabinerhaken, bei Synthetik und Schiffsflaggentuch die Seiten mit Doppelsicherheitsnaht gesäumt, bei Lochfilet die Seiten nur geschnitten.
 Andere Konfektionierung auf Anfrage



Hissflaggen

Sie finden bei internationalen Wettkämpfen und Messen, aber auch in Fremdenverkehrs-orten ihre Verwendung. Zur Befestigung ist nach jedem Meter an der Mastseite ein Kunststoffkarabinerhaken angenäht.

Größen
80 x 120 cm
100 x 150 cm
120 x 200 cm
150 x 250 cm
200 x 335 cm



Fahnen

Fordern Sie unseren Flaggenkatalog an!

Bannerfahnen

Bannerfahnen sind durch ihre dekorative Wirkung vor allem bei Gemeinden und Ämtern sehr beliebt. Die Aufhängung ist problemlos. Durch einen Hohlraum wird ein Querstab gesteckt, an dem zwei weiße Kunststoff-Abschlussknöpfe angebracht sind. Eine Ringbandsicherung macht die Aufhängungsart perfekt.

Hier sind alle Größen möglich.



Hissfahnen im Hochformat

An der Mastseite ist nach jedem Meter ein Kunststoffkarabinerhaken angenäht und mit Gurtband verstärkt.

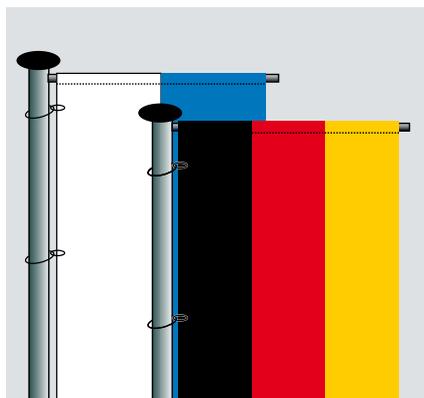
Hier sind alle Größen möglich.



Hissfahnen im Hochformat für Ausleger

Hier ist die Konfektionierung wie bei den Hissfahnen im Hochformat, jedoch zusätzlich an der Oberkante mit einem Hohlraum versehen für den Ausleger. Bei dieser Ausführung ist auch bei Windstille das Motiv voll sichtbar.

Hier sind alle Größen möglich.



Indoorfahnen für Events und Messeeinsatz



Indoorfahnen für Kaufhäuser, Events und Messeeinsatz

Je nach Stückzahl fertigen wir Dekobanner im Sieb- bzw. Digitaldruck oder im Rasterdruck.

Gängige Grundmaterialien sind z. B. Synthetik, ca. 110 g/m² oder blickdichter Stoff ca. 210 g/m² (matt), die sich besonders gut für Dekorationsbanner eignen, oder auch Satin ca. 115 g/m² (glänzend). Auf Wunsch auch flammhemmend nach Brandschutzklasse B1 ausgestattet. Die Konfektionierung erfolgt je nach Verwendungszweck und nach Ihren Angaben, z. B. oben und unten

mit roh geschliffenen Holzstäben und oben zusätzlich mit Aufhängekordel.

Preise auf Anfrage.



Transparente, Spannbänder & Planen

Vielseitige Einsatzmöglichkeit als Straßentransparent, Baugerüstplane, Fassadenwerbung oder für den Messestand.

Für jeden Verwendungszweck bieten wir das optimale Grundmaterial.

Wählen Sie z.B. aus Synthetik, ca. 110 g/m², blickdichtem Stoff, ca. 210 g/m², PVC-Plane, ca. 500 g/m² oder PVC-Gitternetz, ca. 320 g/m².

Die Transparente und Planen konfektionieren wir nach Ihren Wünschen, standardmäßig z.B. alle 50 oder 100 cm geöst.

Preise auf Anfrage



Tischbanner

Tischbanner (ohne Ständer)

aus Spezialseide

Größe: ca. 16 x 24 cm

mit Aufhängung in Eichelform und weißer Kordel, beidseitig mit gleichem Motiv bedruckt, mit Kordelumrandung und Kordelaufhängung, lieferbar sind alle Bundesländer und beinahe alle Länder der Erde

Stückzahl	Netto	Brutto
1 Stück	20,50	24,40 €

Tischbanner Sonderdruck (ohne Ständer)

Größe ca. 15 x 25 cm oder 20 x 30 cm

Grundqualität Satin, ein- oder beidseitig bedruckt, mit Kordelumrandung und Kordelaufhängung.

Druckdaten erforderlich!

Art.-Nr. 500 300, Format 15 x 25 cm

Stückzahl	Netto	Brutto
ab 10 Stück	11,50	13,69 €
ab 30 Stück	10,60	12,61 €
ab 50 Stück	8,90	10,59 €
ab 100 Stück	7,20	8,57 €



Raumständer

Einfache Ausführung.

Diese sind in Messing poliert oder vergoldet erhältlich. Geeignet für Zimmerfahnen mit einer Größe von ca. 80 x 120 cm.

Passende Hissflaggen in der Größe von ca. 80 x 120 cm, Qualität Synthetik ca. 110g/m², seitlich mit Hohlraum versehen und oben und unten an der Stangenseite mit je einer kleinen Schlaufe.

Preise auf Anfrage.

Preise pro Stück

Beschreibung	Artikel-Nr.	Netto	Brutto
1-fach Ausführung, Ø 31,5 cm, 5,1 kg	758230	139,00	165,41 €
2-fach Ausführung, Ø 31,5 cm, 5,7 kg	758231	174,00	207,06 €
3-fach Ausführung, Ø 31,5 cm, 6,1 kg	758232	185,00	220,15 €
4-fach Ausführung, Ø 31,5 cm, 6,5 kg	758233	213,00	253,47 €
5-fach Ausführung, Ø 31,5 cm, 6,7 kg	758234	224,00	266,56 €
Fahnenstange mit Lanzenspitze, schwarz lackiert	758235	91,00	108,29 €



Kössinger Modicus

Aluminium-Fahnenmast mit außenliegender Hissvorrichtung

1-teilig oder 2-teilig abgesetzt, zylindrisch. Komplett inkl. Abschlusskappe, Hissleine, Klampe, Verbindungsstück und Bodenhülse mit Zentrierung.

1 Stück

Art.-Nr.	Masthöhe über Boden	Durchmesser	Netto	Brutto
700 115	5 m	80 / 60 mm	226,00	268,94 €
700 116	6 m	80 / 60 mm	247,00	293,93 €
700 117	6 m	80 mm	264,00	314,16 €
700 118	7 m	80 / 60 mm	280,00	333,20 €
700 119	7 m	80 mm	297,00	353,43 €
700 120	8 m	80 / 60 mm	300,00	357,00 €
700 121	8 m	100 / 80 mm	390,00	464,10 €
700 122	9 m	101 / 80 mm	474,00	564,06 €
700 123	10 m	101 / 80 mm	507,00	603,33 €
700 124	11 m	101 / 80 mm	541,00	643,79 €
700 125	12 m	101 / 80 mm	581,00	691,39 €



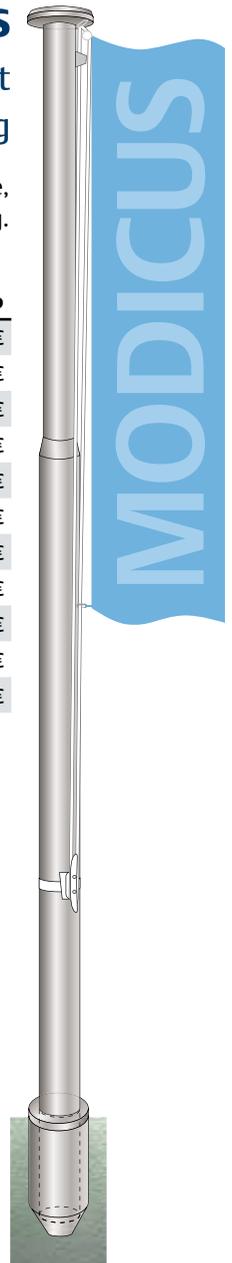
EUROMAST-TAD

Aluminium-Fahnenmast mit Aluminium-Drehkopf und hissbarem Drehausleger

1-teilig oder 2-teilig abgesetzt, zylindrisch. Hissen der Fahne über Masttürchen. Komplett inkl. Aluminium-Drehauslegerkopf, verstärktem Ausleger (120 / 150 cm), Hissleine, Spezial-Seilwirbel (kugelgelagert und federgespannt), Kletterstoppgewicht (schallgedämpft), PVC-Tüllen und Bodenhülse mit Zentrierung.

1 Stück

Art.-Nr.	Masthöhe über Boden	Durchmesser	Netto	Brutto
700 173	5 m	80 mm	431,00	512,89 €
700 174	6 m	80 mm	468,00	556,92 €
700 175	7 m	80 mm	509,00	605,71 €
700 176	8 m	100 / 80 mm	614,00	730,66 €
700 177	9 m	101 / 80 mm	716,00	852,04 €
700 178	10 m	101 / 80 mm	757,00	900,83 €
700 179	11 m	101 / 80 mm	798,00	949,62 €



Roll-Displays

Fordern Sie unseren Flaggenkatalog an!

Automatisches Rolldisplay ECO

mit bedrucktem Banner

Preis pro Stück		pro Stück		ab 10 Stück	
Art.-Nr.	Fahnengröße	Netto	Brutto	Netto	Brutto
900 027	ca. 85 x 200 cm	88,00	104,72 €	67,00	79,73 €
900 028	ca. 100 x 200 cm	105,00	124,95 €	84,20	100,20 €
900 032	ca. 120 x 200 cm	118,40	140,90 €	95,10	113,17 €

Set bestehend aus:

- einseitig bedrucktem Banner auf Synthetik, ca. 210 g/m² oder PVC-Plane, ca. 500 g/m² (preisgleich), seitlich geschnitten, **Banner komplett montiert**
- Aluminiumkassette mit Rollmechanismus und 2 klappbaren Füßen
- Aluminiumleiste oben, Aluminiumstab
- Tragetasche



Beachflags Tropfenform

Set bestehend aus:

- bedruckter Fahne im Digitaldruck Synthetik, ca. 110 g/m² rückseitig spiegelbildlich sichtbar, bestmöglicher Durchdruck inklusive Konfektionierung
- Aluminiummast, schwarz, pulverbeschichtet mit Fiberglaselement

Preise pro Stück			1 Stück		10 Stück	
Art.-Nr.	Gesamthöhe	Fahnengröße	Netto	Brutto	Netto	Brutto
900 650 200	ca. 200 cm	ca. 88 x 165 cm	118,30	140,78 €	73,40	87,35 €
900 650 243	ca. 243 cm	ca. 84,5 x 202,5 cm	135,50	161,25 €	85,20	101,39 €
900 650 305	ca. 305 cm	ca. 113 x 265 cm	158,60	188,73 €	100,65	119,77 €
900 650 380	ca. 380 cm	ca. 146 x 337 cm	179,65	213,78 €	114,00	135,66 €

Zubehörteile für Beachflags Tropfenform

Preise gelten nur in Verbindung mit dem Kauf einer der o.g. Beachflags

Preise pro Stück		pro Stück		ab 10 Stück	
Art.-Nr.	Bezeichnung	Netto	Brutto	Netto	Brutto
900 669	Bodenkreuz	31,50	37,49 €	28,00	33,32 €
900 674	Bodenplatte Stahl 2,5 kg	21,60	25,70 €	19,20	22,85 €
900 652	Wassertank 17 l	42,75	50,87 €	38,00	45,22 €
900 653	Bodendübel Kunststoff	21,60	25,70 €	19,20	22,85 €

Fahnen Kössinger Optimal auf Sie zugeschnittene Lösungen für Ihren perfekten Auftritt

Mit unserem großen Sortiment hochwertiger Produkte sowie unserem umfassenden Service, bieten wir Ihnen perfekt auf Sie zugeschnittene Lösungen an, mit denen Sie sich und Ihre Identität optimal präsentieren können.

Dabei stellen wir Ihnen nicht nur unsere handwerkliche Expertise zur Verfügung, sondern beraten Sie auch in gestalterischen Fragen. Wir wissen auch, dass Terminpläne oft eng gesteckt sind. Deswegen arbeiten wir sehr flexibel und terminorientiert.

Mehr Informationen zu unserem Sortiment und unseren Leistungen finden Sie auch auf unserer Homepage:
www.fahnen-koessinger.de

Sollten Sie Interesse an unseren Angeboten haben oder andere Fragen aufgekomen sein, zögern Sie nicht uns jederzeit zu kontaktieren.

So finden sie uns

Fahnen Kössinger GmbH
Am Gewerbering 23
84069 Schierling b. Regensburg

Tel.: +49 94 51/93 13-0
Fax: +49 94 51/93 13-330

info@fahnen-koessinger.de
www.fahnen-koessinger.de

 www.facebook.com/fahnenkoessinger



Anmeldung

Fax: 08171/930 722 · veranstaltungen@gemeindezeitung.de · www.bayerisches-wasserkraftforum.de/anmeldung/

Bitte beachten Sie, dass die Teilnehmerzahl für den Kongress auf 300 und den Besuch der Zentralwarte auf 40 begrenzt werden muss!

Ja, wir werden mit Personen am Bayerischen Wasserkraftforum am 23. April 2015 in Landshut teilnehmen.
Für die Besichtigung der Zentralwarte im Anschluss melde ich Personen an.

Name: _____

Behörde/Abteilung: _____

Dienstanschrift: _____

Tel., Fax und eMail: _____

Die Namen der weiteren Tagungsteilnehmer lauten: _____

Bitte bringen Sie Ihre mit Wasserkraft-Themen befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den politischen Gremien mit nach Landshut.

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort: Stadtsäle Bernlochner,
Ländtorplatz 2-5, 84028 Landshut

Termin: Donnerstag, 23. April 2015, ab 9.30 Uhr
Einlass ab 9.00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller:
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Veranstalter: Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

So erreichen Sie die Stadtsäle Bernlochner in Landshut:

Öffentliche Verkehrsmittel: Die Stadt Landshut verfügt über eine exzellente Bahnanbindung. Die Buslinien 1, 2, 4 und 10 fahren ab Hbf bis zur Haltestelle Ländtorplatz.

Anreise mit dem PKW:
A 92 München - Deggendorf (Ausfahrt Landshut-Stadtmitte)
B 299 Landshut - Altötting
B 15 Rosenheim - Regensburg

Kostenpflichtiges Parken: Auf dem angrenzenden Parkplatz „Grieserwiese“; auch das Karstadt-Parkhaus kann genutzt werden.

Tagungsbeitrag: Für unsere Gäste ist die Teilnahme am Bayerischen Wasserkraftforum nach vorheriger Registrierung kostenfrei.

Teilnehmerzahl: Die Teilnehmerzahl ist auf maximal 300 begrenzt. Anmeldungen werden in Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. An den Führungen durch die Zentralwarte von E.ON Wasserkraft können – nach vorheriger Anmeldung – maximal 40 Personen teilnehmen.

Verköstigung: Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldungen:
Bayerische Gemeindezeitung
Breslauer Weg 44 · 82538 Geretsried
Tel.: 08171/930 7-11 · Fax: 08171/930 722
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
www.bayerisches-wasserkraftforum.de/anmeldung/
www.gemeindezeitung.de

BAYERISCHE
Gemeindezeitung



Wasser. Kraft. Bayern.

Bayerisches Wasserkraftforum

Donnerstag, 23. April 2015, 9.30 Uhr
Stadtsäle Bernlochner, Landshut

Unser Medienpartner:



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

„Steter Tropfen höhlt den Stein“ – diese Weisheit formulierte der Epiker Choirilos im 5. vorchristlichen Jahrhundert und Ovid machte sie sich zu eigen. Sie gilt im 21. Jahrhundert mehr denn je. Der Spruch verdeutlicht die ungeheure Kraft des Wassers. Im übertragene Sinn führt die konsequente Weiterentwicklung eines als richtig erkannten Themas zum Erfolg. Deshalb ist unser Slogan „Wasser. Kraft. Bayern.“ auch beim 3. Bayerischen Wasserkraftforum am 23. April 2015 in Landshut von hoher Aktualität.

Unsere künftige Energieversorgung bedarf der Potenziale, die die CO₂-freie, grundlastfähige Wasserkraft bietet. Erfreulich ist, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für diese äußerst nachhaltige Energiequelle – im Gegensatz zu den konventionellen Energielieferanten Erdöl und Kohle – sehr hoch ist.

Die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft rentiert sich, weil die Anlagen eine lange Lebensdauer haben und auch als Energie-

speicher genutzt werden können. Zudem steht dieser Rohstoff zur Energieerzeugung kostenlos zur Verfügung.

Hochkarätige Referenten berichten ausführlich über neueste Techniken und Entwicklungen. Angesprochen werden auch politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die es ggf. aktuellen Bedürfnissen anzupassen gilt. Dabei spielen die Faktoren Natur-, Klima-, Umwelt- und Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für registrierte Besucher ist die Teilnahme kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.



Anne-Marie von Hassel
Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung

Vortragsprogramm

Bitte entnehmen Sie die aktuelle Vortrags- und Zeitplanung unseren Websites www.bayerisches-wasserkraftforum.de oder www.gemeindezeitung.de

09.30 Uhr Begrüßung

Anne-Marie von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung

09.40 Uhr Energiewende ist mehr als ein Geschäft

Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW

10.10 Uhr Chancen und Herausforderungen der Energiewende am Beispiel der Wasserkraft

Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG

10.40 Uhr Lösungsvorschläge für innovative Wasserkraftwerke

Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer Bayerischer Bauindustrieverband

11.10 Uhr – 11.30 Uhr Pause

11.30 Uhr Die Rolle der Wasserkraft

im zukünftigen bayerischen Energiemix

Ministerialdirigent Rudolf Escheu, Leiter der Abteilung Erneuerbare Energie, Energieeffizienz, STMWI

12.00 Uhr Öko-Wasserkraft – Ein Erfolgsmodell für Bayern?

MR Dipl.-Ing. Gregor Overhoff, Referat Talsperren, Flußstauufen, Polder- und Speichermanagement, STMUV

12.30 Uhr Wasserkraft im Spannungsfeld

von Stadtgestaltung, Ökologie und Bürgerakzeptanz

Dr.-Ing. Christoph Rapp, Geschäftsführer der Praterkraftwerk GmbH

13.00 Uhr – 13.30 Uhr Pause

13.30 Uhr Beitrag der Wasserkraft zum Hochwasserschutz und Vorstellung der Initiative „Wasserkraft ja bitte“

Dr. Klaus Engels, Leiter Wasserkraft Deutschland Süd, E.ON Kraftwerke GmbH Landshut

14.00 Uhr Stilllegung kleiner Wasserkraftanlagen: Muss das sein?

Dipl. Ing. Michael Müller, 2. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. und Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke

14.30 Uhr Kleinwasserkraft in Bayern – Ein Baustein für die Energiezukunft?

Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer Bayernwerk Natur

15.00 Uhr – 15.15 Uhr Pause

15.15 Uhr Wasserkraft – Partner der Energiewende

Herfried Harreiter, Prokurist, Leiter Instandhaltung, VERBUND Innkraftwerke GmbH

15.45 Uhr Wasserkraft: Als erstklassiges Stromspeichermedium unverzichtbar bei der Gestaltung der Energiewende

Prof. Dr.-Ing. Frank Pöhler, Leiter Wasserkraft, Bayerische Elektrizitätswerke GmbH Augsburg

16.15 Uhr Automatisierung Maschinensatz 1 am Wasserkraftwerk Dörverden an der Weser

Lars Matysiak, Siemens AG

17.00 Uhr bis 19.00 Uhr

Besichtigung der Zentralwarte von E.ON Wasserkraft für max. 40 angemeldete Besucher

Von der Zentralwarte in Landshut aus steuert E.ON derzeit 57 Wasserkraftwerke an fünf Flüssen sowie ein Pumpspeicherkraftwerk in Bayern. Im Schichtbetrieb überwachen die E.ON-Fachleute Maschinen, Wehre und Stauanlagen rund um die Uhr. Bei Hochwasser wird die Zentralwarte zu einem wichtigen Partner der Katastrophenschutzbehörden, da die dort verfügbaren aktuellen Daten und Pegelstände der Flussabschnitte vorliegen. Die Informationen der Warte dienen somit auch als Grundlage für Entscheidungen zur Bekämpfung des Hochwassers.

Achtung: Für die Führung benötigen wir bitte Ihre persönliche Anmeldung an unserem Tagungsschalter!

Verabschiedung, Austausch, Ausklang

Zeit	Referent	Thema
09:30	Anne-Marie von Hassel	Bayerische GemeindeZeitung
09:40	Detlef Fischer	Geschäftsführer Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW
10:10	Dr. Albrecht Schleich	Vorstand Rhein-Main-Donau AG
10:40	Thomas Schmid	Hauptgeschäftsführer Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
11:10 - 11:30 PAUSE		
11:30	Ministerialdirigent Rudolf Escheu	Leiter der Abteilung Erneuerbare Energie, Energieeffizienz, STMWI
12:00	MR Dr.-Ing. Gregor Overhoff	Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
12:30	Dr.-Ing. Christoph Rapp	Geschäftsführer der Praterkraftwerk GmbH, SWM
13:00 - 13:30 MITTAGSPAUSE		
13:30	Dr. Klaus Engels	Leiter Wasserkraft Deutschland Süd, E.ON Kraftwerke GmbH Landshut
14:00	Dipl.-Ing. Michael Müller	2. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. und Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserwerke
14:30	Dr. Alexander Fenzl	Geschäftsführer Bayernwerk Natur
15:00 - 15:15 PAUSE		
15:15	Herfried Harreiter	VERBUND Innkraftwerke GmbH
15:45	Prof. Dr. Frank Pöhler	Leiter Wasserkraft, BEW Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
16:15	Lars Matysiak	SIEMENS AG
17:00	Führung Zentralwarte E.ON Wasserkraft // die persönliche Anmeldung am Tagungsschalter ist erforderlich // Maximal 40 Personen	
Verabschiedung, Ausklang und Austausch		